Bekanntmachung

gemäß § 10 bzw. §13 der jeweiligen Anleihebedingungen für unsere

LBBW Synthia EuroStoxx-Select (ISIN: DE000LBW6V77)

LBBW Synthia Dax-Select (ISIN: DE000LBW6R16)

LBBW Synthia Dax 2 (ISIN: DE000LBW9K85)

LBBW Synthia 4 (ISIN: DE000LBW4KN0)

LBBW Synthia 11 plus (ISIN: DE000LBW7Q16)

LBBW Synthia 10plus (ISIN: DE000LBW57K3)

LBBW Synthia 1 (ISIN: DE000LBW1T35)

LBBW Ländle-Synthia 6 (ISIN: DE000LBW6Q82)

LBBW Ländle-Synthia 5 (ISIN: DE000LBW5XR1)

LBBW BW-Bank Synthia Plus (ISIN: DE000LBW28L2)

Durch eine Namensänderung des Referenzschuldners DaimlerChrysler AG ergibt sich für die oben genannten betroffenen ISIN folgende Änderungen:

Referenzschuldner: **DaimlerChrysler AG** wird durch **Daimler AG** ersetzt.

Die Rechtspersönlichkeit des Referenzschuldner ändert sich nicht. Die Namensänderung hat somit keine Auswirkung auf die Ausgestaltung der jeweiligen Anleihebedingungen.

Stuttgart, im November 2007

Landesbank Baden-Württemberg

Landesbank Baden-Württemberg

Stuttgart

Nachtrag Nr. 5

vom 05. Oktober 2005

gemäß § 10 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz zum Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005, ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005, 04. Mai 2005, 02. Juni 2005 und vom 05. Oktober 2005 über Anleihen mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf Referenzunternehmen (Credit Linked Notes) für die

EUR 100.000.000,00

**LBBW Synthetische Industrieanleihe
(„Ländle“-Synthia 5) 4,00% Anleihe mit
Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug
auf die Referenzunternehmen DaimlerChrysler AG,
EnBW Energie Baden-Württemberg AG,
HeidelbergCement AG, Robert Bosch Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Suedzucker Aktiengesellschaft
Mannheim/Ochsenfurt von 2005/2011 - Emission -
(Credit Linked Notes)**

–Wertpapier-Kenn-Nummer LBW 5XR–, –ISIN: DE000LBW5XR1–

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Gegenstand des Nachtrags	5
Allgemeine Informationen	6
1 Verantwortlichkeit	6
2 Verfügbare Dokumente	6
3 Art der Veröffentlichung	6
4 Verkauf der Schuldverschreibungen.....	6
5 Lieferung der Schuldverschreibungen	6
6 Rechtsstreitigkeiten	7
7 Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung	7
8 Verwendung des Anleiheerlöses	8
9 Zukunftsgerichtete Aussagen, Zuverlässigkeit von Meinungen und Prognosen	8
10 Stabilisierungsmaßnahmen.....	8
11 Kenn-Nummern	8
Zusammenfassung der Emission	9
Risikohinweise.....	12
1 Allgemeine Investitionserwägungen	12
2 Informationen	12
3 Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen.....	13
4 Rückgriff nur gegen die Emittentin	13
5 Kein Anspruch gegen ein Referenzunternehmen	13
6 Auswechseln von Referenzunternehmen	13
7 Risiko der Wertentwicklung	13
8 Liquidität der Schuldverschreibungen.....	14
9 Kreditrisiko.....	14
10 Geschäftsverbindungen	14

11	Hinweis für institutionelle Investoren	15
12	Beratung durch die Hausbank.....	15
13	Wichtiger Hinweis für Privatkunden	15
	Besteuerung	16
1	Einkommensteuer.....	16
2	Erbschaft- und Schenkungssteuer	18
3	Vermögensteuer/ Gewerbesteuer	18
4	Andere deutsche Steuern	18
5	Geplante Änderungen des deutschen Steuerrechts.....	18
6	EU-Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften	19
	Verkaufsbeschränkungen.....	20
1	Bundesrepublik Deutschland.....	20
2	Vereinigtes Königreich	20
3	Vereinigte Staaten	20
4	Andere Rechtsordnungen	21
	Anleihebedingungen.....	22
1	Definitionen	22
2	Form und Nennbetrag.....	40
3	Status der Schuldverschreibungen.....	41
4	Verzinsung	41
5	Fälligkeit, Rückzahlung und Rückkauf.....	42
6	Ersatzlieferung.....	43
7	Zahlungen	44
8	Steuern.....	45
9	Kündigungsrecht der Anleihegläubiger	45
10	Vorlegungsfrist, Verjährung.....	46
11	Zahlstellen	46
12	Begebung weiterer Schuldverschreibungen	47

13	Bekanntmachungen.....	47
14	Ersetzung.....	47
15	Schlußbestimmungen.....	49
16	Auslegung.....	49

Gegenstand des Nachtrags

Gegenstand dieses Nachtrags zum Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005, ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005, 04. Mai 2005, 02. Juni 2005 und vom 05. Oktober 2005 ist die EUR 100.000.000,00 LBBW Synthetische Industrieanleihe („Ländle“-Synthia 5) 4,00% Anleihe mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf die Referenzunternehmen DaimlerChrysler AG, EnBW Energie Baden-Württemberg AG, HeidelbergCement AG, Robert Bosch Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Suedzucker Aktiengesellschaft Mannheim/Ochsenfurt von 2005/2011 - Emission - (Credit Linked Notes) (die „**Anleihe**“ oder die „**Schuldverschreibungen**“) der Landesbank Baden-Württemberg (nachstehend „**Emittentin**“ genannt).

Allgemeine Informationen

Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

1 Verantwortlichkeit

Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die Angaben in diesem Dokument und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Nachtrag richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind.

2 Verfügbare Dokumente

Die in diesem Nachtrag erwähnten Unterlagen sind bei der Emittentin während der üblichen Geschäftsstunden an jedem Bankarbeitstag während der Laufzeit der Schuldverschreibungen einsehbar. Der Geschäftsbericht 2004 der Emittentin ist während der Laufzeit der Schuldverschreibungen bei der Emittentin, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, erhältlich. Dieser Geschäftsbericht ist Bestandteil dieses Nachtrags.

3 Art der Veröffentlichung

Dieser Nachtrag wird nach entsprechender Hinweisbekanntmachung in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland, die ein überregionales Börsenpflichtblatt der Stuttgarter Wertpapierbörse sein muss (Börsenzeitung) bei der Landesbank Baden-Württemberg als Zahlstelle (die „Zahlstelle“) zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Die Schuldverschreibungen betreffende Bekanntmachungen werden in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland, die ein überregionales Börsenpflichtblatt der Stuttgarter Wertpapierbörse sein muss (Börsenzeitung), veröffentlicht. Eine Mitteilung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Mitteilungen mit dem Tage der ersten Veröffentlichung) als erfolgt.

Sofern die Regularien der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, dies zulassen, ist die Emittentin berechtigt, Bekanntmachungen auch durch eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger oder durch eine schriftliche Mitteilung direkt an die Anleihegläubiger zu bewirken. Bekanntmachungen über das Clearing System gelten sieben Tage nach der Mitteilung an das Clearing System, direkte Mitteilungen an die Anleihegläubiger mit ihrem Zugang als bewirkt.

4 Verkauf der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen werden von der Emittentin zum freibleibenden Verkauf angeboten. Der anfängliche Verkaufspreis wird bei Beginn des öffentlichen Angebotes am 05. Oktober 2005 festgelegt. Ab dem 05. Oktober 2005 wird er fortlaufend angepasst. Der Verkaufspreis der Anleihen kann bei der Emittentin erfragt werden. Es ist beabsichtigt, die Verkaufspreise in dem elektronischen Informationssystem Reuters zu veröffentlichen. Eine rechtliche Verpflichtung hierzu wird von der Emittentin jedoch nicht übernommen.

5 Lieferung der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen werden als Inhaber-Schuldverschreibungen ausgegeben und während ihrer gesamten Laufzeit in einer Dauerglobalurkunde ohne Zinsscheine verbrieft, die bei Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, („**Verwahrer**“) hinterlegt ist und nicht gegen effektive Einzelkunden austauschbar ist. Die Schuldverschreibungen sind in Form

von Miteigentumsanteilen an der Dauerglobalurkunde lieferbar und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Clearstream Banking AG frei übertragbar.

6 Rechtsstreitigkeiten

Weder die Emittentin noch eine ihrer konsolidierten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind oder waren in Gerichts- oder Schiedsverfahren involviert, welche einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Emittentin haben können oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, noch sind solche Verfahren anhängig oder angedroht.

7 Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

Einleitung

In der Auseinandersetzung um die von der Europäischen Kommission geforderte Umgestaltung des Haftungssystems der deutschen Landesbanken haben sich die Kommission und die Koch-Weser-Gruppe (als Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer) am 17. Juli 2001 und am 28. Februar 2002 über die Umgestaltung der bisherigen Haftungsgrundlagen und die hierfür geltenden Übergangsfristen verständigt. Die Kommission hat daraufhin am 27. März 2002 gemäß den oben genannten Vereinbarungen zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden am 11. April 2002 von der Bundesregierung vorbehaltlos akzeptiert.

Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 16. Oktober 2002 das „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“ beschlossen; die Veröffentlichung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg erfolgte am 11. November 2002. Darüber hinaus hat die Gewährträgerversammlung der LBBW am 18. November 2002 und am 13. Dezember 2004 jeweils eine „Satzung zur Änderung der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg“ („Änderungssatzung“) beschlossen. Die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg erfolgte am 12. Dezember 2002 und am 31. Dezember 2004. Durch das Änderungsgesetz und die Änderungssatzungen, die am 19. Juli 2005 in Kraft treten, werden das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg an die mit der Europäischen Kommission vereinbarten Veränderungen der Haftungsstrukturen angepasst.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Die Gewährträgerhaftung wird nach einem vierjährigen Übergangszeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 abgeschafft. Im Hinblick auf Verbindlichkeiten der Landesbank, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart werden, ist im Änderungsgesetz u. a. das Folgende geregelt:

Die Träger der Landesbank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Landesbank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt; für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend

nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen des Instituts nicht befriedigt werden können.

Was die Anstaltslast anbelangt, so wird diese mit Wirkung ab 19. Juli 2005 gemäß den mit der Europäischen Kommission vereinbarten Prinzipien ersetzt. Das Änderungsgesetz sieht diesbezüglich insbesondere die folgenden Regelungen vor:

- Die Träger unterstützen die Landesbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der im Landesbankgesetz niedergelegten Vorschriften.
- Es besteht weder eine Verpflichtung der Träger noch ein Anspruch der Landesbank gegen die Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Durch das Änderungsgesetz wird auch das Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (AGGVG) geändert. Diese Änderung hat zur Folge, dass die LBBW mit Wirkung ab 19. Juli 2005 die Insolvenzfähigkeit besitzen wird.

8 Verwendung des Anleiheerlöses

Der Nettoerlös der Anleihe dient der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Emittentin.

9 Zukunftsgerichtete Aussagen, Zuverlässigkeit von Meinungen und Prognosen

Dieser Nachtrag enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen einschließlich Angaben unter Verwendung der Worte "glaubt", "geht davon aus", "erwartet" oder Formulierungen mit ähnlicher Bedeutung. Solche in die Zukunft gerichtete Aussagen beinhalten bekannte und unbekannt Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlichen und zukünftigen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Leistungen der Emittentin, der Referenzunternehmen oder der relevanten Branchen wesentlich von denjenigen abweichen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem: der Wettbewerb durch andere Unternehmen, die laufenden Kapitalbedürfnisse der Gesellschaft, Finanzierungskosten, Änderungen des Betriebsaufwands, die Gewinnung und das Halten qualifizierter Mitarbeiter, Unsicherheiten aus dem Geschäftsbetrieb der Emittentin oder der Garantin und sonstige in diesem Nachtrag genannte Faktoren.

10 Stabilisierungsmaßnahmen

Im Zusammenhang mit der Emission kann die Landesbank Baden-Württemberg („**Manager**“) für einen beschränkten Zeitraum nach dem Valutierungstag Mehrzuteilungen vornehmen oder andere Maßnahmen treffen, die den Marktpreis der Schuldverschreibungen auf einem Niveau stabilisieren oder halten, das andernfalls nicht erreicht würde. Falls derartige Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können sie jederzeit wieder eingestellt werden.

11 Kenn-Nummern

Wertpapier-Kenn-Nummer: LBW 5XR

ISIN Code: DE000LBW5XR1

Zusammenfassung der Emission

Die folgenden Ausführungen sind eine indikative Zusammenfassung und sind nur im Zusammenhang mit dem gesamten Text der Anleihebedingungen unter der Überschrift "Anleihebedingungen" zu lesen. Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

Emittentin:	Landesbank Baden-Württemberg.
Beschreibung der Emission:	EUR 100.000.000,00 LBBW Synthetische Industrieanleihe („Ländle“-Synthia 5) 4,00 % Anleihe mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf die Referenzunternehmen DaimlerChrysler AG, EnBW Energie Baden-Württemberg AG, HeidelbergCement AG, Robert Bosch Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Suedzucker Aktiengesellschaft Mannheim/Ochsenfurt von 2005/2011 - Emission - (Credit Linked Notes).
Valutierungstag und Zahltag:	07. Oktober 2005
Endfälligkeitstag:	11. Januar 2011
Verzinsung:	Die Schuldverschreibungen werden ab dem Valutierungstag (einschließlich) mit 4,00 % jährlich verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich jeweils am 11. Januar zahlbar, erstmals am 11. Januar 2006 (erster kurzer Kupon für den Zeitraum vom 07. Oktober 2005 bis 10. Januar 2006) und letztmals am 11. Januar 2011 (letzter Kupon für den Zeitraum von 11. Januar 2010 bis 10. Januar 2011). Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor einem Zinszahlungstag oder vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein und veröffentlicht die Emittentin eine Kreditereignis-Mitteilung sowie eine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums, so werden Zinsen auf die Schuldverschreibungen weder für die Zinsperiode, in der ein Kreditereignis eingetreten ist, noch für die nachfolgenden Zinsperioden gezahlt. Die Anleihegläubiger haben keinen Anspruch auf weitere Zinszahlungen nach dem Eintritt eines Kreditereignisses. Dieser Anspruch lebt auch nicht dadurch wieder auf, dass die Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen.
Rückzahlung:	Rückzahlung zum Nennwert, sofern nicht zuvor ein Kreditereignis eingetreten ist.
Andienung:	Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein, wird die Emittentin von ihrer Verpflichtung, die Schuldverschreibungen am Endfälligkeitstag zum Nennbetrag zurückzuzahlen, frei. In diesem Fall hat die Emittentin den Anleihegläubigern für

den Nennbetrag der Schuldverschreibung spätestens am Andienungstermin nach Maßgabe der in der Andienungsmitteilung zum Ausdruck gekommenen Wahl der Emittentin entweder (a) Lieferbare Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens in Höhe des Andienungsbetrages zu übereignen oder (b) einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen.

Kreditereignisse: Kreditereignisse sind Insolvenz, Nichtzahlung oder Schuldenrestrukturierung.

Lieferbare Wertpapiere: Lieferbare Wertpapiere bezeichnet jede Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit sowie jede auch zukünftige oder bedingte Verpflichtung des jeweiligen Referenzunternehmens, die auf die Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus Schuldverschreibungen gerichtet ist und die nachfolgend genannten Voraussetzungen erfüllt. Die Verpflichtung steht im Hinblick auf die Rangfolge der Zahlungsverpflichtung mindestens im gleichen Rang mit einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit des jeweiligen Referenzunternehmens und ist in der gesetzlichen Währung der Vereinigten Staaten von Amerika oder Kanadas oder Japans oder des Vereinigten Königreichs oder der Schweiz oder in Euro oder einer Euro-Vorgänger-Währung denominiert. Der unter der Verpflichtung zu zahlende Betrag darf nicht durch den Eintritt oder Nichteintritt einer Bedingung reduziert werden. Die Verpflichtung ist ein börsennotiertes Inhaberpapier, dessen Lieferung und Zahlungen über international anerkannte Clearingsysteme abgewickelt werden. Die Stückelung der Verpflichtung ist kleiner oder gleich dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung. Die Verpflichtung ist ohne vertragliche, gesetzliche oder aufsichtliche Beschränkung an private Investoren in der Bundesrepublik Deutschland übertragbar (keine Beschränkungen in diesem Sinne sind solche, die zur Herbeiführung der Zulässigkeit des Vertriebs nach Maßgabe der Rule 144A oder Regulation S unter dem United States Securities Act von 1933 bestehen oder entsprechende Verkaufsbeschränkungen unter dem Recht eines sonstigen anderen Staates als der Bundesrepublik Deutschland) und die verbleibende Laufzeit, beginnend mit dem Andienungstermin, beträgt maximal 30 Jahre. Die Verpflichtung weist am Andienungstermin und jederzeit danach einen offenen Kapitalsaldo auf. Weiterhin sind Wandelanleihen, Umtauschanleihen oder Zuwachsanleihen Lieferbare Wertpapiere, wenn bis zum Andienungstermin (einschließlich), (i) das Recht, das Lieferbare Wertpapier zu wandeln oder umzutauschen oder (ii) von dem jeweiligen Referenzunternehmen zu verlangen, das Lieferbare Wertpapier zu kaufen oder zurückzuzahlen (falls das jeweilige Referenzunternehmen von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, den Kauf- oder Rückzahlungspreis insgesamt oder teilweise in Dividendenpapieren zu zahlen),

bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der maßgeblichen Andienungsmitteilung noch nicht ausgeübt worden ist (oder die Ausübung eines solchen Rechts wirksam wieder aufgehoben wurde).

Gesamtnennwert: EUR 100.000.000,00

Stückelung: EUR 1.000,00

Verbriefung: Die Schuldverschreibungen werden für die gesamte Laufzeit durch eine Inhaber-Globalurkunde ohne Zinsscheine verbrieft. Die Globalurkunde wird bei dem Verwahrer hinterlegt.

Effektive auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an der Sammelurkunde zu, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Clearstream Banking AG frei übertragen werden können.

Status der Schuldverschreibungen: Nicht nachrangig.

Kündigungsrecht: Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt seine Schuldverschreibungen unter den in Ziffer 9 der Anleihebedingungen genannten Voraussetzungen vorzeitig zur Rückzahlung fällig zu stellen.

ISIN Code: DE000LBW5XR1

WKN: LBW 5XR

Notierung/Handel: Es ist beabsichtigt, die Schuldverschreibungen während der gesamten Laufzeit in den Freiverkehr an der Stuttgarter Wertpapierbörse einzubeziehen.

Risikohinweise

Der nachfolgende Abschnitt beinhaltet unter anderem Zusammenfassungen einzelner Bestimmungen der Anleihebedingungen. Potentielle Käufer der Schuldverschreibungen sollten in jedem Fall auch die auf den Seiten 22 bis 49 in diesem Nachtrag abgedruckten vollständigen Anleihebedingungen lesen, die allein maßgeblich für die rechtliche und wirtschaftliche Ausstattung der Schuldverschreibungen sind. Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

1 Allgemeine Investitionserwägungen

Der Kauf der Schuldverschreibungen birgt wesentliche Risiken und ist nur für Investoren geeignet, die über Kenntnisse und Erfahrungen in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen, die es ihnen ermöglichen, die Risiken und Vorteile einer Investition in die Schuldverschreibungen zu beurteilen. **Gemäß den Anleihebedingungen kann die Rückzahlung der Schuldverschreibungen zu weniger als 100% erfolgen und im ungünstigsten Fall zum fast vollständigen Verlust der in diese Schuldverschreibungen investierten Mittel führen.** Vor einer Investitionsentscheidung sollten potentielle Käufer dieser Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Situation, ihrer persönlichen Erfahrungen und ihrer Anlageziele die in den nachfolgenden Ausführungen dargestellten Umstände zusammen mit anderen für sie relevanten Umständen sorgfältig abwägen. Potentielle Käufer von Schuldverschreibungen sollten sich mit ihren Rechts-, Steuer- und Finanzberatern sowie Wirtschaftsprüfern beraten, sofern sie dies in Bezug auf die Schuldverschreibungen, die Landesbank Baden-Württemberg („Emittentin“) und die jeweiligen Referenzunternehmen für notwendig erachten und sich nicht ausschließlich auf die Aussagen und Einschätzungen der Emittentin verlassen. Jeder potentielle Käufer dieser Schuldverschreibungen ist selbst für seine unabhängige Bewertung aller Umstände verantwortlich, die im Hinblick auf die Entscheidung, diese Schuldverschreibungen zu kaufen, und als Eignung einer Investition in diese Schuldverschreibungen für seine Anlagezwecke wichtig erscheinen.

2 Informationen

- 2.1 Die Emittentin übernimmt keine Gewähr dafür, dass öffentlich zugängliche Informationen bezüglich der jeweiligen Referenzunternehmen richtig und vollständig sind. Ferner kann nicht gewährleistet werden, dass alle Umstände veröffentlicht worden sind, die sich vor oder zum Zeitpunkt der Begebung der Schuldverschreibungen (einschließlich solcher Umstände, die die Richtigkeit oder Vollständigkeit solcher öffentlich zugänglichen Informationen beeinträchtigen würden) in den jeweiligen Referenzunternehmen ereignen bzw. ereignet haben und die für die Bestimmung des Werts der Schuldverschreibungen oder des Eintritts eines Kreditereignisses relevant sind.
- 2.2 Die allgemeinen Erwägungen im Hinblick auf Investitionen in die Schuldverschreibungen stellen weder ein Angebot zum Kauf von Schuldverschreibungen dar noch sind sie als Aufforderung zu verstehen, Schuldverschreibungen zum Kauf anzubieten. Die vorgenannten Erwägungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ein Investor, der die Schuldverschreibungen allein unter Berücksichtigung der allgemeinen Investitionserwägungen kauft, tätigt seine Investitionsentscheidung auf Grundlage unvollständiger Informationen. Die damit verbundenen Risiken trägt der Investor selbst.

3 Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen

- 3.1 Mit dem Kauf der Schuldverschreibungen erwirbt jeder Anleihegläubiger Ansprüche gegen die Emittentin auf Zinszahlungen aus der Anleihe und auf Rückzahlung des jeweiligen Nennbetrages. Die Zinszahlungen werden jährlich nachträglich fällig.
- 3.2 **Der Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen führt dazu, dass Zinsen weder für die Zinsperiode, in der ein Kreditereignis eingetreten ist, noch für die nachfolgenden Zinsperioden gezahlt werden. Außerdem erlischt die Verpflichtung der Emittentin, die Anleihe am Endfälligkeitstag zurückzuzahlen.**
- 3.3 **Anstelle dessen tritt die Verpflichtung der Emittentin, den Anleihegläubigern für eine Schuldverschreibung spätestens am Andienungstermin nach Maßgabe der in der Andienungsmitteilung zum Ausdruck gekommenen Wahl der Emittentin entweder (a) Lieferbare Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, in Höhe des Andienungsbetrages zu übereignen („Andienung“) oder (b) einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen. Die Andienung der Lieferbaren Wertpapiere hat in der Höhe des Andienungsbetrags zu erfolgen. Eine etwaige Differenz zwischen dem Andienungsbetrag und dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung hat die Emittentin durch einen Ausgleichsbetrag abzugelten. Andienungsersatzbetrag bezeichnet einen Betrag je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit (bzw. in besonderen Fällen eines anderen Wertpapiers des Referenzunternehmens) am Bewertungstag ergibt. Der Wert der andienenden Wertpapiere oder des Andienungsersatzbetrags kann deutlich unter dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen liegen. Im schlechtesten Fall erhalten die Anleihegläubiger nur einen Ersatzbetrag in Höhe von 1% des Nennbetrags der Schuldverschreibungen.**

4 Rückgriff nur gegen die Emittentin

Die Schuldverschreibungen stellen ausschließlich Verbindlichkeiten der Emittentin dar.

5 Kein Anspruch gegen ein Referenzunternehmen

Die Schuldverschreibungen begründen kein Rechtsverhältnis zwischen den Anleihegläubigern und den jeweiligen Referenzunternehmen. Im Verlustfall hat der Anleihegläubiger im Hinblick auf die Schuldverschreibungen keinen Rückgriffsanspruch gegenüber dem jeweiligen Referenzunternehmen.

6 Auswechseln von Referenzunternehmen

Tritt bei einem Referenzunternehmen eine Fusion, Spaltung (entweder durch freiwilligen Tausch von Verbindlichkeiten oder in anderer Art und Weise), Zusammenlegung, Verschmelzung, Übertragung oder ein ähnliches Ereignis ein, kann dieses Referenzunternehmen für die Zwecke dieser Anleihe durch ein Nachfolgeunternehmen ersetzt werden. Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen hängt dann von der Bonität dieses Nachfolgeunternehmens ab.

7 Risiko der Wertentwicklung

Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann sich wesentlich von einer direkten Anlage in Schuldtiteln, die von den jeweiligen Referenzunternehmen ausgegeben werden, unterscheiden. Der Eintritt eines Kreditereignisses bezüglich des jeweiligen

Referenzunternehmens wird sich negativ auf den Ertrag und unter Umständen auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann ferner durch die allgemeine Entwicklung des Kapitalmarktzinses für Schuldverschreibungen mit vergleichbaren Laufzeiten negativ beeinflusst werden.

8 Liquidität der Schuldverschreibungen

Die Liquidität der Schuldverschreibungen hängt vor allem von der Anzahl der gezeichneten Schuldverschreibungen ab. Sollten deutlich weniger Schuldverschreibungen gezeichnet werden, als dem Angebotsvolumen entspricht, kann dies nachteilige Auswirkungen auf die Liquidität der Schuldverschreibungen haben.

Ebenso kann der Eintritt eines Kreditereignisses gemäß Ziffer 5.4 der Anleihebedingungen eine etwaige vorhandene Liquidität zusätzlich beeinträchtigen.

Während der Laufzeit können die Gläubiger ihre Schuldverschreibungen grundsätzlich veräußern. Selbst wenn sich ein Sekundärmarkt, auf welchem die Schuldverschreibungen gehandelt werden, entwickelt, ist es unwahrscheinlich, dass dieser Markt dauerhaft sein wird oder er den Gläubigern der Schuldverschreibungen Liquidität bietet. In jedem Fall ist bei den Schuldverschreibungen aufgrund der gegenüber anderen herkömmlichen Anlageformen komplexeren Konstruktion und geringeren Liquidität mit größeren Spannen zwischen An- und Verkaufskursen zu rechnen.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass der jeweilige Marktpreis der Schuldverschreibungen durch eine Reihe von äußeren Faktoren beeinflusst wird. Mögliche Einflüsse können sich durch Änderungen des Kapitalmarktzinses für Schuldverschreibungen mit vergleichbaren Laufzeiten ergeben. Geht der Kapitalmarkt ferner davon aus, dass Umstände eingetreten sind oder eintreten werden, die in Bezug auf mindestens einen der Referenzschuldner ein Kreditereignis darstellen können, wird der Marktpreis der Schuldverschreibungen wahrscheinlich gegen einen Wert tendieren, der der vom Kapitalmarkt eingeschätzten Bonität des betreffenden Referenzschuldners bzw. gegebenenfalls dessen erwarteter Insolvenzquote entspricht. Im ungünstigsten Fall kann dies zum fast vollständigen Verlust der in die Schuldverschreibungen investierten Mittel führen.

Bei Veräußerung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit kann der erzielte Verkaufspreis daher deutlich unterhalb des Nennbetrages liegen oder ein fast vollständiger Verlust der in die Schuldverschreibungen investierten Mittel eintreten.

9 Kreditrisiko

Die Schuldverschreibungen unterliegen neben dem Kreditrisiko der Emittentin auch dem Kreditrisiko des jeweiligen Referenzunternehmens. Jeder potentielle Käufer sollte daher über ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten sowie über den notwendigen Sachverstand in Bezug auf die Beurteilung von Kreditrisiken verfügen, die es ihm ermöglichen, die Vorteile, Risiken und die Eignung einer Investition in die Schuldverschreibungen angemessen zu bewerten.

10 Geschäftsverbindungen

Die Emittentin kann bereits bestehende oder zukünftige Geschäftsbeziehungen (einschließlich Beziehungen im Rahmen der Kreditvergabe, von Einlagegeschäften, des Risikomanagements, der Beratung und im Hinblick auf Bankgeschäfte) zu den jeweiligen Referenzunternehmen unterhalten und Maßnahmen ergreifen, die sie zum Schutz ihrer

daraus entstehenden Interessen ohne Berücksichtigung etwaiger Folgen für die Anleihegläubiger für notwendig und angemessen erachtet.

11 Hinweis für institutionelle Investoren

Institutionelle Investoren können bei der Investition in die Schuldverschreibungen rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Restriktionen unterliegen. Insbesondere sollten sie sich eigenverantwortlich darüber informieren, ob die Schuldverschreibungen einer von ihnen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zu bildenden besonderen Vermögensmasse zugeführt werden dürfen.

12 Beratung durch die Hausbank

Dieser Nachtrag ersetzt nicht die vor der Kaufentscheidung in jedem Fall unerlässliche Beratung durch die Hausbank. Der Anleger darf daher nicht darauf vertrauen, dass dieser Nachtrag alle für ihn wesentlichen Umstände enthält. Nur der Anlageberater oder Kundenbetreuer der Hausbank ist in der Lage, eine anlagegerechte, auf die Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Verhältnisse des Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung zu erbringen.

13 Wichtiger Hinweis für Privatkunden

Die Schuldverschreibungen könnten als Finanztermingeschäfte eingestuft werden. In diesem Fall sind die in § 37 d Absatz 1 Wertpapierhandelsgesetz genannten Unternehmen verpflichtet, ihre Vertragspartner über näher bestimmte Risiken durch eine separate Unterrichtungsschrift zu informieren und diese vom Vertragspartner unterschreiben zu lassen. Jeder Anleger sollte sich von seinem Anlageberater oder Kundenbetreuer der Hausbank ausführlich informieren lassen.

Besteuerung

Die Informationen im nachfolgenden Abschnitt „Besteuerung“ sind nicht als steuerliche Beratung zu verstehen und beschreiben nicht alle möglichen steuerlichen Überlegungen, die für einen Kaufinteressenten von Bedeutung sein können. Die Ausführungen basieren auf den Steuergesetzen zur derzeitigen Rechtslage. Diese können sich jederzeit ändern, auch mit rückwirkendem Effekt. Potentielle Anleger werden auf Ziffer 8 der Anleihebedingungen (Steuern) hingewiesen. Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

POTENTIELLEN ANLEGERN WIRD DAHER GERATEN, IHREN EIGENEN STEUERLICHEN BERATER ÜBER DIE KONSEQUENZEN IN IHREM ANSÄSSIGKEITSSTAAT ZU KONSULTIEREN, DIE AUS DEM KAUF UND DEM HALTEN DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN FOLGEN.

1 Einkommensteuer

1.1 Steuerinländer

1.1.1 Zinserträge

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen an Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind (einschließlich Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Verwaltungssitz, rechtlicher Sitz oder Betriebsstätte in der Bundesrepublik Deutschland belegen ist), werden der deutschen Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer und, wenn die Schuldverschreibungen in einem Betriebsvermögen gehalten werden, der Gewerbesteuer unterworfen.

Wenn die Schuldverschreibungen von einer natürlichen Person im Privatvermögen gehalten werden, sind Zinserträge aus den Schuldverschreibungen mit dem individuellen Steuersatz zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % zuzüglich eventueller Kirchensteuer zu versteuern. Es existiert ein Sparer-Freibetrag in Höhe von EUR 1.370 (EUR 2.740 für Ehegatten, die zusammen veranlagt werden) für alle Einkünfte aus Kapitalvermögen. Weiterhin ist bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen, sofern nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden, ein Pauschalbetrag von EUR 51 (EUR 102 für Ehegatten, die zusammen veranlagt werden) abzuziehen.

Wenn die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen gehalten werden, unterliegen die hieraus resultierenden Zinszahlungen sowohl der Einkommen- als auch der Gewerbesteuer. Der Gewerbesteuersatz beträgt abhängig von dem Gewerbesteuerhebesatz der jeweiligen Gemeinde in der Regel zwischen 12 % und 20 %.

Wenn die Schuldverschreibungen von einer Körperschaft gehalten werden, sind die Zinserträge aus den Schuldverschreibungen mit einem Körperschaftsteuersatz von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer zu versteuern.

Wenn die Schuldverschreibungen in einem inländischen Wertpapierdepot eines deutschen Kreditinstituts einschließlich einer inländischen Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts, aber ausschließlich einer ausländischen Zweigstelle eines inländischen Kreditinstituts verwahrt oder verwaltet werden, wird eine Zinsabschlagsteuer von 30 % zuzüglich des Solidaritätszuschlags 5,5 % hierauf, insgesamt also ein Abzug von 31,65 %, auf die Zinszahlung erhoben. Die Zinsabschlagsteuer und der Solidaritätszuschlag werden später in der Veranlagung als Vorauszahlung auf die persönliche Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag angerechnet.

1.1.2 Stückzinsen

Wenn ein Investor eine Schuldverschreibung während einer laufenden Zinsperiode veräußert, unterliegt das Entgelt für die auf den Zeitraum bis zur Veräußerung der Schuldverschreibung entfallenden Zinsen des laufenden Zinszahlungszeitraums, sog. Stückzinsen, der Einkommensteuer oder der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf sowie der Gewerbesteuer, falls die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen gehalten werden. Die Zinsabschlagsteuer beträgt 30 % zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf, insgesamt also 31,65 %.

1.1.3 Veräußerungsgeschäfte

Wird die Schuldverschreibung im Privatvermögen gehalten und weist der Inhaber der Schuldverschreibung die Emissionsrendite nach, sind Einnahmen aus der Veräußerung der Schuldverschreibung, soweit sie über die auf die Besitzzeit entfallende Emissionsrendite hinausgehen, als Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften zu behandeln, falls der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung der Schuldverschreibungen nicht mehr als ein Jahr beträgt. Diese privaten Veräußerungsgewinne bleiben steuerfrei, wenn der aus den privaten Veräußerungsgeschäften erzielte Gesamtgewinn weniger als EUR 512 betragen hat. Beträgt in oben genannten Fällen der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung der Schuldverschreibungen mehr als ein Jahr, sind die entsprechenden Einkünfte steuerfrei.

Wenn die Schuldverschreibungen vor dem Andienungstermin und vor Eintritt eines Kreditereignisses verkauft oder abgetreten und die Stückzinsen nicht separat vergütet werden, werden Gewinne aus der Veräußerung oder Rückgabe der Schuldverschreibungen der deutschen Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer und, wenn die Schuldverschreibungen in einem Betriebsvermögen gehalten werden, der Gewerbesteuer unterworfen. Die Bemessungsgrundlage errechnet sich als die Differenz von Anschaffungskosten und Veräußerungspreis, wenn der Inhaber der Schuldverschreibungen die Emissionsrendite nicht nachweisen will oder sie in einem Betriebsvermögen gehalten werden.

Ein am Andienungstermin oder bei Eintritt eines Kreditereignisses durch Ausübung des Wahlrechts der Emittentin entstehender Wertverlust kann im Privatvermögen unter gewissen Umständen vom Anleger durch Ansatz der Marktrendite als negative Einnahme angesetzt werden. Dies gilt auch für einen durch Veräußerung vor dem Andienungstermin bzw. vor Eintritt eines Kreditereignisses entstehenden Verlust. Im Betriebsvermögen können durch vorzeitige Veräußerung oder Ausübung des Wahlrechtes entstehende Verluste steuerlich angesetzt werden.

Zu der Frage des Beginns der Spekulationsfrist sowie der Bestimmung der Anschaffungskosten der Lieferbaren Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens hat die Finanzverwaltung bisher noch nicht explizit Stellung genommen. Lediglich im Fall von Equity-Linked- und Umtauschanleihen vertritt die Finanzverwaltung die Auffassung (Schreiben vom 27. November 2001 IV C 3 – S 2256 – 265/01), dass die Andienung bzw. der Tausch der Anleihe in Aktien im Zeitpunkt der Einlösung als Anschaffungsvorgang i.S.d. § 23 EStG zu qualifizieren ist mit der Folge, dass eine neue einjährige Spekulationsfrist für die erhaltenen Aktien zu laufen beginnt. Ob die Finanzverwaltung diese Auffassung auch hinsichtlich der vorliegenden Schuldverschreibungen vertritt, ist jedoch offen. Ungeklärt ist damit, ob die Lieferbaren Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens bereits zum Zeitpunkt des Erwerbs der Schuldverschreibungen oder – analog zu Equity-Linked- und Umtauschanleihen – erst am Andienungstermin als angeschafft gelten.

Werden die Schuldverschreibungen vor dem Andienungstermin bzw. vor Eintritt eines Kreditereignisses veräußert, wird üblicherweise eine zusätzliche Besteuerung angewendet. Die positive Differenz aus vom Inhaber der Schuldverschreibungen gezahlten Anschaffungskosten und Veräußerungspreis wird zusätzlich der Zinsabschlagsteuer von 30 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % hierauf unterworfen. Wenn allerdings die Schuldverschreibungen beispielsweise nach einem Wertpapierdepotwechsel zu einer anderen Bank verkauft oder zurückgegeben werden, wird der Unterschiedsbetrag als Bemessungsgrundlage für Zinsabschlagsteuer und Solidaritätszuschlag durch eine Pauschale von 30 % des Verkaufspreises oder Rückgabepreises ersetzt. Diese pauschale Besteuerung ist nicht endgültig. Sie wird im Rahmen der Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaft- und Gewerbesteuer geändert, wobei die besitzzeitanteilige Emissionsrendite oder der Unterschiedsbetrag von Anschaffungskosten und Veräußerungspreis als Bemessungsgrundlage angewendet wird.

1.2 Steuerausländer

Personen, die nicht steuerlich in Deutschland ansässig sind, sind im allgemeinen von der deutschen Zinsabschlagsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. Stehen die Zinsen aus den Schuldverschreibungen, die in einem Wertpapierdepot im Inland verwahrt oder verwaltet werden, nach deutschem Steuerrecht effektiv mit einem deutschen Gewerbe oder einer sonst die beschränkte Steuerpflicht begründenden Tätigkeit eines Steuerausländers in Verbindung, wird die Zinsabschlagsteuer in Höhe von 30 % zzgl. Solidaritätszuschlag erhoben und kann auf die deutsche Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuerschuld des Steuerausländers angerechnet werden.

2 Erbschaft- und Schenkungssteuer

Nach deutschem Recht wird Erbschaft- bzw. Schenkungssteuer grundsätzlich nach dem Marktwert zum Zeitpunkt des steuerlichen Ereignisses ermittelt, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes, der Schenker zur Zeit der Ausführung der Schenkung oder der Erwerber zur Zeit der Entstehung der Steuerinländer sind. Als Steuerinländer gelten u.a. natürliche Personen, die in Deutschland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und deutsche Staatsangehörige, die sich nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten haben, ohne in Deutschland einen Wohnsitz zu haben.

3 Vermögensteuer/ Gewerbekapitalsteuer

Die Vermögensteuer wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1997 ausgesetzt. Die Gewerbekapitalsteuer wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1998 abgeschafft. Es ist jedoch zu erwähnen, dass es nach wie vor auf politischer Ebene Diskussionen gibt, die Vermögensteuer wieder einzuführen sowie die Gewerbesteuer zu reformieren.

4 Andere deutsche Steuern

Zur Zeit existieren keine weiteren Steuern bezüglich des Kaufs oder der Übertragung der Schuldverschreibungen. Vermögensteuer wird zur Zeit nicht erhoben.

5 Geplante Änderungen des deutschen Steuerrechts

Die Bundesregierung plant, eine pauschale Quellensteuer auf Zinserträge in Höhe von 25% oder 35% einzuführen. Diese Quellensteuer soll abgeltenden Charakter haben. Zinserträge unterlägen nicht mehr den individuellen Sätzen der Einkommensteuer. Zum Schutz von Anlegern mit einem individuellen Einkommensteuersatz von weniger als 25% / 35% soll diesen Anlegern jedoch die Möglichkeit einer Steuerveranlagung gegeben werden, so dass die Zinserträge mit dem geringeren individuellen Steuersatz versteuert würden. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei lediglich um eine

vorläufige Willenserklärung der Bundesregierung handelt. Es ist beabsichtigt, diese Abgeltungssteuer mit Wirkung vom 1. Januar 2005 einzuführen.

6 EU-Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften

Am 3. Juni 2003 hat sich der „ECOFIN-Rat“ der Europäischen Union (der „Rat“) auf den endgültigen Wortlaut der Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften geeinigt, mit dem der bisherige Entwurf über eine derartige Besteuerung vom 13. Dezember 2001 zwar in einigen Bereichen geändert wird, der mit dem bisherigen Entwurf aber größtenteils übereinstimmt. Aufgrund der Vereinbarung werden alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Österreich, Luxemburg und Belgien nach In-Kraft-Treten der Richtlinie am 1. Januar 2005 ein automatisches Informationssystem über grenzüberschreitende Zinszahlungen in der EU einführen, die an natürliche Personen geleistet werden.

Österreich, Luxemburg und Belgien dürfen statt des Informationsaustausches eine Quellensteuer auf diese Zahlungen erheben. Die Höhe der Quellensteuer beläuft sich zunächst auf 15 % und wird bis 2011 sukzessive auf 35 % steigen. 75 % des Erlöses aus dieser Quellensteuer auf Zinsen werden von Österreich, Belgien und Luxemburg an die Länder abgeführt, in denen die natürlichen Personen ihren Wohnsitz haben. Die Vereinbarung vom 3. Juni 2003 verpflichtet Österreich, Luxemburg und Belgien nicht unbedingt, nach 2011 zu einem automatischen Informationsaustausch überzugehen, sondern macht dies davon abhängig, dass der Rat einstimmig beschließt, mit der Schweiz, Monaco, Liechtenstein, Andorra, San Marino und den assoziierten Gebieten der EU-Mitgliedstaaten zufriedenstellende Vereinbarungen über einen Informationsaustausch abzuschließen.

Verkaufsbeschränkungen

Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

1 Bundesrepublik Deutschland

Der Manager hat sich verpflichtet, die Vorschriften, welche die Begebung, den Verkauf und das Angebot von Wertpapieren in der Bundesrepublik Deutschland regeln, zu beachten und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland die Schuldverschreibungen nicht im Sinne der Vorschriften über das Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften oder ähnlichen Geschäften anzubieten.

2 Vereinigtes Königreich

Der Manager hat zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass:

- 2.1 er Personen im Vereinigten Königreich keine Schuldverschreibungen angeboten oder verkauft hat bzw. vor dem Ablauf einer Frist von sechs Monaten ab dem Ausgabedatum der Schuldverschreibungen anbieten oder verkaufen wird, es sei denn, es handelt sich um Personen, die im Rahmen ihrer gewöhnlichen Tätigkeit zu Geschäftszwecken mit dem Erwerb, dem Besitz und der Verwaltung von Finanzanlagen (*investments*) befasst sind oder im Rahmen ihrer gewöhnlichen Tätigkeit über solche verfügen (sei es im eigenen oder fremden Namen), oder es liegen sonstige Umstände vor, die im Vereinigten Königreich nicht zu einem öffentlichen Angebot im Sinne der Public Offers of Securities Regulations aus dem Jahr 1995 geführt haben bzw. führen werden;
- 2.2 er nur solche Aufforderungen und Veranlassungen zur Aufnahme einer Anlagetätigkeit (Investment Activity im Sinne von § 21 des Financial Services and Markets Act 2000 (der „**FSMA**“)) weitergegeben oder deren Weitergabe veranlasst hat bzw. weitergeben oder deren Weitergabe veranlassen wird, die bei ihm in Verbindung mit der Ausgabe oder dem Verkauf von Schuldverschreibungen unter Umständen eingegangen sind, unter denen Section 21(1) des FSMA auf die Emittentin keine Anwendung findet;
- 2.3 er bezüglich jeglicher seiner Handlungen in Verbindung mit den Schuldverschreibungen im oder aus dem Vereinigten Königreich, oder die das Vereinigte Königreich in einer sonstigen Weise betreffen, die geltenden Bestimmungen des FSMA befolgt hat bzw. befolgen wird.

3 Vereinigte Staaten

Die Schuldverschreibungen sind nicht und werden nicht gemäß dem Securities Act von 1933 (der „**Securities Act**“) registriert und dürfen nicht in den Vereinigten Staaten oder U.S. Personen angeboten oder verkauft werden, es sei denn, dies erfolgt im Einklang mit der auf Grundlage des Securities Act ergangenen Regulation S oder falls die Voraussetzungen einer Befreiung von den Registrierungspflichten des Securities Act vorliegen. Der Manager hat zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass er die Schuldverschreibungen innerhalb der USA abweichend von den Vorschriften der Rule 903 der Regulation S des Securities Act oder einer von der Registrierungspflicht befreienden Vorschrift nicht angeboten oder verkauft hat bzw. anbieten oder verkaufen wird.

Außerdem dürfen die Schuldverschreibungen unter U.S. Treas. Reg. § 1.163-5(c)(2)(i)(C) (die „**C Rules**“) in Verbindung mit ihrer Erstausgabe ausschließlich außerhalb der USA und ihrer Territorien ausgegeben und geliefert werden. Der Manager hat zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass er Schuldverschreibungen in Verbindung mit ihrer Erstausgabe in den Vereinigten Staaten nicht angeboten, verkauft oder geliefert hat bzw. anbieten, verkaufen

oder liefern wird. Weiterhin hat der Manager im Hinblick auf die Erstausgabe der Schuldverschreibungen zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass er, sofern sein Sitz in den Vereinigten Staaten oder in einem Territorium der Vereinigten Staaten liegt, weder direkt noch indirekt mit einem möglichen Erwerber der Schuldverschreibungen in Kontakt getreten ist bzw. wird, noch eine seiner Filialen in den Vereinigten Staaten oder einem Territorium der Vereinigten Staaten in das Angebot oder den Verkauf der Schuldverschreibungen einbeziehen wird.

4 Andere Rechtsordnungen

Der Manager und die Emittentin haben zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass sie in Ländern, in denen der Verkauf oder Vertrieb der Schuldverschreibungen rechtlichen Beschränkungen unterworfen ist, den Verkauf oder Vertrieb der Schuldverschreibungen unter Beachtung dieser Beschränkungen durchgeführt haben bzw. durchführen werden.

Anleihebedingungen

1 Definitionen

Andienung hat die in Ziffer 5.5 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Andienungsbetrag bezeichnet den ausstehenden Nominalbetrag eines Lieferbaren Wertpapiers oder den kumulierten Nominalbetrag mehrerer Lieferbarer Wertpapiere am Bewertungstag (ausschließlich etwaiger aufgelaufener, aber noch nicht ausgezahlter Zinsen), der entweder dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung entspricht oder ihm möglichst nahe kommt. Sind die jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere nicht in Euro denominated, ist der Euro-Gegenwert zum Euro-FiXing am Bewertungstag zu bestimmen. Das Euro-FiXing wird, als ein in Euro ausgedrückter Kassa-Mittelkurs derzeit auf der Reuters Seite „EUROFX/1“ um 13:00 Uhr am Sitz der Berechnungsstelle veröffentlicht. Wird an dem maßgeblichen Bankarbeitstag kein solches Euro-FiXing festgestellt, wird die Emittentin an dem Bewertungstag aufgrund von Angeboten von mindestens zwei im Devisenhandel führenden Banken in Frankfurt am Main einen Mittelkurs (Durchschnitt zwischen Geld- und Briefkursen) für die betreffende Währung berechnen.

Besteht unter einem Lieferbaren Wertpapier im Falle des Eintritts oder Nichteintritts einer Bedingung die Verpflichtung, einen höheren als den ausstehenden Nominalbetrag zu zahlen, so ist die Differenz zum ausstehenden Nominalbetrag bei der Anrechnung auf den Nennbetrag einer Schuldverschreibung nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes nicht in Ansatz zu bringen.

„Andienungsersatzbetrag“ bezeichnet einen Betrag in Euro je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit am Bewertungstag, ausgedrückt als Prozentsatz, ergibt.

Wenn das jeweilige Referenzunternehmen, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, ein oder mehrere Wertpapiere begeben hat, die an dem Bankarbeitstag vor der Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung nur deshalb keine Lieferbaren Wertpapiere sind, weil sie die unter der Definition „Lieferbare Wertpapiere Nr. 1 (f) und (g)“ beschriebene Voraussetzung nicht erfüllen („**Beschränkt-Übertragbare Wertpapiere**“), berechnet die Emittentin den Andienungsersatzbetrag abweichend von der in vorstehendem Absatz beschriebenen Methode als einen Betrag in Euro je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert eines Beschränkt-Übertragbaren Wertpapiers am Bewertungstag, ausgedrückt als Prozentsatz, ergibt. In diesem Fall ist der Begriff „**Marktwert**“ sowie sämtliche Regelungen dieser Anleihebedingungen, die der Ermittlung des Marktwerts dienen, so zu lesen, dass „Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatzreferenzverbindlichkeit“ ersetzt ist durch Beschränkt-Übertragbares Wertpapier. Sollten an dem Bankarbeitstag vor der Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung mehrere von dem jeweiligen Referenzunternehmen emittierte Wertpapiere Beschränkt-Übertragbare Wertpapiere sein, legt die Emittentin das Beschränkt-Übertragbare Wertpapier mit dem niedrigsten Marktwert für die Berechnung des Andienungsersatzbetrags zugrunde.

Die Auszahlung des Andienungsersatzbetrages je Schuldverschreibung, erfolgt bis spätestens zum Andienungstermin über den Verwahrer bzw. über die depotführenden Banken zur Gutschrift auf den Konten der Anleihegläubiger gegen Ausbuchung der jeweiligen Depotguthaben für die Schuldverschreibungen. Die Emittentin ist verpflichtet, die Auszahlung des festgelegten Andienungsersatzbetrags je Schuldverschreibung sowie alle eingeholten Quotierungen und die exakte Berechnung des Andienungsbetrages gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen."

Andienungsmitteilung bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung der Emittentin, dass sie entweder eine Andienung vorzunehmen oder einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen beabsichtigt. Falls und insoweit die Emittentin eine Andienung Lieferbarer Wertpapiere beabsichtigt, muss die Mitteilung eine genaue Beschreibung des Typs der Lieferbaren Wertpapiere enthalten, welche die Emittentin den Anleihegläubigern andienen wird, einschließlich des ausstehenden Gesamtnominalbetrags dieser Lieferbaren Wertpapiere. Die Emittentin ist verpflichtet, eine Andienungsmitteilung innerhalb von 72 Kalendertagen nach der Veröffentlichung der jeweils späteren der betreffenden Kreditereignis-Mitteilung und der Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung nur einer der beiden letztgenannten Mitteilungen reicht nicht aus.

Andienungstermin ist der 40. Kalendertag nach Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung und falls dieser kein Bankarbeitstag ist, der nächstfolgende Bankarbeitstag.

Anleihe hat die in Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Anleihegläubiger bezeichnet den/die Inhaber der Schuldverschreibungen.

Ausgleichsbetrag bezeichnet die positive Differenz, ausgedrückt in Euro, zwischen dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung und dem entsprechenden Andienungsbetrag, multipliziert mit dem Marktwert am Bewertungstag der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit, ausgedrückt als Prozentsatz. Die Auszahlung des Ausgleichsbetrages je Schuldverschreibung, erfolgt bis spätestens zum Ausgleichsbetragszahlungstermin über den Verwahrer bzw. über die depotführenden Banken zur Gutschrift auf den Konten der Anleihegläubiger.

Ausgleichsbetragszahlungstermin entspricht dem Andienungstermin.

Bankarbeitstag bezeichnet jeden Tag, an dem die Banken und das Abrechnungssystem des Verwahrers am Erfüllungsort gemäß Ziffer 15.3 dieser Anleihebedingungen geöffnet sind.

Berechnungsstelle bezeichnet die Emittentin.

Beste Verfügbare Informationen („Best Available Information“) bezeichnen

- (a) falls (i) ein Referenzunternehmen Informationen, die nicht-konsolidierte pro-forma Finanzausweise einschließen, die von der Annahme ausgehen, dass das maßgebliche Nachfolgeereignis eingetreten ist, bei den für es primär zuständigen Wertpapieraufsichtsbehörden oder Wertpapierbörsen einreicht oder seinen Aktionären, Gläubigern oder anderen Personen, deren Zustimmung für ein Nachfolgeereignis notwendig ist, zur Verfügung stellt; diese nicht-konsolidierten pro-forma Finanzausweise, und (ii) falls Informationen nach diesen nicht-konsolidierten pro-forma Finanzausweisen, aber vor der Bestimmung des Nachfolgeunternehmens durch die Emittentin, zur Verfügung gestellt werden, jede andere schriftliche Information, die das jeweilige Referenzunternehmen bei den für es primär zuständigen Wertpapieraufsichtsbehörden oder Wertpapierbörsen einreicht oder seinen Aktionären, Gläubigern oder anderen Personen, deren Zustimmung für ein Nachfolgeereignis notwendig ist, zur Verfügung stellt; oder
- (b) falls ein Referenzunternehmen keine vorstehend beschriebenen Informationen bei den für es primär zuständigen Wertpapieraufsichtsbehörden oder Wertpapierbörsen einreicht oder seinen Aktionären, Gläubigern oder anderen Personen, deren Zustimmung für ein Nachfolgeereignis notwendig ist, zur Verfügung stellt, diejenigen

der Emittentin zur Verfügung stehenden Informationen, die sie in die Lage zu versetzen, ein Nachfolgeunternehmen zu bestimmen.

Informationen, die erst später als 14 Kalendertage nach dem Tag des rechtsverbindlichen In-Kraft-Tretens des Nachfolgeereignisses verfügbar sind, gelten nicht als Beste Verfügbare Informationen.

Bewertungstag ist der 5. Bankarbeitstag nach Veröffentlichung der Andienungsmitteilung.

Depotbank bezeichnet jedes Kreditinstitut oder sonstige Unternehmen, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrgeschäft zu betreiben und bei dem der Anleihegläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält und das ein Konto bei dem Verwahrer unterhält, einschließlich des Verwahrers.

Dividendenpapiere („Equity Securities“) bezeichnet:

- (a) im Falle einer Wandelanleihe, Dividendenpapiere (einschließlich Options- und Bezugsrechte) des jeweiligen Schuldners einer solchen Wandelanleihe oder Depothinterlegungsscheine, die solche Dividendenpapiere des Schuldners einer solchen Wandelanleihe verkörpern (*depository receipts*), zusammen mit sonstigen Vermögenswerten, die von Zeit zu Zeit an die Inhaber solcher Dividendenpapiere ausgegeben oder den Inhabern solcher Dividendenpapiere zur Verfügung gestellt werden;
- (b) im Falle einer Umtauschanleihe, Dividendenpapiere (einschließlich Options- und Bezugsrechte) einer Kapitalgesellschaft, die nicht mit dem jeweiligen Schuldner der Umtauschanleihe identisch ist, oder Depothinterlegungsscheine, die solche Dividendenpapiere einer Kapitalgesellschaft, die nicht mit dem jeweiligen Schuldner der Umtauschanleihe identisch ist, verkörpern (*depository receipts*), zusammen mit sonstigen Vermögenswerten, die von Zeit zu Zeit an die Inhaber solcher Dividendenpapiere ausgegeben oder den Inhabern solcher Dividendenpapiere zur Verfügung gestellt werden.

Emittentin bezeichnet die Landesbank Baden-Württemberg oder den gemäß Ziffer 14 dieser Anleihebedingungen gegebenenfalls an ihre Stelle tretenden Ersatzschuldner.

Emissionswährung ist Euro.

Endfälligkeitstag bezeichnet den 11. Januar 2011.

Ersatzbetrag bezeichnet einen Betrag in Höhe von 1% des Nennbetrags einer Schuldverschreibung.

Ersatz-Referenzverbindlichkeit („Substitute Reference Obligation“) bezeichnet eine an die Stelle einer Referenzverbindlichkeit tretende Verpflichtung, die von der Emittentin bestimmt werden kann, sofern eine Referenzverbindlichkeit vor dem Endfälligkeitstag der Schuldverschreibungen vollständig zurückgezahlt wird oder nach Ansicht der Emittentin

- (a) die unter der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit geschuldeten Beträge vor dem Endfälligkeitstag der Schuldverschreibungen durch außerplanmäßige Rückzahlung oder auf andere Weise wesentlich verringert werden, oder
- (b) die maßgebliche Referenzverbindlichkeit vor dem Endfälligkeitstag eine Qualifizierte Garantie eines Referenzunternehmens ist und die rechtlichen Wirkungen und die Durchsetzbarkeit dieser Qualifizierten Garantie auf andere Weise als durch das Bestehen oder den Eintritt eines Kreditereignisses entfällt, oder
- (c) ein Referenzunternehmen vor dem Endfälligkeitstag der Schuldverschreibungen die Referenzverbindlichkeit aus einem anderen Grund als durch den Eintritt eines Kreditereignisses nicht mehr schuldet.

Die Ersatz-Referenzverbindlichkeit muss ein Inhaberpapier sein, das

- (a) vor oder nach dem Valutierungstag der Anleihe begeben wurde bzw. wird,
- (b) mit der jeweiligen Referenzverbindlichkeit gleichrangig ist oder, falls eine solche gleichrangige Ersatz-Referenzverbindlichkeit nicht existiert, eine gegenüber der jeweiligen Referenzverbindlichkeit höherrangige Ersatz-Referenzverbindlichkeit, und
- (c) eine Verpflichtung des jeweiligen Referenzunternehmens (entweder direkt oder als eine auf Zahlung gerichtete Qualifizierte Garantie) ist.

Die Emittentin ist verpflichtet, die Ersetzung der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit durch eine Ersatz-Referenzverbindlichkeit gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Ersatzschuldner hat die in Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Euro bezeichnet die Währung, die am 1. Januar 1999 aufgrund des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, ergänzt durch den Vertrag über die Europäische Union, eingeführt wurde.

Euro-Vorgänger-Währungen bezeichnet die Währungen der Mitglieder der Europäischen Union, die am 1. Januar 2002 durch den Euro ersetzt wurden oder zukünftig ersetzt werden.

Garantin hat die in Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Gewichtete Durchschnittsquotierung („Weighted Average Quotation“) bezeichnet den unter Beachtung der Quotierungsmethode ermittelten gewichteten Durchschnitt der verbindlichen Quotierungen, die von Händlern um ca. 11:00 Uhr am Sitz der Berechnungsstelle (soweit vernünftigerweise praktikabel) eingeholt werden, und zwar jeweils für den Betrag einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit, der jeweils so hoch wie möglich, aber geringer als der Quotierungsbetrag ist (aber gleich dem Mindestquotierungsbetrag oder, sollte es keine Quotierung in gleicher Höhe des Mindestquotierungsbetrags geben, Quotierungen, die dem Mindestquotierungsbetrag so nahe wie möglich kommen) und deren Gesamtbetrag gleich oder größer als 20 % des Quotierungsbetrages ist.

Globalurkunde hat die in Ziffer 2.2 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Händler („Dealer“) bezeichnet einen Händler (der nicht bei der Emittentin oder einem verbundenen Unternehmen der Emittentin beschäftigt ist), der eine Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit, für die Quotierungen eingeholt werden, handelt.

Insolvenz („Bankruptcy“) liegt vor, wenn

- (a) ein Referenzunternehmen aufgelöst wird (es sei denn, dies beruht auf einer Konsolidierung, Vermögensübertragung oder Verschmelzung);
- (b) ein Referenzunternehmen zahlungsunfähig oder überschuldet ist oder die Zahlungsunfähigkeit in einem gerichtlichen, aufsichtsbehördlichen oder sonstigen administrativen Verfahren schriftlich eingesteht;
- (c) ein Referenzunternehmen eine Übertragung seines gesamten Vermögens oder eine sonstige Vereinbarung oder einen Vergleich in Bezug auf sein gesamtes Vermögen mit seinen oder zugunsten seiner Gläubiger vereinbart;
- (d) bezüglich eines Referenzunternehmens ein Verfahren zur Insolvenz- oder Konkursfeststellung oder ein vergleichbares Verfahren bezüglich eines sonstigen, die Rechte der Gläubiger betreffenden Rechts eingeleitet ein Antrag auf Abwicklung oder Liquidation gestellt wird und in diesen Fällen
 - (i) dies entweder zu einer Insolvenz- oder Konkursfeststellung, dem Erlass einer Rechtsschutzanordnung oder der Anordnung der Abwicklung oder der Liquidation führt, oder

- (ii) das Verfahren oder der Antrag nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eröffnung oder Antragstellung abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird;
- (e) ein Referenzunternehmen einen Beschluss zum Zwecke seiner Abwicklung, Liquidation oder seiner Unterstellung unter einen Treuhänder, Insolvenzverwalter oder Sachwalter fasst, es sei denn, dies beruht auf einer Vermögensübertragung oder Verschmelzung;
- (f) ein Referenzunternehmen die Bestellung eines Verwalters, vorläufigen Liquidators, Konservators, Zwangsverwalters, Treuhänders, Verwahrers oder einer anderen Person mit vergleichbarer Funktion für sich oder seine gesamten oder wesentlichen Teile seiner Vermögensgegenstände beantragt oder einer solchen unterstellt wird;
- (g) eine besicherte Partei alle oder einen wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände eines Referenzunternehmens in Besitz nimmt oder hinsichtlich aller oder einem wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände eines Referenzunternehmens eine Beschlagnahme, Pfändung, Sequestration oder ein anderes rechtliches Verfahren eingeleitet, durchgeführt oder vollstreckt wird und nicht innerhalb von 30 Kalendertagen danach der Besicherte den Besitz verliert oder ein solches Verfahren abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird;
- (h) ein auf ein Referenzunternehmen bezogenes Ereignis eintritt, welches nach den anwendbaren Vorschriften jedweder Rechtsordnung eine den in (a) bis (g) (einschließlich) genannten Fällen vergleichbare Wirkung hat.

Kreditereignis („Credit Event“) bezeichnet Insolvenz, Nichtzahlung oder Schuldenrestrukturierung. Sofern die übrigen Voraussetzungen für den Eintritt eines Kreditereignisses vorliegen, ist der Eintritt eines Kreditereignisses unabhängig davon, ob ein Kreditereignis direkt oder indirekt entsteht oder einer Einwendung unterliegt, die beruht auf

- (a) einem Mangel oder behaupteten Mangel an der Befugnis oder der Fähigkeit eines Referenzunternehmens, eine Verbindlichkeit einzugehen oder eines Dritten, eine Zugrundeliegende Verpflichtung einzugehen;
- (b) einer tatsächlichen oder behaupteten Nichtdurchsetzbarkeit, Ungesetzlichkeit, Unmöglichkeit oder Unwirksamkeit einer Verbindlichkeit oder, sofern maßgeblich, einer Zugrundeliegenden Verpflichtung;
- (c) der Anwendung oder Interpretation eines Gesetzes, einer Anordnung oder einer Regelung durch ein Gericht, ein Tribunal, eine Aufsichtsbehörde oder ein vergleichbares Verwaltungs- oder Gerichtsorgan, dessen Zuständigkeit aufgrund eines Gesetzes, einer Anordnung, eines Erlasses, einer Regelung oder einer Bekanntmachung gegeben ist oder zu sein scheint; oder
- (d) der Verhängung oder Änderung von Devisenkontrollbestimmungen, Kapitalbeschränkungen oder gleichartigen Beschränkungen, die von einer Währungs- oder sonstigen Behörde vorgenommen werden.

Kreditereignis-Mitteilung („Credit Event Notice“) bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung der Emittentin an die Anleihegläubiger, in der ein Kreditereignis beschrieben wird, welches an oder nach dem Valutierungstag und vor dem Endfälligkeitstag eingetreten ist. Die Emittentin ist verpflichtet, eine Kreditereignis-Mitteilung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Lieferbare Wertpapiere

- (1) bezeichnen jede Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit sowie jede auch zukünftige oder bedingte Verpflichtung des jeweiligen Referenzunternehmens,
 - (a) die auf die Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus Schuldverschreibungen gerichtet ist;
 - (b) die im Hinblick auf die Rangfolge der Zahlungsverpflichtung mindestens im gleichen Rang mit einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit des jeweiligen Referenzunternehmens steht;
 - (c) die in der gesetzlichen Währung der Vereinigten Staaten von Amerika oder Kanadas oder Japans oder des Vereinigten Königreichs oder der Schweiz oder in Euro oder einer Euro-Vorgänger-Währung denominiert ist;
 - (d) deren Kapitalrück- und/oder Zinszahlungen nicht infolge des Eintritts oder Nichteintritts einer Bedingung reduziert werden können;
 - (e) die ein börsennotiertes Inhaberpapier ist, dessen Lieferung und Zahlungen über international anerkannte Clearingsysteme abgewickelt werden;
 - (f) deren Stückelung kleiner oder gleich dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung ist;
 - (g) die ohne vertragliche, gesetzliche oder aufsichtliche Beschränkung an private Investoren in der Bundesrepublik Deutschland übertragbar sind (keine Beschränkungen in diesem Sinne sind solche, die zur Herbeiführung der Zulässigkeit des Vertriebs nach Maßgabe der Rule 144A oder Regulation S unter dem United States Securities Act von 1933 bestehen oder entsprechende Verkaufsbeschränkungen unter dem Recht eines sonstigen anderen Staates als der Bundesrepublik Deutschland);
 - (h) deren verbleibende Laufzeit, beginnend mit dem Andienungstermin, 30 Jahre nicht übersteigt; und
 - (i) die am Andienungstermin und jederzeit danach einen offenen Kapitalsaldo aufweist. Weiterhin sind Wandelanleihen, Umtauschanleihen oder Zuwachsanleihen Lieferbare Wertpapiere, wenn bis zum Andienungstermin (einschließlich), (i) das Recht, das Lieferbare Wertpapier zu wandeln oder umzutauschen oder (ii) von dem jeweiligen Referenzunternehmen zu verlangen, das Lieferbare Wertpapier zu kaufen oder zurückzuzahlen (falls das jeweilige Referenzunternehmen von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, den Kauf- oder Rückzahlungspreis insgesamt oder teilweise in Dividendenpapieren zu zahlen), bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der maßgeblichen Andienungsmitteilung noch nicht ausgeübt worden ist (oder die Ausübung eines solchen Rechts wirksam wieder aufgehoben wurde).
- (2) Falls die Emittentin eine Andienung von Lieferbaren Wertpapieren in Form von Wandelanleihen, Umtauschanleihen oder Zuwachsanleihen vorzunehmen beabsichtigt, gelten in Bezug auf diese Lieferbaren Wertpapiere abweichend von den ansonsten anwendbaren Bestimmungen die folgenden Regelungen:
 - (a) In Bezug auf eine Zuwachsanleihe bezeichnet „ausstehender Nominalbetrag“ den Zugewachsenen Betrag.

- (b) In Bezug auf eine Umtauschanleihe, die keine Zuwachsanleihe ist, schließt „ausstehender Nominalbetrag“ sämtliche Beträge aus, die nach den Bedingungen dieser Umtauschanleihe im Hinblick auf den Wert von Dividendenpapieren, in die eine solche Umtauschanleihe umtauschbar ist, möglicherweise zahlbar wären.
- (c) Sofern eine Quotierung, die als Prozentsatz des bei Fälligkeit zahlbaren Betrags ausgedrückt ist, für eine Zuwachsanleihe eingeholt wird, wird eine solche Quotierung zum Zwecke der Bestimmung des Marktwerts stattdessen als Prozentsatz des ausstehenden Nominalbetrages (wie in Absatz (a) definiert) ausgedrückt.

Manager ist die Landesbank Baden-Württemberg.

Marktwert („Market Value“) entspricht in Bezug auf die maßgebliche Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit am Bewertungstag:

- (a) falls mehr als drei Vollquotierungen eingeholt werden, dem arithmetischen Mittel dieser Vollquotierungen, wobei jeweils die höchste und niedrigste Vollquotierung außer Betracht bleibt (und, sollten mehrere Vollquotierungen denselben höchsten und niedrigsten Wert haben, bleibt jeweils eine dieser höchsten und niedrigsten Vollquotierungen außer Betracht);
- (b) falls exakt drei Vollquotierungen eingeholt werden, der nach Streichung der höchsten und niedrigsten Vollquotierung verbleibenden Vollquotierung (und, sofern mehr als eine Vollquotierung denselben höchsten oder niedrigsten Wert hat, bleibt einer dieser höchsten oder niedrigsten Werte außer Betracht);
- (c) falls exakt zwei Vollquotierungen eingeholt werden, dem arithmetischen Mittel dieser beiden Vollquotierungen;
- (d) falls weniger als zwei Vollquotierungen und eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt werden, dieser Gewichtete Durchschnittsquotierung;
- (e) falls innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nicht mindestens zwei Vollquotierungen und auch keine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen Bankarbeitstag innerhalb dieser Frist eingeholt werden, der Betrag, den die Berechnungsstelle am nächstfolgenden Bankarbeitstag ermittelt, an dem mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt werden können; und
- (f) falls innerhalb von weiteren fünf Bankarbeitstagen nicht mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen Bankarbeitstag innerhalb dieser Frist eingeholt werden, die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist eingeholte einzelne Vollquotierung oder, falls keine Vollquotierung eingeholt werden kann, für den Teil des Quotierungsbetrages, für den eine solche Quotierung eingeholt werden kann, jede verbindliche Quotierung, die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist gestellt wird und null für den Teil des Quotierungsbetrages, für den keine verbindliche Quotierung eines Händlers eingeholt werden kann.

Mindestquotierungsbetrag („Minimum Quotation Amount“) bezeichnet, je nachdem welcher Betrag niedriger ist,

- (a) USD 1.000.000 (oder den Gegenwert in der Währung der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit) oder

- (b) den Quotierungsbetrag.

Mitteilungszeitraum („Notice Delivery Period“) bezeichnet den Zeitraum ab dem Valutierungstag (einschließlich) bis zu dem Endfälligkeitstag (ausschließlich) liegt.

Nachfolgeunternehmen („Successor“) in Bezug auf ein Referenzunternehmen ist oder sind der oder die Rechtsnachfolger, wie nachstehend bestimmt:

- (a) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt 75 % oder mehr der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens, ist dieser Rechtsnachfolger alleiniges Nachfolgeunternehmen;
- (b) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt mehr als 25 %, aber weniger als 75 % der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem jeweiligen Referenzunternehmen, ist der Rechtsnachfolger, der mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernimmt, alleiniges Nachfolgeunternehmen;
- (c) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses mehr als ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem jeweiligen Referenzunternehmen, so sind diejenigen Rechtsnachfolger, die mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernehmen, jeweils Nachfolgeunternehmen;
- (d) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses mehr als ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens und verbleiben gleichwohl mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem jeweiligen Referenzunternehmen, so sind diese Rechtsnachfolger sowie das jeweilige Referenzunternehmen jeweils Nachfolgeunternehmen;
- (e) übernehmen aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder indirekt Teile von Anleihen und Krediten eines Referenzunternehmens, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des jeweiligen Referenzunternehmens, und das jeweilige Referenzunternehmen besteht weiter, so gibt es kein Nachfolgeunternehmen;
- (f) übernehmen aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder indirekt Teile von Anleihen und Krediten eines Referenzunternehmens, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des jeweiligen Referenzunternehmens, und das jeweilige Referenzunternehmen hört auf zu existieren, so ist derjenige Rechtsnachfolger, der Schuldner des größten prozentualen Anteils der übernommenen Anleihen und Kredite des jeweiligen Referenzunternehmens geworden ist, das alleinige Nachfolgeunternehmen oder, wenn auf zwei oder mehrere Rechtsnachfolger der gleiche prozentuale Anteil an Anleihen und Krediten des jeweiligen Referenzunternehmens entfällt, dann gilt derjenige Rechtsnachfolger als alleiniges Nachfolgeunternehmen, der Schuldner des größten prozentualen Anteils der Verbindlichkeiten des jeweiligen Referenzunternehmens geworden ist.

Nachdem die Emittentin von einem entsprechenden Nachfolgeereignis Kenntnis erlangt hat, wird die Emittentin in angemessener Zeit (jedoch nicht früher als 14 Kalendertage nach dem Tag des rechtmäßigen In-Kraft-Tretens des Nachfolgeereignisses) bestimmen,

und zwar mit Wirkung ab dem Tag, an dem das Nachfolgeereignis in Kraft getreten ist, ob die in den Absätzen (a) bis (f) maßgeblichen Schwellenprozentsätze erreicht wurden bzw. welcher Rechtsnachfolger gemäß Absatz (f) als Nachfolgeunternehmen gilt. Die Emittentin wird im Rahmen der Berechnung der Prozentsätze zur Bestimmung, ob die oben aufgeführten maßgeblichen Schwellenprozentsätze erreicht worden sind bzw. welcher Rechtsnachfolger gemäß Absatz (f) als Nachfolgeunternehmen gilt, bezüglich jeder Relevanten Verbindlichkeit, die in diese Berechnung mit einfließt, die Höhe jeder Relevanten Verbindlichkeit zugrunde legen, die in den Beste Verfügbaren Informationen aufgeführt ist. Die Emittentin ist verpflichtet, ein Nachfolgeereignis gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Wurden ein oder mehrere Nachfolgeunternehmen für ein Referenzunternehmen bestimmt und hat keines dieser Nachfolgeunternehmen die maßgebliche Referenzverbindlichkeit übernommen, so wird die Emittentin eine Ersatz-Referenzverbindlichkeit bestimmen.

Nachfolgeereignis („Succession Event“) bezeichnet eine Fusion, Spaltung (entweder durch freiwilligen Tausch von Verbindlichkeiten oder in anderer Art und Weise), Zusammenlegung, Verschmelzung, Übertragung oder ein ähnliches ein Referenzunternehmen betreffendes Ereignis, unabhängig davon, ob es kraft Gesetzes oder vertraglicher Vereinbarungen eintritt.

Nachfrist („Grace Period“) bezeichnet:

- (a) vorbehaltlich nachstehendem Absatz (b) die nach den Bedingungen der maßgeblichen Verbindlichkeit für Zahlungen auf die maßgebliche Verbindlichkeit am Valutierungstag der Anleihe oder, falls später, im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der maßgeblichen Verbindlichkeit vereinbarte Zahlungsfrist;
- (b) sofern am Valutierungstag der Anleihe oder, falls später, im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der Verbindlichkeit nach den Bedingungen der maßgeblichen Verbindlichkeit keine Zahlungsfrist für Zahlungen auf die maßgebliche Verbindlichkeit vereinbart ist, oder nur eine Zahlungsfrist vereinbart ist, die kürzer als drei Nachfrist-Bankarbeitstage ist, eine Zahlungsfrist von drei Nachfrist-Bankarbeitstagen, vorausgesetzt jedoch, dass diese Nachfrist spätestens am Endfälligkeitstag der Anleihe endet.

Nachfrist-Bankarbeitstag („Grace Period Business Day“) ist jeder Tag, an dem die Banken an dem/den in den Bedingungen der maßgeblichen Verbindlichkeit genannten Finanzplatz/Finanzplätzen für Zahlungen einschließlich des Handels in Fremdwährungen und der Entgegennahme von Fremdwährungseinlagen geöffnet sind. Sofern sich in der maßgeblichen Verbindlichkeit keine Regelung findet, gilt der Finanzplatz der Verbindlichkeitenwährung als vereinbart

Nachrangigkeit („Subordination“) bezeichnet, bezogen auf das Verhältnis einer Verbindlichkeit (die „Nachrangige Verbindlichkeit“) zu einer anderen Verbindlichkeit (die „Vorrangige Verbindlichkeit“) eines Referenzunternehmens, eine vertragliche treuhänderische oder ähnlich Vereinbarung, die vorsieht, dass

- (a) infolge der Liquidation (*liquidation*), Auflösung (*dissolution*), Reorganisation (*reorganization*) oder Abwicklung (*winding-up*) eines Referenzunternehmens Forderungen der Gläubiger der Vorrangigen Verbindlichkeit vor den Forderungen der Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit erfüllt werden, oder
- (b) die Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit nicht berechtigt sind, Zahlungen in Bezug auf ihre Forderungen zu erhalten oder einzubehalten, solange ein Referenzunternehmen unter der Vorrangigen Verbindlichkeit in Zahlungsrückstand oder sonstigem Verzug ist. Für die Nachrangigkeit sind Rangfolgen, die sich kraft

Gesetzes oder aus Sicherheiten oder Kreditunterstützungen oder anderen Kreditverbesserungsmaßnahmen ergeben, nicht maßgeblich.

Nennbetrag bezeichnet den Nennbetrag einer Schuldverschreibung gemäß Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen.

Nichtzahlung („Failure to Pay“) liegt vor, wenn nach Ablauf der auf die betreffende Verbindlichkeit anwendbaren Nachfrist (nach Eintritt etwaiger aufschiebender Bedingungen für den Beginn einer solchen Nachfrist) ein Referenzunternehmen es unterlässt, Zahlungen bei Fälligkeit und am jeweiligen Erfüllungsort der jeweiligen Verbindlichkeit nach Maßgabe der für die jeweilige Verbindlichkeit zum Zeitpunkt der Nichtzahlung maßgeblichen Bedingungen zu leisten, deren Gesamtbetrag mindestens dem Zahlungserfordernis aus einer oder mehreren Verbindlichkeiten entspricht.

Öffentlich Zugängliche Informationen („Publicly Available Information“)

- (a) sind Informationen, welche die für die Feststellung des Eintritts des in der Kreditereignis-Mitteilung beschriebenen Kreditereignisses bedeutsamen Tatsachen hinreichend bestätigen und die
- (i) in mindestens zwei Öffentlichen Informationsquellen veröffentlicht worden sind, unabhängig davon, ob ein Leser oder Benutzer dieser Öffentlichen Informationsquelle eine Gebühr dafür zu zahlen hat, dass er diese Informationen erhält; sofern jedoch die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen als einzige Quelle dieser Informationen bezeichnet wird, gelten sie nicht als Öffentlich Zugängliche Informationen, es sei denn, die Emittentin oder das mit ihr verbundene Unternehmen handelt in seiner Eigenschaft als Treuhänder (*Trustee*), Emissionsstelle (*Fiscal Agent*), Verwaltungsstelle, Clearingstelle oder Zahlstelle für eine Verbindlichkeit;
 - (ii) Informationen sind, die erhalten oder veröffentlicht worden sind von
 - (A) einem Referenzunternehmen oder
 - (B) einem Treuhänder, einer Emissionsstelle, einer Verwaltungsstelle, einer Clearingstelle oder einer Zahlstelle für eine Verbindlichkeit;
 - (iii) Informationen sind, die enthalten sind in einem Antrag oder einer Eingabe zur Einleitung eines unter Buchstabe (b) der Definition „Insolvenz“ in Ziffer 1 dieser Anleihebedingungen genannten Verfahrens gegen bzw. durch ein Referenzunternehmen; oder
 - (iv) Informationen sind, die enthalten sind in einer Anordnung, einem Dekret oder einer Mitteilung oder einem Antrag, unabhängig von der jeweiligen Bezeichnung, eines Gerichts, eines Tribunals, einer Aufsichtsbehörde, einer Wertpapierbörse oder einer vergleichbaren Verwaltungs-, Aufsichts- oder Justizbehörde.
- (b) Im Hinblick auf die in den Unterabschnitten (ii), (iii) und (iv) des vorangehenden Absatzes (a) beschriebenen Informationen ist die Emittentin berechtigt, davon auszugehen, dass die ihr offengelegten Informationen ohne Verstoß gegen etwaige gesetzliche Vorschriften oder vertragliche oder sonstige Vereinbarungen bezüglich der Vertraulichkeit der Informationen zur Verfügung gestellt worden sind und dass die Partei, die diese Informationen zur Verfügung gestellt hat, weder Schritte unternommen hat noch vertragliche oder sonstige Vereinbarungen mit einem Referenzunternehmen oder einem mit dem entsprechenden Referenzunternehmen verbundenen Unternehmen getroffen hat, gegen welche durch die Offenlegung

solcher Informationen verstoßen würde oder welche die Offenlegung solcher Informationen verhindern würde.

- (c) Es ist nicht erforderlich, dass die Öffentlich Zugänglichen Informationen bestätigen, dass ein Kreditereignis
- (i) die Voraussetzungen eines Zahlungserfordernisses oder eines Schwellenbetrages erfüllt, oder
 - (ii) die subjektiven Voraussetzungen erfüllt, die in einzelnen Kreditereignissen spezifiziert sind.

Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung („Notice of Publicly Available Information“) bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung der Emittentin an die Anleihegläubiger, in der Öffentlich Zugängliche Informationen zitiert werden, durch die der Eintritt eines Kreditereignisses bestätigt wird, das in der Kreditereignis-Mitteilung beschrieben ist. Die Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung muss eine Kopie oder eine hinreichend detaillierte Beschreibung der betreffenden Öffentlich Zugänglichen Informationen enthalten. Sofern die Kreditereignis-Mitteilung Öffentlich Zugängliche Informationen zitiert, gilt die Kreditereignis-Mitteilung als Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung. Die Emittentin ist verpflichtet, eine Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Öffentliche Informationsquelle („Public Source“) ist jede Dow Jones Telerate-Bildschirmseite, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Börsen-Zeitung, die Nihon Keizai Shinbun, die New York Times, das Wall Street Journal, die Financial Times oder irgendeine andere international anerkannte, veröffentlichte oder elektronisch angezeigte Quelle für Finanznachrichten, ganz gleich, ob der Leser oder Benutzer eine Gebühr zu zahlen hat, um eine solche Information zu erhalten.

Qualifizierte Garantie („Qualified Guarantee“) ist jede schriftliche unwiderrufliche Verpflichtung eines Referenzunternehmens, alle fälligen Beträge für eine, zum Zeitpunkt des Eintritts eines Kreditereignisses nicht nachrangige Verpflichtung (**„Zugrundeliegende Verpflichtung“**) eines Dritten, der diese Verpflichtung eingegangen ist, zu zahlen. Unter den Begriff der Qualifizierten Garantie fallen jedoch nicht Versicherungen für Forderungen (*financial guarantee insurance policy*), Bankavale (*surety bonds, letter of credit*) und vergleichbare Vereinbarungen.

Quotierung („Quotation“) bezeichnet jede - wie nachfolgend beschrieben - eingeholte und als Prozentsatz in Bezug auf den Bewertungstag ausgedrückte Vollquotierung und Gewichtete Durchschnittsquotierung. Die Berechnungsstelle wird versuchen, von mindestens fünf Händlern auf den Bewertungstag bezogene Vollquotierungen einzuholen. Wenn für einen Bankarbeitstag, innerhalb eines Zeitraums von drei Bankarbeitstagen nach dem Bewertungstag, mindestens zwei solcher Vollquotierungen nicht einholbar sind, dann wird die Berechnungsstelle am nächstfolgenden Bankarbeitstag (und, wenn notwendig, an jedem darauffolgenden Bankarbeitstag bis zum zehnten Bankarbeitstag nach dem Bewertungstag) versuchen, Vollquotierungen von mindestens fünf Händlern einzuholen, und, wenn auch dann zwei Vollquotierungen nicht einholbar sind, eine Gewichtete Durchschnittsquotierung. Können nicht mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen Bankarbeitstag innerhalb dieser Frist eingeholt werden, so ist die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist eingeholte einzelne Vollquotierung maßgeblich oder, sofern keine Vollquotierung eingeholt werden kann, für den Teil des Quotierungsbetrages, für den eine solche Quotierung eingeholt werden kann, jede verbindliche Quotierung, die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist gestellt wird und null für den Teil des Quotierungsbetrages, für den keine verbindliche Quotierung eines Händlers eingeholt werden kann.

Die Quotierungen sollen aufgelaufene, nicht ausbezahlte Zinsbeträge nicht enthalten. Sollten Quotierungen in Bezug auf eine Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit ohne Einbeziehung aufgelaufener, nicht ausbezahlter Zinsen nicht erhältlich sein, so wird die Berechnungsstelle solche Quotierungen um den Anteil der aufgelaufenen, nicht ausbezahlten Zinsen bereinigen.

Quotierungsbetrag („Quotation Amount“) bezeichnet den Gesamtnennbetrag der Anleihe gemäß Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen.

Quotierungsmethode („Quotation Method“) bezeichnet die von Händlern gestellten Geldkursquotierungen.

Referenzunternehmen („Reference Entities“) bezeichnet die Unternehmen

Name: DaimlerChrysler AG
ISIN der Aktie: DE0007100000
Rating (Moody's / S/P / Fitch): A3 negative/ BBB stable/ BBB+ stable
Branche: Automobile
Mitarbeiter: ca. 388.000

Kurzbeschreibung: Trotz weiterhin bestehender Herausforderungen bei der Mercedes Car Group (Smart) und zurückliegender Probleme mit Mitsubishi und Toll Collect ist die Bonität des Konzerns stabil. Vor allem die unerwartet positiven Quartalsergebnisse verstärken die Ertragslage. Alle Konzernbereiche, insbesondere die ChryslerGroup und die Nutzfahrzeugsparte, erwirtschaften im zweiten Quartal 2005 positive Erträge. Der Nachfolger des zurückgetretenen Vorstandsvorsitzenden Schrempp wird Dieter Zetsche, der inzwischen auch die Mercedes Car Group leitet. Der neue Konzernchef möchte, wie bei Chrysler zuvor, durch das Programm Core die Kosten senken. Wir sehen DCX-Anleihen als Basisinvestment im Automobilsektor.

Name: EnBW Energie Baden-Württemberg AG
ISIN der Aktie: DE0005220008
Rating (Moody's / S/P / Fitch): A3 positive/ A- stable/ n.a.
Branche: Energie
Mitarbeiter: ca. 18.000

Kurzbeschreibung: Umsatzwachstum und stark steigende Erträge aus. Die Nummer 3 (gemessen an der Anzahl der Endkunden) gehört größtenteils dem französischen EdF-Konzern (45,01%) und den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken (45,01%). Der Markt von EnBW ist größtenteils auf Baden-Württemberg beschränkt, wo der Konzern einen Marktanteil von 80% hält. Daneben ist EnBW im deutschen Marktgebiet vor allem mit der Tochter Yello-Strom präsent. Der Versorger ist auch auf dem Gasmarkt und im Bereich Dienstleistungen aktiv. Die zuletzt angestiegenen Energiepreise nutzen dem Konzern, ebenso wie der hohe Kernenergieanteil am produzierten Strom, der zu niedrigeren Aufwendungen für Emissionszertifikate führt.

Name: HeidelbergCement AG
ISIN der Aktie: DE0006047004
Rating (Moody's / S/P / Fitch): Ba1 positive/ BB+ negative/ n.a.
Branche: Baustoffe
Mitarbeiter: ca. 42.000

Kurzbeschreibung: Die HeidelbergCement AG gehört mehrheitlich zur Unternehmensgruppe Adolf Merckle (Spohn Cement GmbH). Umsatz und operatives Ergebnis konnten zuletzt gesteigert werden. Es wurde ein Restrukturierungsprogramm zur Hebung von Synergieeffekten, vor allem beim Einkauf (stärkere Zentralisierung), und zur Kosteneinsparung bei den dezentralen Verwaltungen aufgesetzt. Aufgrund der kürzlichen Geschäftsentwicklung bestätigte Moody's auch das vergebene Rating und hob den Outlook auf "positiv".

Name: Robert Bosch Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ISIN der Aktie: n.a.
Rating (Moody's / S/P / Fitch): n.a./ AA- stable/ n.a.
Branche: Autozulieferer
Mitarbeiter: ca. 231.000

Kurzbeschreibung: Die Robert Bosch GmbH ist mit ihren über 230.000 Mitarbeitern inzwischen der größte Automobilzulieferer der Welt und erwirtschaftet im Bereich Kraftfahrzeugtechnik 60% der Konzernumsätze. Hinzu kommen der Bereich Gebrauchsgüter und Gebäudetechnik (Buderus, Bosch-Siemens-Hausgeräte) sowie der Bereich Industrietechnik. Umsatz und Ertrag konnten in den vergangenen Jahren auch durch Zukäufe (Rexroth, Buderus) stark gesteigert werden.

Name: Suedzucker Aktiengesellschaft Mannheim/Ochsenfurt
ISIN der Aktie: DE0007297004
Rating (Moody's / S/P / Fitch): A3 negative/ A- stable/ n.a.
Branche: Nahrungsmittel
Mitarbeiter: ca. 16.000

Die Südzucker AG, der führende Zuckerkonzern Europas, konnte seine Umsätze und Erträge zuletzt verbessern. Im Hinblick auf eine mögliche spätere Zuckerpreissenkung durch Reformvorhaben der Europäischen Union hat die Südzucker AG eine Ausweitung der Produktionsaktivität auf Osteuropa zur Margenverbesserung durchgeführt. Gleichzeitig wurde das Geschäftsmodell diversifiziert und mit dem Bereich Spezialitäten (Tiefkühlkost) ein zweites Standbein geschaffen, das weiterhin stark wachsen soll.

Referenzverbindlichkeit („Reference Obligation“) bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen DaimlerChrysler AG die folgende Emission:

Emittent: DaimlerChrysler NA Holding Corporation
Garant(in): DaimlerChrysler AG
Gesamtnominalbetrag: EUR 1.500.000.000,00
Fälligkeit: 18.01.2011
Kupon: 7,750%
Nominalbetrag: EUR 1.000,00
ISIN: US233835AP25; WKN 608 813; Common Code 012335717

und bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen EnBW Energie Baden Württemberg AG die folgende Emission:

Emittent: EnBW International Finance B.V.
Garant(in): EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Gesamtnominalbetrag: EUR 1.000.000.000,00
Fälligkeit: 28.02.2012
Kupon: 5,875%

Nominalbetrag: EUR 1.000,00
ISIN: XS0143722451; WKN 846 098; Common Code 014372245

und bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen HeidelbergCement AG die folgende Emission:

Emittent: HeidelbergCement Finance B.V.
Garant(in): HeidelbergCement AG
Gesamtnominalbetrag: EUR 300.000.000
Fälligkeit: 09.04.2009
Kupon: 4,750 %
Nominalbetrag: EUR 10.000
ISIN: DE0002966850; WKN: 296 685; Common Code: 009614117

und bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen Robert Bosch Gesellschaft mit beschränkter Haftung die folgende Emission:

Emittent: Robert Bosch Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesamtnominalbetrag: EUR 1.500.000.000
Fälligkeit: 19.07.2006
Kupon: 5,250%
Nominalbetrag: EUR 1.000
ISIN: DE0005170344; WKN: 517 034; Common Code: 013269050

und bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen Suedzucker Aktiengesellschaft Mannheim/Ochsenfurt die folgende Emission:

Emittent: Südzucker International Finance
Garant(in): Suedzucker Aktiengesellschaft Mannheim/Ochsenfurt
Gesamtnominalbetrag: EUR 500.000.000
Fälligkeit: 27.02.2012
Kupon: 5,750 %
Nominalbetrag: EUR 1.000
ISIN: DE0008461021; WKN: 846 102; Common Code: 014372733

oder jede Ersatz-Referenzverbindlichkeit für die jeweilige Emission.

Regierungsbehörden („Governmental Authority“) bezeichnet alle de facto oder de jure bestimmten Regierungsstellen (einschließlich der dazu gehörenden Behörden, Organe, Ministerien oder Dienststellen), Gerichte, Verwaltungs- und andere Behörden sowie sonstige privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche juristische Personen (einschließlich der jeweiligen Zentralbank), die mit Aufsichtsfunktionen über die Finanzmärkte eines Referenzunternehmens bzw. in der Rechtsordnung, in der das entsprechende Referenzunternehmen gegründet wurde, betraut sind.

Relevante Verbindlichkeiten („Relevant Obligation“) bezeichnen nach Bestimmung durch die Emittentin die ausstehenden Anleihen und Kredite der Referenzunternehmen unmittelbar vor der Bekanntmachung eines Nachfolgeereignisses mit Ausnahme derjenigen Verbindlichkeiten, die zwischen dem jeweiligen Referenzunternehmen und ihren jeweiligen Konzerngesellschaften ausstehend waren. Die Emittentin bestimmt den Rechtsnachfolger, auf den die Relevanten Verbindlichkeiten übertragen werden, auf Basis der Beste Verfügbaren Informationen. Falls der Tag, an dem die Beste Verfügbaren Informationen vorliegen oder eingereicht werden, dem Tag des rechtmäßigen In-Kraft-Tretens des maßgeblichen Nachfolgeereignisses vorangeht, gilt jede in den Beste Verfügbaren Informationen enthaltene Annahme, die sich auf die Verteilung von

Verbindlichkeiten zwischen oder unter den Rechtsnachfolgern bezieht, mit Wirkung des Tages des rechtmäßigen In-Kraft-Tretens des maßgeblichen Nachfolgeereignisses als eingetreten, gleichgültig ob dies tatsächlich der Fall ist oder nicht.

Schuldenrestrukturierung („Restructuring“)

- (a) bedeutet, dass in Bezug auf eine oder mehrere Verbindlichkeiten, deren Gesamtbetrag nicht unter dem Schwellenbetrag liegt, (i) eines oder mehrere der nachstehend beschriebenen Ereignisse in einer Form eintritt, die alle Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit bindet, (ii) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Vereinbarung zwischen einem Referenzunternehmen oder einer Regierungsbehörde und einer hinreichenden Anzahl von Gläubigern einer solchen Verbindlichkeit, um alle Gläubiger dieser Verbindlichkeit zu binden, getroffen wird, oder (iii) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Ankündigung oder eine anderweitige, alle Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit bindende Anordnung durch das jeweilige Referenzunternehmen selbst oder durch eine Regierungsbehörde erfolgt, und ein solches Ereignis nicht in den am Valutierungstag der Anleihe oder, falls dieses Ereignis nach dem Valutierungstag der Anleihe liegt, im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der Verbindlichkeit für diese Verbindlichkeit geltenden Bedingungen bereits geregelt ist:
- (i) eine Reduzierung des vereinbarten Zinssatzes oder des zu zahlenden Zinsbetrages, oder der vertraglich vorgesehenen aufgelaufenen Zinsen;
 - (ii) eine Reduzierung des bei Fälligkeit oder zu den vereinbarten Amortisationsterminen zu zahlenden Kapitalbetrages oder Aufschlags;
 - (iii) ein Hinausschieben eines oder mehrerer Termine für
 - (A) die Zahlung oder Entstehung von Zinsen oder
 - (B) die Zahlung von Kapitalbeträgen oder Aufschlägen;
 - (iv) eine Veränderung in der Rangfolge der Zahlung auf eine Verbindlichkeit, die zur Nachrangigkeit dieser Verbindlichkeit gegenüber einer anderen Verbindlichkeit führt; oder
 - (v) eine Änderung der Währung oder der Zusammensetzung von Zins- und/oder Kapitalzahlungen in einer Währung, die nicht
 - (A) das gesetzliche Zahlungsmittel eines Landes der Gruppe der sieben größten Industriestaaten (G-7) (oder eines Landes, das im Rahmen einer Erweiterung der Mitgliedstaaten der G-7, Mitglied der G-7 wird) oder
 - (B) das gesetzliche Zahlungsmittel eines jeden Landes ist, das zum Zeitpunkt der Änderung Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist und ein Rating für langfristige Verbindlichkeiten von AAA oder besser bei Standard & Poor's, a division of the McGraw-Hill Companies, Inc. oder jedem Nachfolger dieser Agentur im Ratinggeschäft, Aaa oder besser bei Moody's Investors Service, Inc. oder jedem Nachfolger dieser Agentur im Ratinggeschäft oder AAA oder besser bei Fitch Ratings oder jedem Nachfolger dieser Agentur im Ratinggeschäft, hat.

- (b) Ungeachtet der in Abschnitt (a) enthaltenen Bestimmungen gelten nicht als Schuldenrestrukturierung:
- (i) eine Zahlung in Euro von Zinsen und/oder Kapital im Hinblick auf eine Verbindlichkeit, die in einer Euro-Vorgänger-Währung denominiert ist;
 - (ii) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in Abschnitt (a) (i) bis (v) genannten Ereignisse, sofern es auf administrativen, buchhalterischen, steuerlichen oder sonstigen Anpassungen, die im Rahmen der üblichen Geschäftspraxis vorgenommen werden, beruht; oder
 - (iii) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in Abschnitt (a) (i) bis (v) genannten Ereignisse, sofern es auf Umständen beruht, die weder direkt noch indirekt mit einer Verschlechterung der Bonität oder finanziellen Situation eines Referenzunternehmens zusammenhängt.
- (c) Für die Zwecke der vorstehenden Abschnitte (a) und (b) und der Definition der „Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern“ schließt der Begriff der Verbindlichkeit alle zugrundeliegenden Verpflichtungen, für die das jeweilige Referenzunternehmen Qualifizierte Garantien abgegeben hat, mit ein. Bezugnahmen auf das jeweilige Referenzunternehmen im vorstehenden Absatz (a) und in der Definition von Nachrangigkeit erstrecken sich in diesem Fall auf den Schuldner der zugrundeliegenden Verpflichtung.
- (d) Ungeachtet sämtlicher vorstehender Regelungen, stellt der Eintritt, die Vereinbarung oder die Ankündigung eines der in den vorstehenden Absätzen (a) (i) bis (v) beschriebenen Ereignisse keine Schuldenrestrukturierung dar, wenn die Verbindlichkeit, auf die sich diese Ereignisse beziehen, keine Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern ist.

Schuldverschreibung(en) hat die in Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Schwellenbetrag („Default Requirement“) ist ein Betrag von US Dollar 10.000.000 oder der entsprechende Gegenwert in der Währung der jeweiligen Verbindlichkeit zum Zeitpunkt eines Kreditereignisses.

Umtauschanleihe („Exchangeable Obligation“) bezeichnet jedes Wertpapier, das ausschließlich nach Wahl des jeweiligen Gläubigers oder eines Treuhänders oder ähnlichen Repräsentanten, der im Interesse des jeweiligen Gläubigers handelt, insgesamt oder teilweise in Dividendenpapiere umtauschbar ist. Statt einer Lieferung der Dividendenpapiere kann die Abwicklung nach Wahl entweder der Gläubiger des jeweiligen Lieferbaren Wertpapiers oder dessen Schuldners auch durch Zahlung eines Geldbetrages erfolgen, der dem Wert des jeweiligen Dividendenpapiers entspricht.

Valutierungstag bezeichnet den 07. Oktober 2005

Verbindlichkeit („Obligation“) bezeichnet jede gegenwärtige oder zukünftige, eventuelle oder andere Art von Verbindlichkeiten (einschließlich jeder Qualifizierten Garantie eines Referenzunternehmens zur Zahlung oder Rückzahlung von Geld), einschließlich, aber ohne darauf beschränkt zu sein, jeder Art von Verbindlichkeiten,

- (a) die verkörpert oder dokumentiert werden durch Schuldverschreibungen, Wertpapiere, Zertifikate oder andere Instrumente der Schuldenverbriefung;
- (b) die dokumentiert werden durch Kreditverträge mit begrenzter Laufzeit, Kreditverträge mit Verlängerungsoption oder ähnliche Kreditverträge oder

(c) die aus Einlagen und Rückzahlungsverpflichtungen aus einem Akkreditiv resultieren.

Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern („Multiple Holder Obligation“) bezeichnet eine Verbindlichkeit, die

- (a) an dem Tag, an dem eine Kreditereignis-Mitteilung veröffentlicht wird, von mehr als drei Gläubigern, die nicht miteinander verbundene Unternehmen sind, gehalten wird und
- (b) hinsichtlich derer mindestens ein prozentualer Anteil von $66 \frac{2}{3}$ der Gläubiger zustimmen muss, damit ein Kreditereignis „Schuldenrestrukturierung“ eintreten kann.

Verbindlichkeitenwährung („Obligation Currency“) bezeichnet die Währung, in der die Verbindlichkeit denominated ist.

Verwahrer bezeichnet die Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, oder ihren Rechtsnachfolger.

Vollquotierung („Full Quotation“) bezeichnet jede unter Beachtung der Quotierungsmethode erfolgte verbindliche Quotierung, die um ca. 11:00 Uhr am Sitz der Berechnungsstelle am Bewertungstag von einem Händler (soweit vernünftigerweise praktikabel) für den Betrag einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit in der Höhe des Quotierungsbetrags eingeholt wird.

Wandelanleihe („Convertible Obligation“) bezeichnet jedes Wertpapier, das ausschließlich nach Wahl des jeweiligen Gläubigers oder eines Treuhänders oder ähnlichen Repräsentanten, der im Interesse des jeweiligen Gläubigers handelt, insgesamt oder teilweise in Dividendenpapiere wandelbar ist. Statt einer Lieferung der Dividendenpapiere kann die Abwicklung nach Wahl entweder der Gläubiger des jeweiligen Lieferbaren Wertpapiers oder dessen Schuldners auch durch Zahlung eines Geldbetrages erfolgen, der dem Wert des jeweiligen Dividendenpapiers entspricht.

Zahlstelle ist die Landesbank Baden-Württemberg.

Zahlungserfordernis („Payment Requirement“) ist ein Betrag von US Dollar 1.000.000 oder der entsprechende Gegenwert in der Währung, in der die jeweilige Verbindlichkeit zum Zeitpunkt der Nichtzahlung denominated ist.

Zinsperiode bezeichnet den Zeitraum beginnend entweder am Valutierungstag oder an einem Zinszahlungstag (jeweils einschließlich) bis zu dem nächstfolgenden Zinszahlungstag oder dem Endfälligkeitstag (jeweils ausschließlich), je nachdem, welcher früher liegt.

Zinszahlungstag hat die in Ziffer 4.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Zugewachsener Betrag („Accreted Amount“) bezeichnet einen Betrag, der sich ergibt aus

- (a) der Summe aus
 - (i) dem Erstausgabepreis eines Lieferbaren Wertpapiers und
 - (ii) dem Anteil des am Fälligkeitstermin zahlbaren Betrages, der gemäß den Bedingungen des Lieferbaren Wertpapiers zugewachsen ist (oder in anderer unten beschriebener Art und Weise), abzüglich

- (b) jeglicher von dem jeweiligen Referenzunternehmen darauf geleisteter Barzahlungen, die nach den Bedingungen des jeweiligen Lieferbaren Wertpapiers den am Fälligkeitstermin zahlbaren Betrag reduzieren (mit Ausnahme solcher Barzahlungen, die unter (a)(ii) fallen), in jedem Fall berechnet an dem Tag, an dem ein Ereignis eintritt, das zur Feststellung der Höhe des zustehenden Rückzahlungsbetrages führt, oder an dem Bewertungstag, je nach dem, welcher Tag früher liegt. Ein solcher Zugewachsener Betrag umfasst keine aufgelaufenen und nicht ausgezahlten periodischen Zinsen (wie von der Berechnungsstelle festgelegt).

Sofern eine Zuwachsanleihe linear anwächst (*straight-line method*) oder die Rückzahlungsrendite einer solchen Zuwachsanleihe weder in den Bedingungen der Zuwachsanleihe bestimmt ist noch sich aus diesen Bedingungen ergibt, wird der Zugewachsene Betrag für die Zwecke von (a)(ii) berechnet, indem ein Satz benutzt wird, welcher der Rückzahlungsrendite entspricht. Eine solche Rendite soll auf der Grundlage der Renditeberechnung für eine halbjährlich verzinsliche Schuldverschreibung (*semiannual bond equivalent basis*) bestimmt werden unter Verwendung des Erstausgabepreises sowie des an dem vorgesehenen Fälligkeitstermin zahlbaren Auszahlungsbetrags einer solchen Zuwachsanleihe und soll bestimmt werden mit Wirkung zu dem Tag, an dem ein Ereignis eintritt, das zur Feststellung der Höhe des zustehenden Rückzahlungsbetrags führt, oder dem Bewertungstag, je nach dem, welcher Tag früher liegt.

Im Falle einer Umtauschanleihe schließt der Zugewachsene Betrag sämtliche Beträge aus, die nach den Bedingungen dieser Umtauschanleihe im Hinblick auf den Wert von Dividendenpapieren, in die eine solche Umtauschanleihe umtauschbar ist, möglicherweise zahlbar wären.

Zuwachsanleihe („Accreting Obligation“) bezeichnet jedes Wertpapier (einschließlich, aber ohne Beschränkung darauf, Wandelanleihen und Umtauschanleihen), dessen Bedingungen für den Fall einer vorzeitigen Fälligkeit ausdrücklich die Zahlung eines Betrages in Höhe des Erstausgabepreises vorsieht (unabhängig davon, ob dieser dem Nominalbetrag der Zuwachsanleihe entspricht), zuzüglich weiterer Beträge (wegen eines Erstausgabeabschlages oder aufgelaufener Zinsen, die nicht in periodischen Abständen zahlbar sind), die zuwachsen werden oder können, unabhängig davon, ob

- (a) die Zahlung solcher zusätzlichen Beträge einer Bedingung unterliegt oder unter Bezugnahme auf eine Formel oder einen Index bestimmt wird, oder
- (b) außerdem Zinsen periodisch zu zahlen sind.

2 Form und Nennbetrag

- 2.1 Diese Anleihe der Landesbank Baden-Württemberg (die „**Emittentin**“) im Gesamtnennbetrag von EUR 100.000.000,00 (in Worten: Euro Einhundert Millionen) ist in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Schuldverschreibungen (die „**Schuldverschreibungen**“) im Nennbetrag von jeweils EUR 1.000,00 eingeteilt.
- 2.2 Die Schuldverschreibungen werden durch eine Inhaber-Globalschuldverschreibung (die „**Globalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft. Die Globalurkunde ist nur wirksam, wenn sie die eigenhändigen Unterschriften von zwei durch die Emittentin bevollmächtigten Personen sowie die Unterschrift eines Kontrollbeauftragten der Zahlstelle trägt. Die Globalurkunde wird bei dem Verwahrer hinterlegt. Der Anspruch der Anleihegläubiger auf Ausgabe einzelner Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- 2.3 Den Anleihegläubigern stehen Miteigentumsanteile oder Rechte an der Globalurkunde zu, die nach Maßgabe des anwendbaren Rechts und der Regeln und Bestimmungen des Clearing Systems übertragen werden können.

- 2.4 Im Rahmen dieser Anleihebedingungen bezeichnet der Ausdruck „**Anleihegläubiger**“ den Inhaber eines Miteigentumsanteils oder Rechts an der Globalurkunde.

3 Status der Schuldverschreibungen

- 3.1 Die Schuldverschreibungen begründen unmittelbare, unbedingte, nicht nachrangige und nicht besicherte Verbindlichkeiten der Emittentin und stehen im gleichen Rang untereinander und mindestens im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit bestimmte zwingende gesetzliche Bestimmungen nichts anderes vorschreiben.

4 Verzinsung

- 4.1 Solange nach den Feststellungen der Emittentin kein Kreditereignis bezüglich eines oder mehrerer Referenzunternehmen eingetreten ist und die Emittentin keine Kreditereignis-Mitteilung und keine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums veröffentlicht hat, werden die Schuldverschreibungen ab dem Valutierungstag (einschließlich) (der „**Verzinsungsbeginn**“) bis zum Endfälligkeitstag (ausschließlich) mit 4,00 % jährlich verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich jeweils am 11. Januar (jeweils ein „**Zinszahlungstag**“ und der Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) jeweils eine „**Zinsperiode**“) zahlbar. Die erste Zinszahlung ist am 11. Januar 2006 (erster kurzer Kupon für den Zeitraum vom 07. Oktober 2005 bis 10. Januar 2006) und die letzte Zinszahlung am 11. Januar 2011 (letzter Kupon für den Zeitraum von 11. Januar 2010 bis 10. Januar 2011) zahlbar.
- 4.2 Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit dem Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, spätestens dem Endfälligkeitstag. Dies gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB später als am kalendermäßig bestimmten Fälligkeitstag bewirkt wird. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit oder wenn der Fälligkeitstag ein Samstag, Sonntag oder ein anderer Tag ist, an dem die Banken und das Abrechnungssystem des Verwahrers am Erfüllungsort gemäß Ziffer 15.3 dieser Anleihebedingungen nicht geöffnet haben, am darauffolgenden Bankarbeitstag nicht oder nicht vollständig einlöst, wird die Emittentin auf den ausstehenden Nennbetrag ab dem Fälligkeitstermin Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung vorangeht, entrichten, es sei denn die Schuldverschreibungen werden mit einem höheren Zinssatz verzinst.
- 4.3 Sind Zinsen im Hinblick auf einen Zeitraum zu berechnen, der genauso lang oder kürzer als eine Zinsperiode ist, so werden sie berechnet auf der Grundlage der Anzahl der Tage im jeweiligen Zeitraum vom letzten Zinszahlungstag (einschließlich) (oder, falls keiner, vom Verzinsungsbeginn) bis zum nächsten jeweiligen Zinszahlungstag (ausschließlich) dividiert durch die Anzahl der Tage in der Zinsperiode in die der jeweilige Zeitraum fällt (einschließlich des ersten solchen Tages aber ausschließlich des letzten).
- 4.4 Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor einem Zinszahlungstag oder vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein und veröffentlicht die Emittentin eine Kreditereignis-Mitteilung sowie eine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums, so werden Zinsen auf die Schuldverschreibungen weder für die Zinsperiode, in der ein Kreditereignis eingetreten ist, noch für die nachfolgenden Zinsperioden gezahlt. Die Anleihegläubiger haben keinen Anspruch auf weitere Zinszahlungen nach dem Eintritt eines Kreditereignisses. Dieser Anspruch lebt auch nicht dadurch wieder auf, dass die

Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen.

5 Fälligkeit, Rückzahlung und Rückkauf

- 5.1 Solange nach den Feststellungen der Emittentin kein Kreditereignis bezüglich eines oder mehrerer Referenzunternehmen eingetreten ist und die Emittentin keine Kreditereignis-Mitteilung und keine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums veröffentlicht hat, werden die Schuldverschreibungen am Endfälligkeitstag zum Nennbetrag zurückgezahlt.
- 5.2 Sollte die Emittentin aufgrund einer Änderung des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts oder seiner amtlichen Anwendung verpflichtet sein oder zu dem nächstfolgenden Zahlungstermin für Kapital oder Zinsen verpflichtet werden, die in Ziffer 8.1 dieser Anleihebedingungen genannten zusätzlichen Beträge zu zahlen, so ist die Emittentin berechtigt, mit einer Frist von wenigstens 30 Tagen und höchstens 60 Tagen durch Bekanntmachung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen die Schuldverschreibungen insgesamt zur vorzeitigen Rückzahlung zum Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen zu kündigen.
- 5.3 Eine Kündigung gemäß dieser Ziffer 5.2 dieser Anleihebedingungen darf jedoch nicht an einem Termin erfolgen, der dem Tag, an welchem die Änderung des Rechts oder seiner amtlichen Anwendung erstmals für die Schuldverschreibungen gilt, mehr als 30 Tage vorangeht.
- 5.4 Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein und veröffentlicht die Emittentin eine Kreditereignis-Mitteilung sowie eine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums und eine Andienungsmitteilung, wird die Emittentin von ihrer Verpflichtung, die Schuldverschreibungen am Endfälligkeitstag zum Nennbetrag zurückzuzahlen, frei. Der Anspruch auf Rückzahlung des Nennbetrages lebt auch nicht dadurch wieder auf, dass die Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen.
- 5.5 Soweit die Emittentin gemäß vorstehendem Absatz 5.4 von ihrer Verpflichtung zur Rückzahlung der Schuldverschreibungen frei wird, hat sie den Anleihegläubigern für den Nennbetrag einer Schuldverschreibung spätestens am Andienungstermin nach Maßgabe der in der Andienungsmitteilung zum Ausdruck gekommenen Wahl der Emittentin entweder (a) Lieferbare Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, in Höhe des Andienungsbetrages zu übereignen („**Andienung**“) oder (b) einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen.
- 5.6 Die Andienung der Lieferbaren Wertpapiere hat in Höhe des Andienungsbetrags zu erfolgen. Eine etwaige Differenz zwischen dem Andienungsbetrag und dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung hat die Emittentin durch einen Ausgleichsbetrag abzugelten.
- 5.7 Die Emittentin ist im Falle einer Andienung verpflichtet, Lieferbare Wertpapiere an den Verwahrer zwecks Übertragung auf die Wertpapierdepots der jeweiligen Depotbanken zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger bis spätestens zum Andienungstermin gegen Ausbuchung der jeweiligen Depotguthaben für die Schuldverschreibungen, zu liefern. Das Recht der Anleihegläubiger auf Lieferung von Einzelurkunden für die jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere ist ausgeschlossen. Die Lieferung der jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere an die Anleihegläubiger erfolgt durch Girosammelübertragung gemäß den Regeln und Bestimmungen des Verwahrers. Die Emittentin wird durch die Lieferung der jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer oder dessen Order von ihrer Verpflichtung gegenüber den Anleihegläubigern befreit.

- 5.8 Falls ein Kreditereignis eingetreten ist und nach Eintritt eines Kreditereignisses einer der nachfolgend beschriebenen Sachverhalte vorliegt, ist die Emittentin verpflichtet, den Anleihegläubigern zusätzlich zu den gegebenenfalls zu liefernden Lieferbaren Wertpapieren oder bei einem Andienungersatzbetrag von Null einen Ersatzbetrag zu zahlen:
- 5.8.1 die Emittentin hat in der Andienungsmitteilung eine Andienung Lieferbarer Wertpapiere gewählt und die am jeweiligen Andienungstermin gelieferten Lieferbaren Wertpapiere haben ausweislich Reuters-Informationssysteme oder Bloomberg-Informationssysteme am jeweiligen Andienungstermin um 11.00 Uhr am Sitz der Berechnungsstelle einen Kurswert von Null oder
- 5.8.2 die Emittentin hat in der Andienungsmitteilung die Zahlung eines Andienungersatzbetrages gewählt und dieser Andienungersatzbetrag beträgt Null.
- 5.9 Die Auszahlung des Ersatzbetrages je Schuldverschreibung erfolgt spätestens am siebten Bankarbeitstag nach dem Andienungstermin über den Verwahrer bzw. über die depotführenden Banken zur Gutschrift auf den Konten der Anleihegläubiger.
- 5.10 Die Emittentin kann jederzeit und zu jedem Preis im Markt oder auf andere Weise Schuldverschreibungen ankaufen.

6 Ersatzlieferung

- 6.1 Wenn aufgrund eines Umstandes, der sich der Kontrolle der Emittentin entzieht (einschließlich eines Ausfalls des Abwicklungssystems des Verwahrers oder durch ein anwendbares Gesetz, eine gesetzliche Bestimmung oder einen Gerichtsbeschluss, aber ausschließlich vorherrschender Marktbedingungen), eine Lieferung der in einer Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer nach Maßgabe von Ziffer 5.7 dieser Anleihebedingungen vollständig oder teilweise am Andienungstermin unmöglich oder rechtswidrig ist, dann berechtigt die Nichtlieferung durch die Emittentin die Anleihegläubiger nicht zur Kündigung nach Ziffer 9 dieser Anleihebedingungen, sofern die Emittentin
- 6.1.1 die in der Andienungsmitteilung benannten Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer, soweit es möglich und rechtmäßig ist, zum entsprechenden Andienungstermin liefert,
- 6.1.2 angemessen ausführlich die Tatsachen beschreibt, die Ursache einer solchen Unmöglichkeit oder Rechtswidrigkeit waren, und eine entsprechende Beschreibung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen veröffentlicht und
- 6.1.3 sobald es möglich ist, die in dieser Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere, die bisher nicht geliefert wurden, liefert.
- 6.2 Sollten aufgrund des Eintritts der Unmöglichkeit oder Rechtswidrigkeit die in der Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere nicht an oder vor dem 30. Kalendertag nach dem Andienungstermin („**Letzter Zulässiger Andienungstag**“) an den Verwahrer zwecks Übertragung auf die Wertpapierdepots der jeweiligen Depotbanken zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger ganz oder teilweise geliefert werden (die „**Nicht-Lieferbaren Wertpapiere**“), so hat die Emittentin für die Nicht-Lieferbaren Wertpapiere einen Ausgleichsbetrag am Ausgleichsbetragszahlungstermin an die Anleihegläubiger zu zahlen. In diesem Fall haben die folgenden Begriffe abweichend von ihrer sonstigen Bedeutung in diesem Absatz für die Zwecke der Bestimmung eines Ausgleichsbetrags folgende Bedeutung:

- 6.2.1 **Ausgleichsbetrag** bezeichnet den Nennbetrag jedes Nicht Lieferbaren Wertpapiers multipliziert mit dem Marktwert am Bewertungstag der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit, ausgedrückt als Prozentsatz;
- 6.2.2 **Ausgleichsbetragszahlungstermin** bezeichnet den 5. Bankarbeitstag nach dem Bewertungstag;
- 6.2.3 **Referenzverbindlichkeit** bezeichnet jedes Nicht-Lieferbare Wertpapier;
- 6.2.4 **Bewertungstag** bezeichnet den 5. Bankarbeitstag nach dem Letzten Zulässigen Andienungstag;
- 6.2.5 **Quotierungsbetrag** bezeichnet in Bezug auf jedes Nicht-Lieferbare Wertpapier einen Betrag, der dem diesem Nicht-Lieferbaren Wertpapier zugeordneten ausstehenden Kapitalbetrag entspricht (oder, in jedem Falle, den betreffenden Betrag in Euro, den die Berechnungsstelle gemäß kaufmännischer Gepflogenheiten und anhand des zum Zeitpunkt der Einholung der betreffenden Quotierung aktuellen Wechselkurses konvertiert hat);
- 6.2.6 Mindestquotierungsbetrag entfällt.
- 6.3 Wenn aufgrund eines nicht unter die Regelung des vorstehenden Absatzes 6.2 fallenden Umstandes eine Lieferung der in einer Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer zwecks Übertragung auf die Wertpapierdepots der jeweiligen Depotbanken zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger ganz oder teilweise am Andienungstermin nicht erfolgt, hat die Emittentin fünf weitere Bankarbeitstage Zeit, um ihren Lieferverpflichtungen nachzukommen. Nach Ablauf dieser Frist hat die Emittentin für die Nicht-Lieferbaren Wertpapiere einen – nach Maßgabe des in vorstehendem Absatz 6.2 beschriebenen Verfahrens zu berechnenden – Ausgleichsbetrag zuzüglich eines Aufschlags von 10 % am jeweiligen Ausgleichsbetragszahlungstermin an die Anleihegläubiger zu zahlen.

7 Zahlungen

- 7.1 Die Emittentin verpflichtet sich, Kapital und Zinsen auf die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit in Euro an die Zahlstelle zur Weiterleitung an den Verwahrer oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber bei dem Verwahrer zu zahlen.
- 7.2 Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an den Verwahrer oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.
- 7.3 Jede Bezugnahme in diesen Anleihebedingungen auf Kapital im Hinblick auf die Schuldverschreibungen umfaßt:
- 7.3.1 alle zusätzlichen Beträge, die gemäß Ziffer 8 dieser Anleihebedingungen hinsichtlich des Kapitals zahlbar sein können;
- 7.3.2 den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen am Fälligkeitstag und
- 7.3.3 den Rückzahlungsbetrag bei vorzeitiger Rückzahlung der Schuldverschreibungen.
- 7.4 Falls eine Zahlung auf Kapital oder Zinsen einer Schuldverschreibung an einem Tag zu leisten ist, der kein Bankarbeitstag ist, so erfolgt die Zahlung am nächstfolgenden Bankarbeitstag. In diesem Fall steht den betreffenden Anleihegläubigern weder eine Zahlung noch ein Anspruch auf Verzugszinsen oder eine andere Entschädigung wegen dieser Verzögerung zu.

- 7.5 Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Stuttgart Zins- und Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern der Schuldverschreibung nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht im Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen diesbezügliche Ansprüche der jeweiligen Gläubiger der Schuldverschreibung gegen die Emittentin.

8 Steuern

- 8.1 Sämtliche auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge werden ohne Abzug oder Einbehalt von oder wegen gegenwärtiger oder zukünftiger Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlicher Gebühren irgendeiner Art gezahlt, die durch oder für die Bundesrepublik Deutschland oder irgendeine dort zur Steuererhebung ermächtigte Stelle auferlegt oder erhoben werden („**Quellensteuern**“), sofern nicht die Emittentin kraft Gesetzes oder einer sonstigen Rechtsvorschrift verpflichtet ist, solche Quellensteuern abzuziehen oder einzubehalten. In diesem Fall wird die Emittentin diejenigen zusätzlichen Beträge (die „**zusätzlichen Beträge**“) zahlen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass der nach einem solchen Abzug oder Einbehalt verbleibende Nettobetrag denjenigen Beträgen entspricht, die ohne solchen Abzug oder Einbehalt zu zahlen gewesen wären. Die seit dem 1. Januar 1993 in der Bundesrepublik Deutschland geltende Zinsabschlagsteuer und der seit dem 1. Januar 1995 erhobene Solidaritätszuschlag sind keine Quellensteuern.
- 8.2 Zusätzliche Beträge gemäß Ziffer 8.1 dieser Anleihebedingungen sind nicht zahlbar wegen Steuern, Abgaben oder behördlicher Gebühren:
- 8.2.1 denen ein Anleihegläubiger wegen einer anderen Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland oder einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union unterliegt als der bloßen Tatsache, dass er Inhaber der Schuldverschreibungen bzw. der Zinsansprüche ist;
- 8.2.2 denen der Anleihegläubiger nicht unterläge, wenn er seine Schuldverschreibungen binnen 30 Tagen nach Fälligkeit oder, falls die notwendigen Beträge der Zahlstelle gemäß Ziffer 11 dieser Anleihebedingungen bei Fälligkeit nicht zur Verfügung gestellt worden sind und dies gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen bekannt gemacht wurde, zur Zahlung vorgelegt hätte;
- 8.2.3 die von einer Zahlstelle abgezogen oder einbehalten werden, wenn eine andere Zahlstelle die Zahlung ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt hätte leisten können; oder
- 8.2.4 sofern ein solcher Einbehalt oder Abzug, der auf eine Zahlung an eine Privatperson auferlegt oder erhoben wird, gemäß einer Richtlinie der Europäischen Union bezüglich der Besteuerung von Zinserträgen auf Kapitalvermögen, die die Beschlüsse der ECOFIN Versammlung vom 3. Juni 2003 umsetzt, oder eines Gesetzes, das eine solche Richtlinie umsetzt oder sich nach ihr richtet, oder das eingeführt wird um einer solchen Richtlinie zu entsprechen, erforderlich ist.

9 Kündigungsrecht der Anleihegläubiger

- 9.1 Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt, seine Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig zu stellen und deren sofortige Tilgung zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zu verlangen, falls
- 9.1.1 die Emittentin Kapital oder Zinsen nicht innerhalb von 30 Tagen nach dem betreffenden Fälligkeitstag zahlt - **sofern die Emittentin beim Eintritt eines Kreditereignisses**

gemäß Ziffer 4.4 dieser Anleihebedingungen von ihrer Verpflichtung, Zinsen zu zahlen und gemäß Ziffer 5.4 dieser Anleihebedingungen von ihrer Verpflichtung, die Schuldverschreibungen zum Nennbetrag zurückzuzahlen, frei wird, stellt die Nichtzahlung der entsprechenden Beträge keine Nichtleistung im Sinne dieses Absatzes dar;

- 9.1.2 die Emittentin irgendeine andere Verpflichtung aus den Schuldverschreibungen nicht ordnungsgemäß erfüllt und die Unterlassung länger als 45 Tage fort dauert, nachdem die Zahlstelle hierüber eine Benachrichtigung von einem Anleihegläubiger erhalten hat;
- 9.1.3 die Emittentin ihre Zahlungen einstellt oder ihre Zahlungsunfähigkeit allgemein bekannt gibt;
- 9.1.4 ein Gericht ein Insolvenzverfahren gegen die Emittentin eröffnet, ein solches Verfahren eingeleitet und nicht innerhalb von 60 Tagen aufgehoben oder ausgesetzt worden ist, oder die Emittentin ein solches Verfahren beantragt oder einleitet oder eine allgemeine Schuldenregelung zugunsten ihrer Gläubiger anbietet oder trifft oder falls in Bezug auf die Emittentin Maßnahmen beschlossen oder eingeleitet werden, die eine Zahlungseinstellung oder Schuldenregelung veranlassen oder bewirken;
- 9.1.5 die Emittentin in Liquidation tritt, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit einer Verschmelzung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft oder im Zusammenhang mit einer Umwandlung und die andere oder neue Gesellschaft übernimmt alle Verpflichtungen, die die Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen eingegangen ist.
- 9.2 Eine Benachrichtigung oder Kündigung gemäß Ziffer 9.1 dieser Anleihebedingungen hat in der Weise zu erfolgen, dass der Zahlstelle eine entsprechende schriftliche Erklärung übergeben oder durch eingeschriebenen Brief übermittelt wird.
- 9.3 In den Fällen gemäß Ziffer 9.1.2 dieser Anleihebedingungen wird eine Kündigung, sofern nicht bei deren Eingang zugleich einer weiteren der in Ziffer 9.1 dieser Anleihebedingungen bezeichneten Kündigungsgründe vorliegt, erst wirksam, wenn bei der Zahlstelle Kündigungserklärungen von Anleihegläubigern eingegangen sind, die Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von EUR 10.000.000,00 oder (falls dies weniger ist als EUR 10.000.000,00) von mindestens einem Zehntel des Gesamtnennbetrags der dann ausstehenden Schuldverschreibungen halten.

10 Vorlegungsfrist, Verjährung

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Absatz 1 Satz 1 BGB für die Globalurkunde beträgt zehn Jahre. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus der Globalurkunde, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt wird, beträgt zwei Jahre von dem Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

11 Zahlstellen

- 11.1 Die Landesbank Baden-Württemberg ist Zahlstelle. Die Landesbank Baden-Württemberg in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle und jede an ihre Stelle tretende Zahlstelle werden vor- und nachstehend „Zahlstelle“ genannt.
- 11.2 Die Emittentin wird dafür sorgen, dass stets eine Zahlstelle vorhanden ist. Die Emittentin ist berechtigt, andere Banken von internationalem Standing als Zahlstelle zu bestellen. Die Emittentin und die Garantin sind weiterhin berechtigt, die Bestellung einer Bank zur Zahlstelle zu widerrufen. Im Falle einer solchen Abberufung oder falls die bestellte Bank nicht mehr als Zahlstelle tätig werden kann oder will, bestellt die Emittentin eine andere

Bank von internationalem Standing als Zahlstelle. Eine solche Bestellung oder ein solcher Widerruf der Bestellung ist gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen oder, falls dies nicht möglich sein sollte, durch eine öffentliche Bekanntmachung in sonstiger Weise bekanntzumachen.

- 11.3 Die Zahlstelle haftet dafür, dass sie Erklärungen abgibt, nicht abgibt oder entgegennimmt oder Handlungen vornimmt oder unterläßt, nur, wenn und soweit sie die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat. Alle Bestimmungen und Berechnungen durch die Zahlstelle erfolgen in Abstimmung mit der Emittentin und sind, soweit nicht ein offenkundiger Fehler vorliegt, in jeder Hinsicht endgültig und für die Emittentin, die Garantin und alle Anleihegläubiger bindend.
- 11.4 Die Zahlstelle ist in dieser Funktion ausschließlich Beauftragte der Emittentin. Zwischen der Zahlstelle und den Anleihegläubigern besteht kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis.
- 11.5 Die Zahlstelle ist von den Beschränkungen des § 181 BGB und etwaigen gleichartigen Beschränkungen des anwendbaren Rechts anderer Länder befreit.

12 Begebung weiterer Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit im wesentlichen gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zu einer einheitlichen Serie von Schuldverschreibungen konsolidiert werden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „**Schuldverschreibungen**“ umfaßt im Falle einer solchen Konsolidierung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

13 Bekanntmachungen

- 13.1 Die Schuldverschreibungen betreffende Bekanntmachungen werden in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland, die ein überregionales Börsenpflichtblatt der Stuttgarter Wertpapierbörse sein muss, veröffentlicht. Eine Mitteilung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Mitteilungen mit dem Tage der ersten Veröffentlichung) als erfolgt.
- 13.2 Sofern die Regularien der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, dies zulassen, ist die Emittentin berechtigt, Bekanntmachungen auch durch eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger oder durch eine schriftliche Mitteilung direkt an die Anleihegläubiger zu bewirken. Bekanntmachungen über das Clearing System gelten sieben Tage nach der Mitteilung an das Clearing System, direkte Mitteilungen an die Anleihegläubiger mit ihrem Zugang als bewirkt.

14 Ersetzung

- 14.1 Die Emittentin ist in Bezug auf die Schuldverschreibungen berechtigt, ohne Zustimmung eines Anleihegläubigers an ihre Stelle eine andere Gesellschaft als Schuldnerin in Bezug auf die Schuldverschreibungen (der „**Ersatzschuldner**“) treten zu lassen, und zwar durch eine Bekanntmachung durch die Emittentin und des Ersatzschuldners gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen, sofern:
 - 14.1.1 sich die Emittentin mit Zahlungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen nicht in Verzug befindet;
 - 14.1.2 die Emittentin entweder unbeding und unwiderruflich die Verpflichtungen des Ersatzschuldners aus diesen Anleihebedingungen garantiert (in diesem Zusammenhang auch die „**Garantin**“) oder der Ersatzschuldner in der Weise bzw. in

dem Umfang Sicherheit leistet, dass jederzeit die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gewährleistet ist;

- 14.1.3 die Emittentin und der Ersatzschuldner die Verträge (die „**Verträge**“) abgeschlossen haben, die für die Rechtswirksamkeit der Ersetzung notwendig sind und in denen der Ersatzschuldner zu Gunsten jedes Anleihegläubigers als begünstigtem Dritten gemäß § 328 BGB erklärt hat, an diese Anleihebedingungen als Schuldner der Schuldverschreibungen anstelle der Emittentin (oder eines früheren Ersatzes gemäß dieses Ziffer 14 dieser Anleihebedingungen gebunden zu sein;
- 14.1.4 der Ersatzschuldner sämtliche sich aus und im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen ergebenden Verpflichtungen erfüllen kann und insbesondere die hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen in Euro an den Verwahrer transferieren kann;
- 14.1.5 der Ersatzschuldner in geeigneter Form nachweist, dass er alle Beträge, die zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus oder in Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen erforderlich sind, ohne die Notwendigkeit einer Einbehaltung von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle an den Verwahrer transferieren darf;
- 14.1.6 der Ersatzschuldner und die Emittentin alle erforderlichen behördlichen Genehmigungen und Bewilligungen für eine derartige Ersetzung und für die Erfüllung der Verpflichtungen des Ersatzschuldners aufgrund der Verträge erhalten haben;
- 14.1.7 jede Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, bestätigt hat, dass nach der geplanten Ersetzung der Emittentin durch den Ersatzschuldner die Schuldverschreibungen weiterhin an dieser Börse notiert sein werden;
- 14.1.8 der Ersatzschuldner gegebenenfalls einen Zustellungsbevollmächtigten in der Bundesrepublik Deutschland für alle Rechtsstreitigkeiten aufgrund oder in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ernannt hat; und
- 14.1.9 die Zahlstelle (die entsprechende Kopien zur Ausgabe bereithalten wird) Rechtsgutachten von anerkannten, von der Garantin ausgewählten Rechtsberatern in jeder Rechtsordnung erhalten hat, in der die Emittentin, der Ersatzschuldner und (falls verschieden) die Garantin rechtlich ihren Sitz haben, die soweit einschlägig bestätigen, dass nach der Ersetzung (a) die Voraussetzungen dieser Ziffern 14.1.1 bis 14.1.9 dieser Anleihebedingungen erfüllt sind und (b) die Garantie sich auf die Verpflichtungen des Ersatzschuldners nach Maßgabe der Verträge erstreckt und weiterhin in vollem Umfang gilt.
- 14.2 Nach einer solchen Ersetzung tritt der Ersatzschuldner an die Stelle der Emittentin, ersetzt diese und tritt in ihre Rechte und Befugnisse aus den Schuldverschreibungen ein und kann diese in der Weise ausüben, als ob der Ersatzschuldner in diesen Anleihebedingungen als Emittentin benannt worden wäre. Die Emittentin wird von ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen befreit.
- 14.3 Nach einer Ersetzung gemäß Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen kann jeder Anleihegläubiger, entsprechend Ziffer 9 dieser Anleihebedingungen seine Schuldverschreibungen zur sofortigen Rückzahlung zum Gesamtnennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen kündigen, wenn eines der in Ziffer 9.1 dieser Anleihebedingungen genannten Ereignisse in Bezug auf die Garantin eintritt.
- 14.4 Nach einer Ersetzung gemäß Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen kann der Ersatzschuldner ohne Zustimmung eines Anleihegläubigers eine weitere Ersetzung vornehmen. Sämtliche in den Ziffern 14.1 und 14.2 dieser Anleihebedingungen

aufgeführten Bestimmungen gelten entsprechend, und Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf die Emittentin gelten, soweit der Zusammenhang dies erfordert, als Bezugnahmen auf den weiteren Ersatzschuldner oder schließen solche Bezugnahmen ein.

- 14.5 Nach einer Ersetzung gemäß Ziffer 14.1 oder Ziffer 14.4 dieser Anleihebedingungen kann jeder Ersatzschuldner ohne Zustimmung eines Anleihegläubigers die Ersetzung unter entsprechender Anwendung der vorstehenden Bestimmungen rückgängig machen.
- 14.6 Die Verträge werden der Zahlstelle übergeben und von dieser verwahrt. Kopien der Verträge werden kostenlos bei den bezeichneten Geschäftsstellen jeder Zahlstelle erhältlich sein.

15 Schlußbestimmungen

- 15.1 Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger, der Emittentin, der Zahlstelle und der Zahlstellen bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 15.2 Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, so sollen die übrigen Bestimmungen wirksam bleiben.
- 15.3 Erfüllungsort ist Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland.
- 15.4 Nicht ausschließlicher Gerichtsstand ist Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland.
- 15.5 Für die Kraftloserklärung abhanden gekommener oder vernichteter Schuldverschreibungen sind ausschließlich die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland zuständig.
- 15.6 Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Anleihegläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus der Schuldverschreibung im eigenen Namen und auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen: (a) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibung ein Wertpapierdepot unterhält, welche (i) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Anleihegläubigers enthält, (ii) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und (iii) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Verwahrer eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, welche die vorstehend unter (i) und (ii) bezeichneten Informationen enthält und einen Bestätigungsvermerk des Verwahrers trägt; und (b) er legt eine Kopie der Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Verwahrers bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre.

16 Auslegung

Soweit Bestimmungen dieser Anleihebedingungen Bestimmungen der 2003 von der International Swaps and Derivatives Association, Inc. veröffentlichten "ISDA Credit Derivatives Definitions" sachlich entsprechen, sind sie in Übereinstimmung mit dem Verständnis, das führende Marktteilnehmer des Marktes für Kreditderivate hinsichtlich des Inhalts dieser Bestimmungen haben, auszulegen.

Index definierter Begriffe

Andienung	13, 22, 43	Referenzverbindlichkeit	36
Andienungsbetrag	22	Regierungsbehörden	36
Andienungsersatzbetrag	22	Relevante Verbindlichkeit	37
Andienungsmitteilung	23	Schuldenrestrukturierung	37
Andienungstermin	23	Schuldverschreibungen	5, 38, 41
Anleihe	5	Schwellenbetrag	38
Anleihegläubiger	23, 41	Securities Act	20
Ausgleichsbetrag	23	Umtauschanleihe	38
Ausgleichsbetragszahlungstermin	23	Valutierungstag	39
Bankarbeitstag	23	Verbindlichkeit	39
Berechnungsstelle	23	Verbindlichkeit gegenüber Mehreren Gläubigern	39
Beste Verfügbare Information	23	Verbindlichkeitswahrung	39
Bewertungstag	24	Verträge	48
C Rules	20	Verwahrer	6, 39
Depotbank	24	Verzinsungsbeginn	41
Dividendenpapiere	25	Vollquotierung	39
Emissionswährung	25	Wandelanleihe	39
Emittentin	5, 12, 25, 41	Zahlstelle	6, 39, 47
Endfälligkeitstag	25	Zahlungserfordernis	39
Ersatzbetrag	25	Zinsperiode	39, 41
Ersatz-Referenzverbindlichkeit	25	Zinszahlungstag	40, 41
Ersatzschuldner	26, 48	Zugewachsener Betrag	40
Euro	26	Zugrundeliegende Verpflichtung	33
Euro-Vorgänger-Währungen	26	zusätzliche Beträge	45
FSMA	20	Zuwachsanleihe	40
Garantin	26, 48		
Gewichtete Durchschnittsquotierung	26		
Globalurkunde	26, 41		
Händler	26		
Insolvenz	26		
Kreditereignis	27		
Kreditereignis-Mitteilung	27		
Lieferbare Wertpapiere	28		
Manager	8, 29		
Marktwert	29		
Mindestquotierungsbetrag	29		
Mitteilungszeitraum	30		
Nachfolgeereignis	31		
Nachfolgeunternehmen	30		
Nachfrist	31		
Nachfrist-Bankarbeitstag	31		
Nachrangigkeit	31		
Nennbetrag	32		
Nichtzahlung	32		
Öffentlich Zugängliche Informationen	32		
Öffentliche Informationsquelle	33		
Öffentlich-Zugängliche-Informations- Mitteilung	33		
Qualifizierte Garantie	33		
Quellensteuern	45		
Quotierung	33		
Quotierungsbetrag	34		
Quotierungsmethode	34		
Rat	19		
Referenzunternehmen	34		

Emittentin

Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2

70173 Stuttgart

Manager

Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2

70173 Stuttgart

Zahlstelle

Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2

70173 Stuttgart

Rechtsberater der Emittentin und des Managers bezüglich deutschen Rechts

Norton Rose Vieregge

Stephanstraße 15

60313 Frankfurt am Main

Landesbank Baden-Württemberg

Stuttgart

Unvollständiger Verkaufsprospekt

gemäß § 10 Verkaufsprospektgesetz für die

[● (Währungsangabe)] [● (Betrag)]

**LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit
Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug
auf die Referenzunternehmen [●], [●] und [●] von
2004/[●] - Emission - (Credit Linked Notes)**

Strukturierte Produkte wie die in diesem unvollständigen Verkaufsprospekt beschriebenen Schuldverschreibungen sind komplexe Finanzinstrumente, die ein hohes Risiko in sich tragen, und nur für den erfahrenen Investor, der die mit solchen Instrumenten verbundenen Risiken einzuschätzen weiß, zum Kauf geeignet. Der potentielle Käufer dieser Schuldverschreibungen sollte die in diesem unvollständigen Verkaufsprospekt enthaltenen Informationen einschließlich der Abschnitte "Risikohinweise" und "Anleihebedingungen" sorgfältig lesen. Treten Umstände ein, wie in den Abschnitten "Risikohinweise" und "Anleihebedingungen" beschrieben, kann dies im ungünstigsten Fall zum fast vollständigen Verlust der in diese Schuldverschreibungen investierten Mittel des Anleihegläubigers führen.

–Wertpapier-Kenn-Nummer [●]–, –ISIN: [●]–

21. Januar 2005

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Gegenstand des Prospekts	5
Allgemeine Informationen	6
1 Verantwortlichkeit	6
2 Verfügbare Dokumente	6
3 Art der Veröffentlichung	6
4 Verkauf der Schuldverschreibungen.....	6
5 Lieferung der Schuldverschreibungen	6
6 Rechtsstreitigkeiten	7
7 Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung	7
8 Verwendung des Anleiheerlöses	8
9 Keine wesentlichen Änderungen	8
10 Zukunftsgerichtete Aussagen, Zuverlässigkeit von Meinungen und Prognosen	8
11 Stabilisierungsmaßnahmen.....	8
12 Kenn-Nummern	9
Zusammenfassung der Emission	10
Risikohinweise.....	13
1 Allgemeine Investitionserwägungen	13
2 Informationen	13
3 Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen.....	14
4 Rückgriff nur gegen die Emittentin	14
5 Kein Anspruch gegen ein Referenzunternehmen	14
6 Auswechseln von Referenzunternehmen	14
7 Risiko der Wertentwicklung	14
8 Liquidität der Schuldverschreibungen.....	15
9 Kreditrisiko.....	15

10	Geschäftsverbindungen	16
11	Hinweis für institutionelle Investoren	16
12	Beratung durch die Hausbank.....	16
13	Wichtiger Hinweis für Privatkunden.....	16
	Besteuerung	17
1	Einkommensteuer.....	17
2	Erbschaft- und Schenkungssteuer	19
3	Vermögensteuer/ Gewerbesteuer	19
4	Andere deutsche Steuern	19
5	Geplante Änderungen des deutschen Steuerrechts.....	19
6	EU-Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften	20
	Verkaufsbeschränkungen.....	21
1	Bundesrepublik Deutschland.....	21
2	Vereinigtes Königreich	21
3	Vereinigte Staaten	21
4	Andere Rechtsordnungen	22
	Anleihebedingungen.....	23
1	Definitionen	23
2	Form und Nennbetrag.....	39
3	Status der Schuldverschreibungen.....	40
4	Verzinsung	40
5	Fälligkeit, Rückzahlung und Rückkauf.....	41
6	Ersatzlieferung.....	42
7	Zahlungen	43
8	Steuern.....	44
9	Kündigungsrecht der Anleihegläubiger	45
10	Vorlegungsfrist, Verjährung.....	45
11	Zahlstellen	46

12	Begebung weiterer Schuldverschreibungen	46
13	Bekanntmachungen.....	46
14	Ersetzung	47
15	Schlußbestimmungen	48
16	Auslegung	49
	Informationen über die Emittentin.....	50
	Geschäftsgang und Aussichten.....	54
	Index definierter Begriffe	60

Gegenstand des Prospekts

Gegenstand des Prospekts ist die [● (Währungsangabe)] [● (Betrag)] LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf die Referenzunternehmen [●], [●], [●] und [●] von 2004/[●] - Emission - (Credit Linked Notes) (die „**Anleihe**“ oder die „**Schuldverschreibungen**“) der Landesbank Baden-Württemberg (nachstehend „**Emittentin**“ genannt).

Allgemeine Informationen

Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

1 Verantwortlichkeit

Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die Angaben in diesem Dokument und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind.

2 Verfügbare Dokumente

Die in diesem Prospekt erwähnten Unterlagen sind bei der Emittentin während der üblichen Geschäftsstunden an jedem Bankarbeitstag während der Laufzeit der Schuldverschreibungen einsehbar. Der Geschäftsbericht 2003 der Emittentin ist während der Laufzeit der Schuldverschreibungen bei der Emittentin, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, erhältlich. Dieser Geschäftsbericht ist Bestandteil dieses Prospektes.

3 Art der Veröffentlichung

Dieser unvollständige Verkaufsprospekt wird nach entsprechender Hinweisbekanntmachung in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland, die ein überregionales Börsenpflichtblatt der Stuttgarter Wertpapierbörse sein muss (Börsenzeitung) bei der Landesbank Baden-Württemberg als Zahlstelle (die „Zahlstelle“) zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Die Schuldverschreibungen betreffende Bekanntmachungen werden in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland, die ein überregionales Börsenpflichtblatt der Stuttgarter Wertpapierbörse sein muss (Börsenzeitung), veröffentlicht. Eine Mitteilung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Mitteilungen mit dem Tage der ersten Veröffentlichung) als erfolgt.

Sofern die Regularien der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, dies zulassen, ist die Emittentin berechtigt, Bekanntmachungen auch durch eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger oder durch eine schriftliche Mitteilung direkt an die Anleihegläubiger zu bewirken. Bekanntmachungen über das Clearing System gelten sieben Tage nach der Mitteilung an das Clearing System, direkte Mitteilungen an die Anleihegläubiger mit ihrem Zugang als bewirkt.

4 Verkauf der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen werden von der Emittentin zum freibleibenden Verkauf angeboten. Der anfängliche Verkaufspreis wird bei Beginn des öffentlichen Angebotes am ● festgelegt. Ab dem ● wird er fortlaufend angepasst. Der Verkaufspreis der Anleihen kann bei der Emittentin erfragt werden. Es ist beabsichtigt, die Verkaufspreise in dem elektronischen Informationssystem Reuters zu veröffentlichen. Eine rechtliche Verpflichtung hierzu wird von der Emittentin jedoch nicht übernommen.

5 Lieferung der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen werden als Inhaber-Schuldverschreibungen ausgegeben und während ihrer gesamten Laufzeit in einer Dauerglobalurkunde ohne Zinsscheine verbrieft, die bei Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, („Verwahrer“) hinterlegt ist und nicht gegen effektive Einzelkunden austauschbar ist. Die Schuldverschreibungen sind in Form

von Miteigentumsanteilen an der Dauerglobalurkunde lieferbar und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Clearstream Banking AG frei übertragbar.

6 Rechtsstreitigkeiten

Weder die Emittentin noch eine ihrer konsolidierten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind oder waren in Gerichts- oder Schiedsverfahren involviert, welche einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Emittentin haben können oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, noch sind solche Verfahren anhängig oder angedroht.

7 Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

Einleitung

In der Auseinandersetzung um die von der Europäischen Kommission geforderte Umgestaltung des Haftungssystems der deutschen Landesbanken haben sich die Kommission und die Koch-Weser-Gruppe (als Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer) am 17. Juli 2001 und am 28. Februar 2002 über die Umgestaltung der bisherigen Haftungsgrundlagen und die hierfür geltenden Übergangsfristen verständigt. Die Kommission hat daraufhin am 27. März 2002 gemäß den oben genannten Vereinbarungen zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden am 11. April 2002 von der Bundesregierung vorbehaltlos akzeptiert.

Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 16. Oktober 2002 das „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“ beschlossen; die Veröffentlichung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg erfolgte am 11. November 2002. Darüber hinaus hat die Gewährträgerversammlung der LBBW am 18. November 2002 und am 13. Dezember 2004 jeweils eine „Satzung zur Änderung der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg“ („Änderungssatzung“) beschlossen. Die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg erfolgte am 12. Dezember 2002 und am 31. Dezember 2004. Durch das Änderungsgesetz und die Änderungssatzungen, die am 19. Juli 2005 in Kraft treten, werden das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg an die mit der Europäischen Kommission vereinbarten Veränderungen der Haftungsstrukturen angepasst.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Die Gewährträgerhaftung wird nach einem vierjährigen Übergangszeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 abgeschafft. Im Hinblick auf Verbindlichkeiten der Landesbank, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart werden, ist im Änderungsgesetz u. a. das Folgende geregelt:

Die Träger der Landesbank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Landesbank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt; für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend

nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen des Instituts nicht befriedigt werden können.

Was die Anstaltslast anbelangt, so wird diese mit Wirkung ab 19. Juli 2005 gemäß den mit der Europäischen Kommission vereinbarten Prinzipien ersetzt. Das Änderungsgesetz sieht diesbezüglich insbesondere die folgenden Regelungen vor:

- Die Träger unterstützen die Landesbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der im Landesbankgesetz niedergelegten Vorschriften.
- Es besteht weder eine Verpflichtung der Träger noch ein Anspruch der Landesbank gegen die Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Durch das Änderungsgesetz wird auch das Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (AGGVG) geändert. Diese Änderung hat zur Folge, dass die LBBW mit Wirkung ab 19. Juli 2005 die Insolvenzfähigkeit besitzen wird.

8 Verwendung des Anleiheerlöses

Der Nettoerlös der Anleihe dient der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Emittentin.

9 Keine wesentlichen Änderungen

Seit dem 21. Januar 2005 gab es keine wesentlichen Änderungen in den Finanzausweisen, der Geschäftstätigkeit oder im Unternehmen der Emittentin, die für die Beurteilung der Emittentin oder der einzuführenden Wertpapiere von wesentlicher Bedeutung sind.

10 Zukunftsgerichtete Aussagen, Zuverlässigkeit von Meinungen und Prognosen

Dieser Prospekt enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen einschließlich Angaben unter Verwendung der Worte "glaubt", "geht davon aus", "erwartet" oder Formulierungen mit ähnlicher Bedeutung. Solche in die Zukunft gerichtete Aussagen beinhalten bekannte und unbekannt Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlichen und zukünftigen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Leistungen der Emittentin, der Referenzunternehmen oder der relevanten Branchen wesentlich von denjenigen abweichen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem: der Wettbewerb durch andere Unternehmen, die laufenden Kapitalbedürfnisse der Gesellschaft, Finanzierungskosten, Änderungen des Betriebsaufwands, die Gewinnung und das Halten qualifizierter Mitarbeiter, Unsicherheiten aus dem Geschäftsbetrieb der Emittentin oder der Garantin und sonstige in diesem Prospekt genannte Faktoren.

11 Stabilisierungsmaßnahmen

Im Zusammenhang mit der Emission kann die Landesbank Baden-Württemberg („**Manager**“) für einen beschränkten Zeitraum nach dem Valutierungstag Mehrzuteilungen vornehmen oder andere Maßnahmen treffen, die den Marktpreis der Schuldverschreibungen auf einem Niveau stabilisieren oder halten, das andernfalls nicht erreicht würde. Falls derartige Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können sie jederzeit wieder eingestellt werden.

12 Kenn-Nummern

Wertpapier-Kenn-Nummer: [●]

ISIN Code: [●]

Zusammenfassung der Emission

Die folgenden Ausführungen sind eine indikative Zusammenfassung und sind nur im Zusammenhang mit dem gesamten Text der Anleihebedingungen unter der Überschrift "Anleihebedingungen" zu lesen. Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

Emittentin:	Landesbank Baden-Württemberg.
Beschreibung der Emission:	[● (Währungsangabe)] [● (Betrag)] LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf die Referenzunternehmen [●] von 2004/[●] - Emission - (Credit Linked Notes).
Valutierungstag und Zahltag:	[●].
Endfälligkeitstag:	[●].
Verzinsung:	Die Schuldverschreibungen werden ab dem Valutierungstag (einschließlich) mit [●] % jährlich verzinst. Die Zinsen sind [jährlich/halbjährlich/vierteljährlich/monatlich/einmalig] nachträglich [jeweils] am [●] zahlbar [„erstmal am ● (erster [kurzer/langer] Kupon für den Zeitraum vom ● bis ●) und letztmals am ● (letzter [kurzer/langer] Kupon für den Zeitraum von ● bis ●)]. Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor einem Zinszahlungstag oder vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein und veröffentlicht die Emittentin eine Kreditereignis-Mitteilung sowie eine Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums, so werden Zinsen auf die Schuldverschreibungen weder für die Zinsperiode, in der ein Kreditereignis eingetreten ist, noch für die nachfolgenden Zinsperioden gezahlt. Die Anleihegläubiger haben keinen Anspruch auf weitere Zinszahlungen nach dem Eintritt eines Kreditereignisses. Dieser Anspruch lebt auch nicht dadurch wieder auf, dass die Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen.
Rückzahlung:	Rückzahlung zum Nennwert, sofern nicht zuvor ein Kreditereignis eingetreten ist.
Andienung:	Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein, wird die Emittentin von ihrer Verpflichtung, die Schuldverschreibungen am Endfälligkeitstag zum Nennbetrag zurückzuzahlen, frei. In diesem Fall hat die Emittentin den Anleihegläubigern für den Nennbetrag der Schuldverschreibung spätestens am Andienungstermin nach Maßgabe der in der Andienungsmitteilung zum Ausdruck gekommenen Wahl der Emittentin entweder (a) Lieferbare Wertpapiere des

jeweiligen Referenzunternehmens in Höhe des Andienungsbetrages zu übereignen oder (b) einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen.

Kreditereignisse: Kreditereignisse sind Insolvenz, Nichtzahlung oder Schuldenrestrukturierung.

Lieferbare Wertpapiere: Lieferbare Wertpapiere bezeichnet jede Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit sowie jede auch zukünftige oder bedingte Verpflichtung des jeweiligen Referenzunternehmens, die auf die Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus Schuldverschreibungen gerichtet ist und die nachfolgend genannten Voraussetzungen erfüllt. Die Verpflichtung steht im Hinblick auf die Rangfolge der Zahlungsverpflichtung mindestens im gleichen Rang mit einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit des jeweiligen Referenzunternehmens und ist in der gesetzlichen Währung der Vereinigten Staaten von Amerika oder Kanadas oder Japans oder des Vereinigten Königreichs oder der Schweiz oder in Euro oder einer Euro-Vorgänger-Währung denominiert. Der unter der Verpflichtung zu zahlende Betrag darf nicht durch den Eintritt oder Nichteintritt einer Bedingung reduziert werden. Die Verpflichtung ist ein börsennotiertes Inhaberpapier, dessen Lieferung und Zahlungen über international anerkannte Clearingsysteme abgewickelt werden. Die Stückelung der Verpflichtung ist kleiner oder gleich dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung. Die Verpflichtung ist ohne vertragliche, gesetzliche oder aufsichtliche Beschränkung an private Investoren in der Bundesrepublik Deutschland übertragbar (keine Beschränkungen in diesem Sinne sind solche, die zur Herbeiführung der Zulässigkeit des Vertriebs nach Maßgabe der Rule 144A oder Regulation S unter dem United States Securities Act von 1933 bestehen oder entsprechende Verkaufsbeschränkungen unter dem Recht eines sonstigen anderen Staates als der Bundesrepublik Deutschland) und die verbleibende Laufzeit, beginnend mit dem Andienungstermin, beträgt maximal 30 Jahre. Die Verpflichtung weist am Andienungstermin und jederzeit danach einen offenen Kapitalsaldo auf. Weiterhin sind Wandelanleihen, Umtauschanleihen oder Zuwachsanleihen Lieferbare Wertpapiere, wenn bis zum Andienungstermin (einschließlich), (i) das Recht, das Lieferbare Wertpapier zu wandeln oder umzutauschen oder (ii) von dem jeweiligen Referenzunternehmen zu verlangen, das Lieferbare Wertpapier zu kaufen oder zurückzuzahlen (falls das jeweilige Referenzunternehmen von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, den Kauf- oder Rückzahlungspreis insgesamt oder teilweise in Dividendenpapieren zu zahlen), bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der maßgeblichen Andienungsmitteilung noch nicht ausgeübt worden ist (oder die Ausübung eines solchen Rechts wirksam wieder

aufgehoben wurde).

Gesamtnennwert: ● ●.

Stückelung: ● ●.

Verbriefung: Die Schuldverschreibungen werden für die gesamte Laufzeit durch eine Inhaber-Globalurkunde ohne Zinsscheine verbrieft. Die Globalurkunde wird bei dem Verwahrer hinterlegt.

Effektive auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an der Sammelurkunde zu, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Clearstream Banking AG frei übertragen werden können.

Status der Schuldverschreibungen: Nicht nachrangig.

Kündigungsrecht: Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt seine Schuldverschreibungen unter den in Ziffer 9 der Anleihebedingungen genannten Voraussetzungen vorzeitig zur Rückzahlung fällig zu stellen.

ISIN Code: [●].

WKN: [●].

Notierung/Handel: Es ist beabsichtigt, die Schuldverschreibungen während der gesamten Laufzeit in den Freiverkehr an der Stuttgarter Wertpapierbörse einzubeziehen.

Risikohinweise

Der nachfolgende Abschnitt beinhaltet unter anderem Zusammenfassungen einzelner Bestimmungen der Anleihebedingungen. Potentielle Käufer der Schuldverschreibungen sollten in jedem Fall auch die auf den Seiten 23 bis 49 in diesem unvollständigen Verkaufsprospekt abgedruckten vollständigen Anleihebedingungen lesen, die allein maßgeblich für die rechtliche und wirtschaftliche Ausstattung der Schuldverschreibungen sind. Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

1 Allgemeine Investitionserwägungen

Der Kauf der Schuldverschreibungen birgt wesentliche Risiken und ist nur für Investoren geeignet, die über Kenntnisse und Erfahrungen in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen, die es ihnen ermöglichen, die Risiken und Vorteile einer Investition in die Schuldverschreibungen zu beurteilen. **Gemäß den Anleihebedingungen kann die Rückzahlung der Schuldverschreibungen zu weniger als 100% erfolgen und im ungünstigsten Fall zum fast vollständigen Verlust der in diese Schuldverschreibungen investierten Mittel führen.** Vor einer Investitionsentscheidung sollten potentielle Käufer dieser Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Situation, ihrer persönlichen Erfahrungen und ihrer Anlageziele die in den nachfolgenden Ausführungen dargestellten Umstände zusammen mit anderen für sie relevanten Umständen sorgfältig abwägen. Potentielle Käufer von Schuldverschreibungen sollten sich mit ihren Rechts-, Steuer- und Finanzberatern sowie Wirtschaftsprüfern beraten, sofern sie dies in Bezug auf die Schuldverschreibungen, die Landesbank Baden-Württemberg („Emittentin“) und die jeweiligen Referenzunternehmen für notwendig erachten und sich nicht ausschließlich auf die Aussagen und Einschätzungen der Emittentin verlassen. Jeder potentielle Käufer dieser Schuldverschreibungen ist selbst für seine unabhängige Bewertung aller Umstände verantwortlich, die im Hinblick auf die Entscheidung, diese Schuldverschreibungen zu kaufen, und als Eignung einer Investition in diese Schuldverschreibungen für seine Anlagezwecke wichtig erscheinen.

2 Informationen

- 2.1 Die Emittentin übernimmt keine Gewähr dafür, dass öffentlich zugängliche Informationen bezüglich der jeweiligen Referenzunternehmen richtig und vollständig sind. Ferner kann nicht gewährleistet werden, dass alle Umstände veröffentlicht worden sind, die sich vor oder zum Zeitpunkt der Begebung der Schuldverschreibungen (einschließlich solcher Umstände, die die Richtigkeit oder Vollständigkeit solcher öffentlich zugänglichen Informationen beeinträchtigen würden) in den jeweiligen Referenzunternehmen ereignen bzw. ereignet haben und die für die Bestimmung des Werts der Schuldverschreibungen oder des Eintritts eines Kreditereignisses relevant sind.
- 2.2 Die allgemeinen Erwägungen im Hinblick auf Investitionen in die Schuldverschreibungen stellen weder ein Angebot zum Kauf von Schuldverschreibungen dar noch sind sie als Aufforderung zu verstehen, Schuldverschreibungen zum Kauf anzubieten. Die vorgenannten Erwägungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ein Investor, der die Schuldverschreibungen allein unter Berücksichtigung der allgemeinen Investitionserwägungen kauft, tätigt seine Investitionsentscheidung auf Grundlage unvollständiger Informationen. Die damit verbundenen Risiken trägt der Investor selbst.

3 Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen

- 3.1 Mit dem Kauf der Schuldverschreibungen erwirbt jeder Anleihegläubiger Ansprüche gegen die Emittentin auf Zinszahlungen aus der Anleihe und auf Rückzahlung des jeweiligen Nennbetrages. Die Zinszahlungen werden [jährlich/halbjährlich/vierteljährlich /monatlich/einmalig] nachträglich fällig.
- 3.2 **Der Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen führt dazu, dass Zinsen weder für die Zinsperiode, in der ein Kreditereignis eingetreten ist, noch für die nachfolgenden Zinsperioden gezahlt werden. Außerdem erlischt die Verpflichtung der Emittentin, die Anleihe am Endfälligkeitstag zurückzuzahlen.**
- 3.3 **Anstelle dessen tritt die Verpflichtung der Emittentin, den Anleihegläubigern für eine Schuldverschreibung spätestens am Andienungstermin nach Maßgabe der in der Andienungsmitteilung zum Ausdruck gekommenen Wahl der Emittentin entweder (a) Lieferbare Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, in Höhe des Andienungsbetrages zu übereignen („Andienung“) oder (b) einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen. Die Andienung der Lieferbaren Wertpapiere hat in der Höhe des Andienungsbetrags zu erfolgen. Eine etwaige Differenz zwischen dem Andienungsbetrag und dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung hat die Emittentin durch einen Ausgleichsbetrag abzugelten. Andienungsersatzbetrag bezeichnet einen Betrag je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit (bzw. in besonderen Fällen eines anderen Wertpapiers des Referenzunternehmens) am Bewertungstag ergibt. Der Wert der angedienten Wertpapiere oder des Andienungsersatzbetrags kann deutlich unter dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen liegen. Im schlechtesten Fall erhalten die Anleihegläubiger nur einen Ersatzbetrag in Höhe von 1% des Nennbetrags der Schuldverschreibungen.**

4 Rückgriff nur gegen die Emittentin

Die Schuldverschreibungen stellen ausschließlich Verbindlichkeiten der Emittentin dar.

5 Kein Anspruch gegen ein Referenzunternehmen

Die Schuldverschreibungen begründen kein Rechtsverhältnis zwischen den Anleihegläubigern und den jeweiligen Referenzunternehmen. Im Verlustfall hat der Anleihegläubiger im Hinblick auf die Schuldverschreibungen keinen Rückgriffsanspruch gegenüber dem jeweiligen Referenzunternehmen.

6 Auswechseln von Referenzunternehmen

Tritt bei einem Referenzunternehmen eine Fusion, Spaltung (entweder durch freiwilligen Tausch von Verbindlichkeiten oder in anderer Art und Weise), Zusammenlegung, Verschmelzung, Übertragung oder ein ähnliches Ereignis ein, kann dieses Referenzunternehmen für die Zwecke dieser Anleihe durch ein Nachfolgeunternehmen ersetzt werden. Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen hängt dann von der Bonität dieses Nachfolgeunternehmens ab.

7 Risiko der Wertentwicklung

Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann sich wesentlich von einer direkten Anlage in Schuldtiteln, die von den jeweiligen Referenzunternehmen ausgegeben werden, unterscheiden. Der Eintritt eines Kreditereignisses bezüglich des jeweiligen

Referenzunternehmens wird sich negativ auf den Ertrag und unter Umständen auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann ferner durch die allgemeine Entwicklung des Kapitalmarktzinses für Schuldverschreibungen mit vergleichbaren Laufzeiten negativ beeinflusst werden.

8 Liquidität der Schuldverschreibungen

Die Liquidität der Schuldverschreibungen hängt vor allem von der Anzahl der gezeichneten Schuldverschreibungen ab. Sollten deutlich weniger Schuldverschreibungen gezeichnet werden, als dem Angebotsvolumen entspricht, kann dies nachteilige Auswirkungen auf die Liquidität der Schuldverschreibungen haben.

Ebenso kann der Eintritt eines Kreditereignisses gemäß Ziffer 5.4 der Anleihebedingungen eine etwaige vorhandene Liquidität zusätzlich beeinträchtigen.

Während der Laufzeit können die Gläubiger ihre Schuldverschreibungen grundsätzlich veräußern. Selbst wenn sich ein Sekundärmarkt, auf welchem die Schuldverschreibungen gehandelt werden, entwickelt, ist es unwahrscheinlich, dass dieser Markt dauerhaft sein wird oder er den Gläubigern der Schuldverschreibungen Liquidität bietet. In jedem Fall ist bei den Schuldverschreibungen aufgrund der gegenüber anderen herkömmlichen Anlageformen komplexeren Konstruktion und geringeren Liquidität mit größeren Spannen zwischen An- und Verkaufskursen zu rechnen.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass der jeweilige Marktpreis der Schuldverschreibungen durch eine Reihe von äußeren Faktoren beeinflusst wird. Mögliche Einflüsse können sich durch Änderungen des Kapitalmarktzinses für Schuldverschreibungen mit vergleichbaren Laufzeiten ergeben. Geht der Kapitalmarkt ferner davon aus, dass Umstände eingetreten sind oder eintreten werden, die in Bezug auf mindestens einen der Referenzschuldner ein Kreditereignis darstellen können, wird der Marktpreis der Schuldverschreibungen wahrscheinlich gegen einen Wert tendieren, der der vom Kapitalmarkt eingeschätzten Bonität des betreffenden Referenzschuldners bzw. gegebenenfalls dessen erwarteter Insolvenzquote entspricht. Im ungünstigsten Fall kann dies zum fast vollständigen Verlust der in die Schuldverschreibungen investierten Mittel führen.

Bei Veräußerung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit kann der erzielte Verkaufspreis daher deutlich unterhalb des Nennbetrages liegen oder ein fast vollständiger Verlust der in die Schuldverschreibungen investierten Mittel eintreten.

9 Kreditrisiko

Die Schuldverschreibungen unterliegen neben dem Kreditrisiko der Emittentin auch dem Kreditrisiko des jeweiligen Referenzunternehmens. Jeder potentielle Käufer sollte daher über ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten sowie über den notwendigen Sachverstand in Bezug auf die Beurteilung von Kreditrisiken verfügen, die es ihm ermöglichen, die Vorteile, Risiken und die Eignung einer Investition in die Schuldverschreibungen angemessen zu bewerten.

10 Geschäftsverbindungen

Die Emittentin kann bereits bestehende oder zukünftige Geschäftsbeziehungen (einschließlich Beziehungen im Rahmen der Kreditvergabe, von Einlagegeschäften, des Risikomanagements, der Beratung und im Hinblick auf Bankgeschäfte) zu den jeweiligen Referenzunternehmen unterhalten und Maßnahmen ergreifen, die sie zum Schutz ihrer

daraus entstehenden Interessen ohne Berücksichtigung etwaiger Folgen für die Anleihegläubiger für notwendig und angemessen erachtet.

11 Hinweis für institutionelle Investoren

Institutionelle Investoren können bei der Investition in die Schuldverschreibungen rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Restriktionen unterliegen. Insbesondere sollten sie sich eigenverantwortlich darüber informieren, ob die Schuldverschreibungen einer von ihnen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zu bildenden besonderen Vermögensmasse zugeführt werden dürfen.

12 Beratung durch die Hausbank

Dieser unvollständige Verkaufsprospekt ersetzt nicht die vor der Kaufentscheidung in jedem Fall unerlässliche Beratung durch die Hausbank. Der Anleger darf daher nicht darauf vertrauen, dass dieser unvollständige Verkaufsprospekt alle für ihn wesentlichen Umstände enthält. Nur der Anlageberater oder Kundenbetreuer der Hausbank ist in der Lage, eine anlagegerechte, auf die Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Verhältnisse des Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung zu erbringen.

13 Wichtiger Hinweis für Privatkunden

Die Schuldverschreibungen könnten als Finanztermingeschäfte eingestuft werden. In diesem Fall sind die in § 37 d Absatz 1 Wertpapierhandelsgesetz genannten Unternehmen verpflichtet, ihre Vertragspartner über näher bestimmte Risiken durch eine separate Unterrichtungsschrift zu informieren und diese vom Vertragspartner unterschreiben zu lassen. Jeder Anleger sollte sich von seinem Anlageberater oder Kundenbetreuer der Hausbank ausführlich informieren lassen.

Besteuerung

Die Informationen im nachfolgenden Abschnitt „Besteuerung“ sind nicht als steuerliche Beratung zu verstehen und beschreiben nicht alle möglichen steuerlichen Überlegungen, die für einen Kaufinteressenten von Bedeutung sein können. Die Ausführungen basieren auf den Steuergesetzen zur derzeitigen Rechtslage. Diese können sich jederzeit ändern, auch mit rückwirkendem Effekt. Potentielle Anleger werden auf Ziffer 8 der Anleihebedingungen (Steuern) hingewiesen. Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

POTENTIELLEN ANLEGERN WIRD DAHER GERATEN, IHREN EIGENEN STEUERLICHEN BERATER ÜBER DIE KONSEQUENZEN IN IHREM ANSÄSSIGKEITSSTAAT ZU KONSULTIEREN, DIE AUS DEM KAUF UND DEM HALTEN DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN FOLGEN.

1 Einkommensteuer

1.1 Steuerinländer

1.1.1 Zinserträge

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen an Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind (einschließlich Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Verwaltungssitz, rechtlicher Sitz oder Betriebsstätte in der Bundesrepublik Deutschland belegen ist), werden der deutschen Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer und, wenn die Schuldverschreibungen in einem Betriebsvermögen gehalten werden, der Gewerbesteuer unterworfen.

Wenn die Schuldverschreibungen von einer natürlichen Person im Privatvermögen gehalten werden, sind Zinserträge aus den Schuldverschreibungen mit dem individuellen Steuersatz zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % zuzüglich eventueller Kirchensteuer zu versteuern. Es existiert ein Sparer-Freibetrag in Höhe von EUR 1.370 (EUR 2.740 für Ehegatten, die zusammen veranlagt werden) für alle Einkünfte aus Kapitalvermögen. Weiterhin ist bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen, sofern nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden, ein Pauschalbetrag von EUR 51 (EUR 102 für Ehegatten, die zusammen veranlagt werden) abzuziehen.

Wenn die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen gehalten werden, unterliegen die hieraus resultierenden Zinszahlungen sowohl der Einkommen- als auch der Gewerbesteuer. Der Gewerbesteuersatz beträgt abhängig von dem Gewerbesteuerhebesatz der jeweiligen Gemeinde in der Regel zwischen 12 % und 20 %.

Wenn die Schuldverschreibungen von einer Körperschaft gehalten werden, sind die Zinserträge aus den Schuldverschreibungen mit einem Körperschaftsteuersatz von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer zu versteuern.

Wenn die Schuldverschreibungen in einem inländischen Wertpapierdepot eines deutschen Kreditinstituts einschließlich einer inländischen Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts, aber ausschließlich einer ausländischen Zweigstelle eines inländischen Kreditinstituts verwahrt oder verwaltet werden, wird eine Zinsabschlagsteuer von 30 % zuzüglich des Solidaritätszuschlags 5,5 % hierauf, insgesamt also ein Abzug von 31,65 %, auf die Zinszahlung erhoben. Die Zinsabschlagsteuer und der Solidaritätszuschlag werden später in der Veranlagung als Vorauszahlung auf die persönliche Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag angerechnet.

1.1.2 Stückzinsen

Wenn ein Investor eine Schuldverschreibung während einer laufenden Zinsperiode veräußert, unterliegt das Entgelt für die auf den Zeitraum bis zur Veräußerung der Schuldverschreibung entfallenden Zinsen des laufenden Zinszahlungszeitraums, sog. Stückzinsen, der Einkommensteuer oder der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf sowie der Gewerbesteuer, falls die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen gehalten werden. Die Zinsabschlagsteuer beträgt 30 % zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf, insgesamt also 31,65 %.

1.1.3 Veräußerungsgeschäfte

Wird die Schuldverschreibung im Privatvermögen gehalten und weist der Inhaber der Schuldverschreibung die Emissionsrendite nach, sind Einnahmen aus der Veräußerung der Schuldverschreibung, soweit sie über die auf die Besitzzeit entfallende Emissionsrendite hinausgehen, als Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften zu behandeln, falls der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung der Schuldverschreibungen nicht mehr als ein Jahr beträgt. Diese privaten Veräußerungsgewinne bleiben steuerfrei, wenn der aus den privaten Veräußerungsgeschäften erzielte Gesamtgewinn weniger als EUR 512 betragen hat. Beträgt in oben genannten Fällen der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung der Schuldverschreibungen mehr als ein Jahr, sind die entsprechenden Einkünfte steuerfrei.

Wenn die Schuldverschreibungen vor dem Andienungstermin und vor Eintritt eines Kreditereignisses verkauft oder abgetreten und die Stückzinsen nicht separat vergütet werden, werden Gewinne aus der Veräußerung oder Rückgabe der Schuldverschreibungen der deutschen Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer und, wenn die Schuldverschreibungen in einem Betriebsvermögen gehalten werden, der Gewerbesteuer unterworfen. Die Bemessungsgrundlage errechnet sich als die Differenz von Anschaffungskosten und Veräußerungspreis, wenn der Inhaber der Schuldverschreibungen die Emissionsrendite nicht nachweisen will oder sie in einem Betriebsvermögen gehalten werden.

Ein am Andienungstermin oder bei Eintritt eines Kreditereignisses durch Ausübung des Wahlrechts der Emittentin entstehender Wertverlust kann im Privatvermögen unter gewissen Umständen vom Anleger durch Ansatz der Marktrendite als negative Einnahme angesetzt werden. Dies gilt auch für einen durch Veräußerung vor dem Andienungstermin bzw. vor Eintritt eines Kreditereignisses entstehenden Verlust. Im Betriebsvermögen können durch vorzeitige Veräußerung oder Ausübung des Wahlrechtes entstehende Verluste steuerlich angesetzt werden.

Zu der Frage des Beginns der Spekulationsfrist sowie der Bestimmung der Anschaffungskosten der Lieferbaren Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens hat die Finanzverwaltung bisher noch nicht explizit Stellung genommen. Lediglich im Fall von Equity-Linked- und Umtauschanleihen vertritt die Finanzverwaltung die Auffassung (Schreiben vom 27. November 2001 IV C 3 – S 2256 – 265/01), dass die Andienung bzw. der Tausch der Anleihe in Aktien im Zeitpunkt der Einlösung als Anschaffungsvorgang i.S.d. § 23 EStG zu qualifizieren ist mit der Folge, dass eine neue einjährige Spekulationsfrist für die erhaltenen Aktien zu laufen beginnt. Ob die Finanzverwaltung diese Auffassung auch hinsichtlich der vorliegenden Schuldverschreibungen vertritt, ist jedoch offen. Ungeklärt ist damit, ob die Lieferbaren Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens bereits zum Zeitpunkt des Erwerbs der Schuldverschreibungen oder – analog zu Equity-Linked- und Umtauschanleihen - erst am Andienungstermin als angeschafft gelten.

Werden die Schuldverschreibungen vor dem Andienungstermin bzw. vor Eintritt eines Kreditereignisses veräußert, wird üblicherweise eine zusätzliche Besteuerung angewendet. Die positive Differenz aus vom Inhaber der Schuldverschreibungen gezahlten Anschaffungskosten und Veräußerungspreis wird zusätzlich der Zinsabschlagsteuer von 30 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % hierauf unterworfen. Wenn allerdings die Schuldverschreibungen beispielsweise nach einem Wertpapierdepotwechsel zu einer anderen Bank verkauft oder zurückgegeben werden, wird der Unterschiedsbetrag als Bemessungsgrundlage für Zinsabschlagsteuer und Solidaritätszuschlag durch eine Pauschale von 30 % des Verkaufspreises oder Rückgabepreises ersetzt. Diese pauschale Besteuerung ist nicht endgültig. Sie wird im Rahmen der Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaft- und Gewerbesteuer geändert, wobei die besitzzeitanteilige Emissionsrendite oder der Unterschiedsbetrag von Anschaffungskosten und Veräußerungspreis als Bemessungsgrundlage angewendet wird.

1.2 Steuerausländer

Personen, die nicht steuerlich in Deutschland ansässig sind, sind im allgemeinen von der deutschen Zinsabschlagsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. Stehen die Zinsen aus den Schuldverschreibungen, die in einem Wertpapierdepot im Inland verwahrt oder verwaltet werden, nach deutschem Steuerrecht effektiv mit einem deutschen Gewerbe oder einer sonst die beschränkte Steuerpflicht begründenden Tätigkeit eines Steuerausländers in Verbindung, wird die Zinsabschlagsteuer in Höhe von 30 % zzgl. Solidaritätszuschlag erhoben und kann auf die deutsche Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuerschuld des Steuerausländers angerechnet werden.

2 Erbschaft- und Schenkungssteuer

Nach deutschem Recht wird Erbschaft- bzw. Schenkungssteuer grundsätzlich nach dem Marktwert zum Zeitpunkt des steuerlichen Ereignisses ermittelt, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes, der Schenker zur Zeit der Ausführung der Schenkung oder der Erwerber zur Zeit der Entstehung der Steuerinländer sind. Als Steuerinländer gelten u.a. natürliche Personen, die in Deutschland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und deutsche Staatsangehörige, die sich nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten haben, ohne in Deutschland einen Wohnsitz zu haben.

3 Vermögensteuer/ Gewerbekapitalsteuer

Die Vermögensteuer wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1997 ausgesetzt. Die Gewerbekapitalsteuer wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1998 abgeschafft. Es ist jedoch zu erwähnen, dass es nach wie vor auf politischer Ebene Diskussionen gibt, die Vermögensteuer wieder einzuführen sowie die Gewerbesteuer zu reformieren.

4 Andere deutsche Steuern

Zur Zeit existieren keine weiteren Steuern bezüglich des Kaufs oder der Übertragung der Schuldverschreibungen. Vermögensteuer wird zur Zeit nicht erhoben.

5 Geplante Änderungen des deutschen Steuerrechts

Die Bundesregierung plant, eine pauschale Quellensteuer auf Zinserträge in Höhe von 25% oder 35% einzuführen. Diese Quellensteuer soll abgeltenden Charakter haben. Zinserträge unterlägen nicht mehr den individuellen Sätzen der Einkommensteuer. Zum Schutz von Anlegern mit einem individuellen Einkommensteuersatz von weniger als 25% / 35% soll diesen Anlegern jedoch die Möglichkeit einer Steuerveranlagung gegeben werden, so dass die Zinserträge mit dem geringeren individuellen Steuersatz versteuert würden. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei lediglich um eine

vorläufige Willenserklärung der Bundesregierung handelt. Es ist beabsichtigt, diese Abgeltungssteuer mit Wirkung vom 1. Januar 2005 einzuführen.

6 EU-Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften

Am 3. Juni 2003 hat sich der „ECOFIN-Rat“ der Europäischen Union (der „Rat“) auf den endgültigen Wortlaut der Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften geeinigt, mit dem der bisherige Entwurf über eine derartige Besteuerung vom 13. Dezember 2001 zwar in einigen Bereichen geändert wird, der mit dem bisherigen Entwurf aber größtenteils übereinstimmt. Aufgrund der Vereinbarung werden alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Österreich, Luxemburg und Belgien nach In-Kraft-Treten der Richtlinie am 1. Januar 2005 ein automatisches Informationssystem über grenzüberschreitende Zinszahlungen in der EU einführen, die an natürliche Personen geleistet werden.

Österreich, Luxemburg und Belgien dürfen statt des Informationsaustausches eine Quellensteuer auf diese Zahlungen erheben. Die Höhe der Quellensteuer beläuft sich zunächst auf 15 % und wird bis 2011 sukzessive auf 35 % steigen. 75 % des Erlöses aus dieser Quellensteuer auf Zinsen werden von Österreich, Belgien und Luxemburg an die Länder abgeführt, in denen die natürlichen Personen ihren Wohnsitz haben. Die Vereinbarung vom 3. Juni 2003 verpflichtet Österreich, Luxemburg und Belgien nicht unbedingt, nach 2011 zu einem automatischen Informationsaustausch überzugehen, sondern macht dies davon abhängig, dass der Rat einstimmig beschließt, mit der Schweiz, Monaco, Liechtenstein, Andorra, San Marino und den assoziierten Gebieten der EU-Mitgliedstaaten zufriedenstellende Vereinbarungen über einen Informationsaustausch abzuschließen.

Verkaufsbeschränkungen

Alle in dem nachfolgenden Abschnitt nicht näher definierten großgeschriebenen Begriffe haben die ihnen in den Anleihebedingungen zugewiesene Bedeutung.

1 Bundesrepublik Deutschland

Der Manager hat sich verpflichtet, die Vorschriften, welche die Begebung, den Verkauf und das Angebot von Wertpapieren in der Bundesrepublik Deutschland regeln, zu beachten und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland die Schuldverschreibungen nicht im Sinne der Vorschriften über das Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften oder ähnlichen Geschäften anzubieten.

2 Vereinigtes Königreich

Der Manager hat zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass:

- 2.1 er Personen im Vereinigten Königreich keine Schuldverschreibungen angeboten oder verkauft hat bzw. vor dem Ablauf einer Frist von sechs Monaten ab dem Ausgabedatum der Schuldverschreibungen anbieten oder verkaufen wird, es sei denn, es handelt sich um Personen, die im Rahmen ihrer gewöhnlichen Tätigkeit zu Geschäftszwecken mit dem Erwerb, dem Besitz und der Verwaltung von Finanzanlagen (*investments*) befasst sind oder im Rahmen ihrer gewöhnlichen Tätigkeit über solche verfügen (sei es im eigenen oder fremden Namen), oder es liegen sonstige Umstände vor, die im Vereinigten Königreich nicht zu einem öffentlichen Angebot im Sinne der Public Offers of Securities Regulations aus dem Jahr 1995 geführt haben bzw. führen werden;
- 2.2 er nur solche Aufforderungen und Veranlassungen zur Aufnahme einer Anlagetätigkeit (Investment Activity im Sinne von § 21 des Financial Services and Markets Act 2000 (der „**FSMA**“)) weitergegeben oder deren Weitergabe veranlasst hat bzw. weitergeben oder deren Weitergabe veranlassen wird, die bei ihm in Verbindung mit der Ausgabe oder dem Verkauf von Schuldverschreibungen unter Umständen eingegangen sind, unter denen Section 21(1) des FSMA auf die Emittentin keine Anwendung findet;
- 2.3 er bezüglich jeglicher seiner Handlungen in Verbindung mit den Schuldverschreibungen im oder aus dem Vereinigten Königreich, oder die das Vereinigte Königreich in einer sonstigen Weise betreffen, die geltenden Bestimmungen des FSMA befolgt hat bzw. befolgen wird.

3 Vereinigte Staaten

Die Schuldverschreibungen sind nicht und werden nicht gemäß dem Securities Act von 1933 (der „**Securities Act**“) registriert und dürfen nicht in den Vereinigten Staaten oder U.S. Personen angeboten oder verkauft werden, es sei denn, dies erfolgt im Einklang mit der auf Grundlage des Securities Act ergangenen Regulation S oder falls die Voraussetzungen einer Befreiung von den Registrierungspflichten des Securities Act vorliegen. Der Manager hat zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass er die Schuldverschreibungen innerhalb der USA abweichend von den Vorschriften der Rule 903 der Regulation S des Securities Act oder einer von der Registrierungspflicht befreienden Vorschrift nicht angeboten oder verkauft hat bzw. anbieten oder verkaufen wird.

Außerdem dürfen die Schuldverschreibungen unter U.S. Treas. Reg. § 1.163-5(c)(2)(i)(C) (die „**C Rules**“) in Verbindung mit ihrer Erstausgabe ausschließlich außerhalb der USA und ihrer Territorien ausgegeben und geliefert werden. Der Manager hat zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass er Schuldverschreibungen in Verbindung mit ihrer Erstausgabe in den Vereinigten Staaten nicht angeboten, verkauft oder geliefert hat bzw. anbieten, verkaufen

oder liefern wird. Weiterhin hat der Manager im Hinblick auf die Erstausgabe der Schuldverschreibungen zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass er, sofern sein Sitz in den Vereinigten Staaten oder in einem Territorium der Vereinigten Staaten liegt, weder direkt noch indirekt mit einem möglichen Erwerber der Schuldverschreibungen in Kontakt getreten ist bzw. wird, noch eine seiner Filialen in den Vereinigten Staaten oder einem Territorium der Vereinigten Staaten in das Angebot oder den Verkauf der Schuldverschreibungen einbeziehen wird.

4 Andere Rechtsordnungen

Der Manager und die Emittentin haben zugesichert bzw. sich verpflichtet, dass sie in Ländern, in denen der Verkauf oder Vertrieb der Schuldverschreibungen rechtlichen Beschränkungen unterworfen ist, den Verkauf oder Vertrieb der Schuldverschreibungen unter Beachtung dieser Beschränkungen durchgeführt haben bzw. durchführen werden.

Anleihebedingungen

1 Definitionen

Andienung hat die in Ziffer 5.5 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Andienungsbetrag bezeichnet den ausstehenden Nominalbetrag eines Lieferbaren Wertpapiers oder den kumulierten Nominalbetrag mehrerer Lieferbarer Wertpapiere am Bewertungstag (ausschließlich etwaiger aufgelaufener, aber noch nicht ausgezahlter Zinsen), der entweder dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung entspricht oder ihm möglichst nahe kommt. Sind die jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere nicht in [●] denominated, ist der [●]-Gegenwert zum [●]-FiXing am Bewertungstag zu bestimmen. Das [●]-FiXing wird, als ein in [●] ausgedrückter Kassa-Mittelkurs derzeit auf der Reuters Seite „[●]“ um [●] Uhr am Sitz der Berechnungsstelle veröffentlicht. Wird an dem maßgeblichen Bankarbeitstag kein solches [●]-FiXing festgestellt, wird die Emittentin an dem Bewertungstag aufgrund von Angeboten von mindestens zwei im Devisenhandel führenden Banken in Frankfurt am Main einen Mittelkurs (Durchschnitt zwischen Geld- und Briefkursen) für die betreffende Währung berechnen.

Besteht unter einem Lieferbaren Wertpapier im Falle des Eintritts oder Nichteintritts einer Bedingung die Verpflichtung, einen höheren als den ausstehenden Nominalbetrag zu zahlen, so ist die Differenz zum ausstehenden Nominalbetrag bei der Anrechnung auf den Nennbetrag einer Schuldverschreibung nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes nicht in Ansatz zu bringen.

„**Andienungsersatzbetrag**“ bezeichnet einen Betrag in [●] je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit am Bewertungstag, ausgedrückt als Prozentsatz, ergibt.

Wenn das jeweilige Referenzunternehmen, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, ein oder mehrere Wertpapiere begeben hat, die an dem Bankarbeitstag vor der Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung nur deshalb keine Lieferbaren Wertpapiere sind, weil sie die unter der Definition „Lieferbare Wertpapiere Nr. 1 (f) und (g)“ beschriebene Voraussetzung nicht erfüllen („**Beschränkt-Übertragbare Wertpapiere**“), berechnet die Emittentin den Andienungsersatzbetrag abweichend von der in vorstehendem Absatz beschriebenen Methode als einen Betrag in [●] je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert eines Beschränkt-Übertragbaren Wertpapiers am Bewertungstag, ausgedrückt als Prozentsatz, ergibt. In diesem Fall ist der Begriff „**Marktwert**“ sowie sämtliche Regelungen dieser Anleihebedingungen, die der Ermittlung des Marktwerts dienen, so zu lesen, dass „Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatzreferenzverbindlichkeit“ ersetzt ist durch Beschränkt-Übertragbares Wertpapier. Sollten an dem Bankarbeitstag vor der Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung mehrere von dem jeweiligen Referenzunternehmen emittierte Wertpapiere Beschränkt-Übertragbare Wertpapiere sein, legt die Emittentin das Beschränkt-Übertragbare Wertpapier mit dem niedrigsten Marktwert für die Berechnung des Andienungsersatzbetrags zugrunde.

Die Auszahlung des Andienungsersatzbetrages je Schuldverschreibung, erfolgt bis spätestens zum Andienungstermin über den Verwahrer bzw. über die depotführenden Banken zur Gutschrift auf den Konten der Anleihegläubiger gegen Ausbuchung der jeweiligen Depotguthaben für die Schuldverschreibungen. Die Emittentin ist verpflichtet, die Auszahlung des festgelegten Andienungsersatzbetrags je Schuldverschreibung sowie alle eingeholten Quotierungen und die exakte Berechnung des Andienungsbetrages gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.“

Andienungsmitteilung bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung der Emittentin, dass sie entweder eine Andienung vorzunehmen oder einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen beabsichtigt. Falls und insoweit die Emittentin eine Andienung Lieferbarer Wertpapiere beabsichtigt, muss die Mitteilung eine genaue Beschreibung des Typs der Lieferbaren Wertpapiere enthalten, welche die Emittentin den Anleihegläubigern andienen wird, einschließlich des ausstehenden Gesamtnominalbetrags dieser Lieferbaren Wertpapiere. Die Emittentin ist verpflichtet, eine Andienungsmitteilung innerhalb von 72 Kalendertagen nach der Veröffentlichung der jeweils späteren der betreffenden Kreditereignis-Mitteilung und der Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung nur einer der beiden letztgenannten Mitteilungen reicht nicht aus.

Andienungstermin ist der 40. Kalendertag nach Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung und falls dieser kein Bankarbeitstag ist, der nächstfolgende Bankarbeitstag.

Anleihe hat die in Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Anleihegläubiger bezeichnet den/die Inhaber der Schuldverschreibungen.

Ausgleichsbetrag bezeichnet die positive Differenz, ausgedrückt in [●], zwischen dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung und dem entsprechenden Andienungsbetrag, multipliziert mit dem Marktwert am Bewertungstag der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit, ausgedrückt als Prozentsatz. Die Auszahlung des Ausgleichsbetrages je Schuldverschreibung, erfolgt bis spätestens zum Ausgleichsbetragszahlungstermin über den Verwahrer bzw. über die depotführenden Banken zur Gutschrift auf den Konten der Anleihegläubiger.

Ausgleichsbetragszahlungstermin entspricht dem Andienungstermin.

Bankarbeitstag bezeichnet jeden Tag, an dem die Banken und das Abrechnungssystem des Verwahrers am Erfüllungsort gemäß Ziffer 15.3 dieser Anleihebedingungen geöffnet sind.

Berechnungsstelle bezeichnet die Emittentin.

Beste Verfügbare Informationen („Best Available Information“) bezeichnen

- (a) falls (i) ein Referenzunternehmen Informationen, die nicht-konsolidierte pro-forma Finanzausweise einschließen, die von der Annahme ausgehen, dass das maßgebliche Nachfolgeereignis eingetreten ist, bei den für es primär zuständigen Wertpapieraufsichtsbehörden oder Wertpapierbörsen einreicht oder seinen Aktionären, Gläubigern oder anderen Personen, deren Zustimmung für ein Nachfolgeereignis notwendig ist, zur Verfügung stellt; diese nicht-konsolidierten pro-forma Finanzausweise, und (ii) falls Informationen nach diesen nicht-konsolidierten pro-forma Finanzausweisen, aber vor der Bestimmung des Nachfolgeunternehmens durch die Emittentin, zur Verfügung gestellt werden, jede andere schriftliche Information, die das jeweilige Referenzunternehmen bei den für es primär zuständigen Wertpapieraufsichtsbehörden oder Wertpapierbörsen einreicht oder seinen Aktionären, Gläubigern oder anderen Personen, deren Zustimmung für ein Nachfolgeereignis notwendig ist, zur Verfügung stellt; oder
- (b) falls ein Referenzunternehmen keine vorstehend beschriebenen Informationen bei den für es primär zuständigen Wertpapieraufsichtsbehörden oder Wertpapierbörsen einreicht oder seinen Aktionären, Gläubigern oder anderen Personen, deren Zustimmung für ein Nachfolgeereignis notwendig ist, zur Verfügung stellt, diejenigen

der Emittentin zur Verfügung stehenden Informationen, die sie in die Lage zu versetzen, ein Nachfolgeunternehmen zu bestimmen.

Informationen, die erst später als 14 Kalendertage nach dem Tag des rechtsverbindlichen In-Kraft-Tretens des Nachfolgeereignisses verfügbar sind, gelten nicht als Beste Verfügbare Informationen.

Bewertungstag ist der 5. Bankarbeitstag nach Veröffentlichung der Andienungsmitteilung.

Depotbank bezeichnet jedes Kreditinstitut oder sonstige Unternehmen, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrgeschäft zu betreiben und bei dem der Anleihegläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält und das ein Konto bei dem Verwahrer unterhält, einschließlich des Verwahrers.

Dividendenpapiere („Equity Securities“) bezeichnet:

- (a) im Falle einer Wandelanleihe, Dividendenpapiere (einschließlich Options- und Bezugsrechte) des jeweiligen Schuldners einer solchen Wandelanleihe oder Depothinterlegungsscheine, die solche Dividendenpapiere des Schuldners einer solchen Wandelanleihe verkörpern (*depository receipts*), zusammen mit sonstigen Vermögenswerten, die von Zeit zu Zeit an die Inhaber solcher Dividendenpapiere ausgegeben oder den Inhabern solcher Dividendenpapiere zur Verfügung gestellt werden;
- (b) im Falle einer Umtauschanleihe, Dividendenpapiere (einschließlich Options- und Bezugsrechte) einer Kapitalgesellschaft, die nicht mit dem jeweiligen Schuldner der Umtauschanleihe identisch ist, oder Depothinterlegungsscheine, die solche Dividendenpapiere einer Kapitalgesellschaft, die nicht mit dem jeweiligen Schuldner der Umtauschanleihe identisch ist, verkörpern (*depository receipts*), zusammen mit sonstigen Vermögenswerten, die von Zeit zu Zeit an die Inhaber solcher Dividendenpapiere ausgegeben oder den Inhabern solcher Dividendenpapiere zur Verfügung gestellt werden.

Emittentin bezeichnet die Landesbank Baden-Württemberg oder den gemäß Ziffer 14 dieser Anleihebedingungen gegebenenfalls an ihre Stelle tretenden Ersatzschuldner.

Emissionswährung ist [●].

Endfälligkeitstag bezeichnet den [●].

Ersatzbetrag bezeichnet einen Betrag in Höhe von 1% des Nennbetrags einer Schuldverschreibung.

Ersatz-Referenzverbindlichkeit („Substitute Reference Obligation“) bezeichnet eine an die Stelle einer Referenzverbindlichkeit tretende Verpflichtung, die von der Emittentin bestimmt werden kann, sofern eine Referenzverbindlichkeit vor dem Endfälligkeitstag der Schuldverschreibungen vollständig zurückgezahlt wird oder nach Ansicht der Emittentin

- (a) die unter der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit geschuldeten Beträge vor dem Endfälligkeitstag der Schuldverschreibungen durch außerplanmäßige Rückzahlung oder auf andere Weise wesentlich verringert werden, oder
- (b) die maßgebliche Referenzverbindlichkeit vor dem Endfälligkeitstag eine Qualifizierte Garantie eines Referenzunternehmens ist und die rechtlichen Wirkungen und die Durchsetzbarkeit dieser Qualifizierten Garantie auf andere Weise als durch das Bestehen oder den Eintritt eines Kreditereignisses entfällt, oder
- (c) ein Referenzunternehmen vor dem Endfälligkeitstag der Schuldverschreibungen die Referenzverbindlichkeit aus einem anderen Grund als durch den Eintritt eines Kreditereignisses nicht mehr schuldet.

Die Ersatz-Referenzverbindlichkeit muss ein Inhaberpapier sein, das

- (a) vor oder nach dem Valutierungstag der Anleihe begeben wurde bzw. wird,
- (b) mit der jeweiligen Referenzverbindlichkeit gleichrangig ist oder, falls eine solche gleichrangige Ersatz-Referenzverbindlichkeit nicht existiert, eine gegenüber der jeweiligen Referenzverbindlichkeit höherrangige Ersatz-Referenzverbindlichkeit, und
- (c) eine Verpflichtung des jeweiligen Referenzunternehmens (entweder direkt oder als eine auf Zahlung gerichtete Qualifizierte Garantie) ist.

Die Emittentin ist verpflichtet, die Ersetzung der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit durch eine Ersatz-Referenzverbindlichkeit gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Ersatzschuldner hat die in Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Euro bezeichnet die Währung, die am 1. Januar 1999 aufgrund des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, ergänzt durch den Vertrag über die Europäische Union, eingeführt wurde.

Euro-Vorgänger-Währungen bezeichnet die Währungen der Mitglieder der Europäischen Union, die am 1. Januar 2002 durch den Euro ersetzt wurden oder zukünftig ersetzt werden.

Garantin hat die in Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Gewichtete Durchschnittsquotierung („Weighted Average Quotation“) bezeichnet den unter Beachtung der Quotierungsmethode ermittelten gewichteten Durchschnitt der verbindlichen Quotierungen, die von Händlern um ca. 11:00 Uhr am Sitz der Berechnungsstelle (soweit vernünftigerweise praktikabel) eingeholt werden, und zwar jeweils für den Betrag einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit, der jeweils so hoch wie möglich, aber geringer als der Quotierungsbetrag ist (aber gleich dem Mindestquotierungsbetrag oder, sollte es keine Quotierung in gleicher Höhe des Mindestquotierungsbetrags geben, Quotierungen, die dem Mindestquotierungsbetrag so nahe wie möglich kommen) und deren Gesamtbetrag gleich oder größer als 20 % des Quotierungsbetrages ist.

Globalurkunde hat die in Ziffer 2.2 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Händler („Dealer“) bezeichnet einen Händler (der nicht bei der Emittentin oder einem verbundenen Unternehmen der Emittentin beschäftigt ist), der eine Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit, für die Quotierungen eingeholt werden, handelt.

Insolvenz („Bankruptcy“) liegt vor, wenn

- (a) ein Referenzunternehmen aufgelöst wird (es sei denn, dies beruht auf einer Konsolidierung, Vermögensübertragung oder Verschmelzung);
- (b) ein Referenzunternehmen zahlungsunfähig oder überschuldet ist oder die Zahlungsunfähigkeit in einem gerichtlichen, aufsichtsbehördlichen oder sonstigen administrativen Verfahren schriftlich eingesteht;
- (c) ein Referenzunternehmen eine Übertragung seines gesamten Vermögens oder eine sonstige Vereinbarung oder einen Vergleich in Bezug auf sein gesamtes Vermögen mit seinen oder zugunsten seiner Gläubiger vereinbart;
- (d) bezüglich eines Referenzunternehmens ein Verfahren zur Insolvenz- oder Konkursfeststellung oder ein vergleichbares Verfahren bezüglich eines sonstigen, die Rechte der Gläubiger betreffenden Rechts eingeleitet ein Antrag auf Abwicklung oder Liquidation gestellt wird und in diesen Fällen
 - (i) dies entweder zu einer Insolvenz- oder Konkursfeststellung, dem Erlass einer Rechtsschutzanordnung oder der Anordnung der Abwicklung oder der Liquidation führt, oder

- (ii) das Verfahren oder der Antrag nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eröffnung oder Antragstellung abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird;
- (e) ein Referenzunternehmen einen Beschluss zum Zwecke seiner Abwicklung, Liquidation oder seiner Unterstellung unter einen Treuhänder, Insolvenzverwalter oder Sachwalter fasst, es sei denn, dies beruht auf einer Vermögensübertragung oder Verschmelzung;
- (f) ein Referenzunternehmen die Bestellung eines Verwalters, vorläufigen Liquidators, Konservators, Zwangsverwalters, Treuhänders, Verwahrers oder einer anderen Person mit vergleichbarer Funktion für sich oder seine gesamten oder wesentlichen Teile seiner Vermögensgegenstände beantragt oder einer solchen unterstellt wird;
- (g) eine besicherte Partei alle oder einen wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände eines Referenzunternehmens in Besitz nimmt oder hinsichtlich aller oder einem wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände eines Referenzunternehmens eine Beschlagnahme, Pfändung, Sequestration oder ein anderes rechtliches Verfahren eingeleitet, durchgeführt oder vollstreckt wird und nicht innerhalb von 30 Kalendertagen danach der Besicherte den Besitz verliert oder ein solches Verfahren abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird;
- (h) ein auf ein Referenzunternehmen bezogenes Ereignis eintritt, welches nach den anwendbaren Vorschriften jedweder Rechtsordnung eine den in (a) bis (g) (einschließlich) genannten Fällen vergleichbare Wirkung hat.

Kreditereignis („Credit Event“) bezeichnet Insolvenz, Nichtzahlung oder Schuldenrestrukturierung. Sofern die übrigen Voraussetzungen für den Eintritt eines Kreditereignisses vorliegen, ist der Eintritt eines Kreditereignisses unabhängig davon, ob ein Kreditereignis direkt oder indirekt entsteht oder einer Einwendung unterliegt, die beruht auf

- (a) einem Mangel oder behaupteten Mangel an der Befugnis oder der Fähigkeit eines Referenzunternehmens, eine Verbindlichkeit einzugehen oder eines Dritten, eine Zugrundeliegende Verpflichtung einzugehen;
- (b) einer tatsächlichen oder behaupteten Nichtdurchsetzbarkeit, Ungesetzlichkeit, Unmöglichkeit oder Unwirksamkeit einer Verbindlichkeit oder, sofern maßgeblich, einer Zugrundeliegenden Verpflichtung;
- (c) der Anwendung oder Interpretation eines Gesetzes, einer Anordnung oder einer Regelung durch ein Gericht, ein Tribunal, eine Aufsichtsbehörde oder ein vergleichbares Verwaltungs- oder Gerichtsorgan, dessen Zuständigkeit aufgrund eines Gesetzes, einer Anordnung, eines Erlasses, einer Regelung oder einer Bekanntmachung gegeben ist oder zu sein scheint; oder
- (d) der Verhängung oder Änderung von Devisenkontrollbestimmungen, Kapitalbeschränkungen oder gleichartigen Beschränkungen, die von einer Währungs- oder sonstigen Behörde vorgenommen werden.

Kreditereignis-Mitteilung („Credit Event Notice“) bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung der Emittentin an die Anleihegläubiger, in der ein Kreditereignis beschrieben wird, welches an oder nach dem Valutierungstag und vor dem Endfälligkeitstag eingetreten ist. Die Emittentin ist verpflichtet, eine Kreditereignis-Mitteilung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Lieferbare Wertpapiere

- (1) bezeichnen jede Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit sowie jede auch zukünftige oder bedingte Verpflichtung des jeweiligen Referenzunternehmens,
 - (a) die auf die Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus Schuldverschreibungen gerichtet ist;
 - (b) die im Hinblick auf die Rangfolge der Zahlungsverpflichtung mindestens im gleichen Rang mit einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit des jeweiligen Referenzunternehmens steht;
 - (c) die in der gesetzlichen Währung der Vereinigten Staaten von Amerika oder Kanadas oder Japans oder des Vereinigten Königreichs oder der Schweiz oder in Euro oder einer Euro-Vorgänger-Währung denominiert ist;
 - (d) deren Kapitalrück- und/oder Zinszahlungen nicht infolge des Eintritts oder Nichteintritts einer Bedingung reduziert werden können;
 - (e) die ein börsennotiertes Inhaberpapier ist, dessen Lieferung und Zahlungen über international anerkannte Clearingsysteme abgewickelt werden;
 - (f) deren Stückelung kleiner oder gleich dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung ist;
 - (g) die ohne vertragliche, gesetzliche oder aufsichtliche Beschränkung an private Investoren in der Bundesrepublik Deutschland übertragbar sind (keine Beschränkungen in diesem Sinne sind solche, die zur Herbeiführung der Zulässigkeit des Vertriebs nach Maßgabe der Rule 144A oder Regulation S unter dem United States Securities Act von 1933 bestehen oder entsprechende Verkaufsbeschränkungen unter dem Recht eines sonstigen anderen Staates als der Bundesrepublik Deutschland);
 - (h) deren verbleibende Laufzeit, beginnend mit dem Andienungstermin, 30 Jahre nicht übersteigt; und
 - (i) die am Andienungstermin und jederzeit danach einen offenen Kapitalsaldo aufweist. Weiterhin sind Wandelanleihen, Umtauschanleihen oder Zuwachsanleihen Lieferbare Wertpapiere, wenn bis zum Andienungstermin (einschließlich), (i) das Recht, das Lieferbare Wertpapier zu wandeln oder umzutauschen oder (ii) von dem jeweiligen Referenzunternehmen zu verlangen, das Lieferbare Wertpapier zu kaufen oder zurückzuzahlen (falls das jeweilige Referenzunternehmen von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, den Kauf- oder Rückzahlungspreis insgesamt oder teilweise in Dividendenpapieren zu zahlen), bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der maßgeblichen Andienungsmitteilung noch nicht ausgeübt worden ist (oder die Ausübung eines solchen Rechts wirksam wieder aufgehoben wurde).
- (2) Falls die Emittentin eine Andienung von Lieferbaren Wertpapieren in Form von Wandelanleihen, Umtauschanleihen oder Zuwachsanleihen vorzunehmen beabsichtigt, gelten in Bezug auf diese Lieferbaren Wertpapiere abweichend von den ansonsten anwendbaren Bestimmungen die folgenden Regelungen:
 - (a) In Bezug auf eine Zuwachsanleihe bezeichnet „ausstehender Nominalbetrag“ den Zugewachsenen Betrag.

- (b) In Bezug auf eine Umtauschanleihe, die keine Zuwachsanleihe ist, schließt „ausstehender Nominalbetrag“ sämtliche Beträge aus, die nach den Bedingungen dieser Umtauschanleihe im Hinblick auf den Wert von Dividendenpapieren, in die eine solche Umtauschanleihe umtauschbar ist, möglicherweise zahlbar wären.
- (c) Sofern eine Quotierung, die als Prozentsatz des bei Fälligkeit zahlbaren Betrags ausgedrückt ist, für eine Zuwachsanleihe eingeholt wird, wird eine solche Quotierung zum Zwecke der Bestimmung des Marktwerts stattdessen als Prozentsatz des ausstehenden Nominalbetrages (wie in Absatz (a) definiert) ausgedrückt.

Manager ist die Landesbank Baden-Württemberg.

Marktwert („Market Value“) entspricht in Bezug auf die maßgebliche Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit am Bewertungstag:

- (a) falls mehr als drei Vollquotierungen eingeholt werden, dem arithmetischen Mittel dieser Vollquotierungen, wobei jeweils die höchste und niedrigste Vollquotierung außer Betracht bleibt (und, sollten mehrere Vollquotierungen denselben höchsten und niedrigsten Wert haben, bleibt jeweils eine dieser höchsten und niedrigsten Vollquotierungen außer Betracht);
- (b) falls exakt drei Vollquotierungen eingeholt werden, der nach Streichung der höchsten und niedrigsten Vollquotierung verbleibenden Vollquotierung (und, sofern mehr als eine Vollquotierung denselben höchsten oder niedrigsten Wert hat, bleibt einer dieser höchsten oder niedrigsten Werte außer Betracht);
- (c) falls exakt zwei Vollquotierungen eingeholt werden, dem arithmetischen Mittel dieser beiden Vollquotierungen;
- (d) falls weniger als zwei Vollquotierungen und eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt werden, dieser Gewichtete Durchschnittsquotierung;
- (e) falls innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nicht mindestens zwei Vollquotierungen und auch keine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen Bankarbeitstag innerhalb dieser Frist eingeholt werden, der Betrag, den die Berechnungsstelle am nächstfolgenden Bankarbeitstag ermittelt, an dem mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt werden können; und
- (f) falls innerhalb von weiteren fünf Bankarbeitstagen nicht mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen Bankarbeitstag innerhalb dieser Frist eingeholt werden, die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist eingeholte einzelne Vollquotierung oder, falls keine Vollquotierung eingeholt werden kann, für den Teil des Quotierungsbetrages, für den eine solche Quotierung eingeholt werden kann, jede verbindliche Quotierung, die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist gestellt wird und null für den Teil des Quotierungsbetrages, für den keine verbindliche Quotierung eines Händlers eingeholt werden kann.

Mindestquotierungsbetrag („Minimum Quotation Amount“) bezeichnet, je nachdem welcher Betrag niedriger ist,

- (a) USD 1.000.000 (oder den Gegenwert in der Währung der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit) oder

- (b) den Quotierungsbetrag.

Mitteilungszeitraum („Notice Delivery Period“) bezeichnet den Zeitraum ab dem Valutierungstag (einschließlich) bis zu dem Endfälligkeitstag (ausschließlich) liegt.

Nachfolgeunternehmen („Successor“) in Bezug auf ein Referenzunternehmen ist oder sind der oder die Rechtsnachfolger, wie nachstehend bestimmt:

- (a) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt 75 % oder mehr der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens, ist dieser Rechtsnachfolger alleiniges Nachfolgeunternehmen;
- (b) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt mehr als 25 %, aber weniger als 75 % der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem jeweiligen Referenzunternehmen, ist der Rechtsnachfolger, der mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernimmt, alleiniges Nachfolgeunternehmen;
- (c) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses mehr als ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem jeweiligen Referenzunternehmen, so sind diejenigen Rechtsnachfolger, die mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernehmen, jeweils Nachfolgeunternehmen;
- (d) übernimmt aufgrund eines Nachfolgeereignisses mehr als ein Rechtsnachfolger direkt oder indirekt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten eines Referenzunternehmens und verbleiben gleichwohl mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem jeweiligen Referenzunternehmen, so sind diese Rechtsnachfolger sowie das jeweilige Referenzunternehmen jeweils Nachfolgeunternehmen;
- (e) übernehmen aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder indirekt Teile von Anleihen und Krediten eines Referenzunternehmens, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des jeweiligen Referenzunternehmens, und das jeweilige Referenzunternehmen besteht weiter, so gibt es kein Nachfolgeunternehmen;
- (f) übernehmen aufgrund eines Nachfolgeereignisses ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder indirekt Teile von Anleihen und Krediten eines Referenzunternehmens, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des jeweiligen Referenzunternehmens, und das jeweilige Referenzunternehmen hört auf zu existieren, so ist derjenige Rechtsnachfolger, der Schuldner des größten prozentualen Anteils der übernommenen Anleihen und Kredite des jeweiligen Referenzunternehmens geworden ist, das alleinige Nachfolgeunternehmen oder, wenn auf zwei oder mehrere Rechtsnachfolger der gleiche prozentuale Anteil an Anleihen und Krediten des jeweiligen Referenzunternehmens entfällt, dann gilt derjenige Rechtsnachfolger als alleiniges Nachfolgeunternehmen, der Schuldner des größten prozentualen Anteils der Verbindlichkeiten des jeweiligen Referenzunternehmens geworden ist.

Nachdem die Emittentin von einem entsprechenden Nachfolgeereignis Kenntnis erlangt hat, wird die Emittentin in angemessener Zeit (jedoch nicht früher als 14 Kalendertage nach dem Tag des rechtmäßigen In-Kraft-Tretens des Nachfolgeereignisses) bestimmen,

und zwar mit Wirkung ab dem Tag, an dem das Nachfolgeereignis in Kraft getreten ist, ob die in den Absätzen (a) bis (f) maßgeblichen Schwellenprozentsätze erreicht wurden bzw. welcher Rechtsnachfolger gemäß Absatz (f) als Nachfolgeunternehmen gilt. Die Emittentin wird im Rahmen der Berechnung der Prozentsätze zur Bestimmung, ob die oben aufgeführten maßgeblichen Schwellenprozentsätze erreicht worden sind bzw. welcher Rechtsnachfolger gemäß Absatz (f) als Nachfolgeunternehmen gilt, bezüglich jeder Relevanten Verbindlichkeit, die in diese Berechnung mit einfließt, die Höhe jeder Relevanten Verbindlichkeit zugrunde legen, die in den Beste Verfügbaren Informationen aufgeführt ist. Die Emittentin ist verpflichtet, ein Nachfolgeereignis gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Wurden ein oder mehrere Nachfolgeunternehmen für ein Referenzunternehmen bestimmt und hat keines dieser Nachfolgeunternehmen die maßgebliche Referenzverbindlichkeit übernommen, so wird die Emittentin eine Ersatz-Referenzverbindlichkeit bestimmen.

Nachfolgeereignis („Succession Event“) bezeichnet eine Fusion, Spaltung (entweder durch freiwilligen Tausch von Verbindlichkeiten oder in anderer Art und Weise), Zusammenlegung, Verschmelzung, Übertragung oder ein ähnliches ein Referenzunternehmen betreffendes Ereignis, unabhängig davon, ob es kraft Gesetzes oder vertraglicher Vereinbarungen eintritt.

Nachfrist („Grace Period“) bezeichnet:

- (a) vorbehaltlich nachstehendem Absatz (b) die nach den Bedingungen der maßgeblichen Verbindlichkeit für Zahlungen auf die maßgebliche Verbindlichkeit am Valutierungstag der Anleihe oder, falls später, im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der maßgeblichen Verbindlichkeit vereinbarte Zahlungsfrist;
- (b) sofern am Valutierungstag der Anleihe oder, falls später, im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der Verbindlichkeit nach den Bedingungen der maßgeblichen Verbindlichkeit keine Zahlungsfrist für Zahlungen auf die maßgebliche Verbindlichkeit vereinbart ist, oder nur eine Zahlungsfrist vereinbart ist, die kürzer als drei Nachfrist-Bankarbeitstage ist, eine Zahlungsfrist von drei Nachfrist-Bankarbeitstagen, vorausgesetzt jedoch, dass diese Nachfrist spätestens am Endfälligkeitstag der Anleihe endet.

Nachfrist-Bankarbeitstag („Grace Period Business Day“) ist jeder Tag, an dem die Banken an dem/den in den Bedingungen der maßgeblichen Verbindlichkeit genannten Finanzplatz/Finanzplätzen für Zahlungen einschließlich des Handels in Fremdwährungen und der Entgegennahme von Fremdwährungseinlagen geöffnet sind. Sofern sich in der maßgeblichen Verbindlichkeit keine Regelung findet, gilt der Finanzplatz der Verbindlichkeitenwährung als vereinbart

Nachrangigkeit („Subordination“) bezeichnet, bezogen auf das Verhältnis einer Verbindlichkeit (die „Nachrangige Verbindlichkeit“) zu einer anderen Verbindlichkeit (die „Vorrangige Verbindlichkeit“) eines Referenzunternehmens, eine vertragliche treuhänderische oder ähnlich Vereinbarung, die vorsieht, dass

- (a) infolge der Liquidation (*liquidation*), Auflösung (*dissolution*), Reorganisation (*reorganization*) oder Abwicklung (*winding-up*) eines Referenzunternehmens Forderungen der Gläubiger der Vorrangigen Verbindlichkeit vor den Forderungen der Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit erfüllt werden, oder
- (b) die Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit nicht berechtigt sind, Zahlungen in Bezug auf ihre Forderungen zu erhalten oder einzubehalten, solange ein Referenzunternehmen unter der Vorrangigen Verbindlichkeit in Zahlungsrückstand oder sonstigem Verzug ist. Für die Nachrangigkeit sind Rangfolgen, die sich kraft

Gesetzes oder aus Sicherheiten oder Kreditunterstützungen oder anderen Kreditverbesserungsmaßnahmen ergeben, nicht maßgeblich.

Nennbetrag bezeichnet den Nennbetrag einer Schuldverschreibung gemäß Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen.

Nichtzahlung („Failure to Pay“) liegt vor, wenn nach Ablauf der auf die betreffende Verbindlichkeit anwendbaren Nachfrist (nach Eintritt etwaiger aufschiebender Bedingungen für den Beginn einer solchen Nachfrist) ein Referenzunternehmen es unterlässt, Zahlungen bei Fälligkeit und am jeweiligen Erfüllungsort der jeweiligen Verbindlichkeit nach Maßgabe der für die jeweilige Verbindlichkeit zum Zeitpunkt der Nichtzahlung maßgeblichen Bedingungen zu leisten, deren Gesamtbetrag mindestens dem Zahlungserfordernis aus einer oder mehreren Verbindlichkeiten entspricht.

Öffentlich Zugängliche Informationen („Publicly Available Information“)

- (a) sind Informationen, welche die für die Feststellung des Eintritts des in der Kreditereignis-Mitteilung beschriebenen Kreditereignisses bedeutsamen Tatsachen hinreichend bestätigen und die
 - (i) in mindestens zwei Öffentlichen Informationsquellen veröffentlicht worden sind, unabhängig davon, ob ein Leser oder Benutzer dieser Öffentlichen Informationsquelle eine Gebühr dafür zu zahlen hat, dass er diese Informationen erhält; sofern jedoch die Emittentin oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen als einzige Quelle dieser Informationen bezeichnet wird, gelten sie nicht als Öffentlich Zugängliche Informationen, es sei denn, die Emittentin oder das mit ihr verbundene Unternehmen handelt in seiner Eigenschaft als Treuhänder (*Trustee*), Emissionsstelle (*Fiscal Agent*), Verwaltungsstelle, Clearingstelle oder Zahlstelle für eine Verbindlichkeit;
 - (ii) Informationen sind, die erhalten oder veröffentlicht worden sind von
 - (A) einem Referenzunternehmen oder
 - (B) einem Treuhänder, einer Emissionsstelle, einer Verwaltungsstelle, einer Clearingstelle oder einer Zahlstelle für eine Verbindlichkeit;
 - (iii) Informationen sind, die enthalten sind in einem Antrag oder einer Eingabe zur Einleitung eines unter Buchstabe (b) der Definition „Insolvenz“ in Ziffer 1 dieser Anleihebedingungen genannten Verfahrens gegen bzw. durch ein Referenzunternehmen; oder
 - (iv) Informationen sind, die enthalten sind in einer Anordnung, einem Dekret oder einer Mitteilung oder einem Antrag, unabhängig von der jeweiligen Bezeichnung, eines Gerichts, eines Tribunals, einer Aufsichtsbehörde, einer Wertpapierbörse oder einer vergleichbaren Verwaltungs-, Aufsichts- oder Justizbehörde.
- (b) Im Hinblick auf die in den Unterabschnitten (ii), (iii) und (iv) des vorangehenden Absatzes (a) beschriebenen Informationen ist die Emittentin berechtigt, davon auszugehen, dass die ihr offengelegten Informationen ohne Verstoß gegen etwaige gesetzliche Vorschriften oder vertragliche oder sonstige Vereinbarungen bezüglich der Vertraulichkeit der Informationen zur Verfügung gestellt worden sind und dass die Partei, die diese Informationen zur Verfügung gestellt hat, weder Schritte unternommen hat noch vertragliche oder sonstige Vereinbarungen mit einem Referenzunternehmen oder einem mit dem entsprechenden Referenzunternehmen verbundenen Unternehmen getroffen hat, gegen welche durch die Offenlegung

solcher Informationen verstoßen würde oder welche die Offenlegung solcher Informationen verhindern würde.

- (c) Es ist nicht erforderlich, dass die Öffentlich Zugänglichen Informationen bestätigen, dass ein Kreditereignis
 - (i) die Voraussetzungen eines Zahlungserfordernisses oder eines Schwellenbetrages erfüllt, oder
 - (ii) die subjektiven Voraussetzungen erfüllt, die in einzelnen Kreditereignissen spezifiziert sind.

Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung („Notice of Publicly Available Information“) bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung der Emittentin an die Anleihegläubiger, in der Öffentlich Zugängliche Informationen zitiert werden, durch die der Eintritt eines Kreditereignisses bestätigt wird, das in der Kreditereignis-Mitteilung beschrieben ist. Die Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung muss eine Kopie oder eine hinreichend detaillierte Beschreibung der betreffenden Öffentlich Zugänglichen Informationen enthalten. Sofern die Kreditereignis-Mitteilung Öffentlich Zugängliche Informationen zitiert, gilt die Kreditereignis-Mitteilung als Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung. Die Emittentin ist verpflichtet, eine Öffentlich-Zugängliche-Informations-Mitteilung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen.

Öffentliche Informationsquelle („Public Source“) ist jede Dow Jones Telerate-Bildschirmseite, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Börsen-Zeitung, die Nihon Keizai Shinbun, die New York Times, das Wall Street Journal, die Financial Times oder irgendeine andere international anerkannte, veröffentlichte oder elektronisch angezeigte Quelle für Finanznachrichten, ganz gleich, ob der Leser oder Benutzer eine Gebühr zu zahlen hat, um eine solche Information zu erhalten.

Qualifizierte Garantie („Qualified Guarantee“) ist jede schriftliche unwiderrufliche Verpflichtung eines Referenzunternehmens, alle fälligen Beträge für eine, zum Zeitpunkt des Eintritts eines Kreditereignisses nicht nachrangige Verpflichtung (**„Zugrundeliegende Verpflichtung“**) eines Dritten, der diese Verpflichtung eingegangen ist, zu zahlen. Unter den Begriff der Qualifizierten Garantie fallen jedoch nicht Versicherungen für Forderungen (*financial guarantee insurance policy*), Bankavale (*surety bonds, letter of credit*) und vergleichbare Vereinbarungen.

Quotierung („Quotation“) bezeichnet jede - wie nachfolgend beschrieben - eingeholte und als Prozentsatz in Bezug auf den Bewertungstag ausgedrückte Vollquotierung und Gewichtete Durchschnittsquotierung. Die Berechnungsstelle wird versuchen, von mindestens fünf Händlern auf den Bewertungstag bezogene Vollquotierungen einzuholen. Wenn für einen Bankarbeitstag, innerhalb eines Zeitraums von drei Bankarbeitstagen nach dem Bewertungstag, mindestens zwei solcher Vollquotierungen nicht einholbar sind, dann wird die Berechnungsstelle am nächstfolgenden Bankarbeitstag (und, wenn notwendig, an jedem darauffolgenden Bankarbeitstag bis zum zehnten Bankarbeitstag nach dem Bewertungstag) versuchen, Vollquotierungen von mindestens fünf Händlern einzuholen, und, wenn auch dann zwei Vollquotierungen nicht einholbar sind, eine Gewichtete Durchschnittsquotierung. Können nicht mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen Bankarbeitstag innerhalb dieser Frist eingeholt werden, so ist die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist eingeholte einzelne Vollquotierung maßgeblich oder, sofern keine Vollquotierung eingeholt werden kann, für den Teil des Quotierungsbetrages, für den eine solche Quotierung eingeholt werden kann, jede verbindliche Quotierung, die von einem Händler am letzten Bankarbeitstag dieser Frist gestellt wird und null für den Teil des Quotierungsbetrages, für den keine verbindliche Quotierung eines Händlers eingeholt werden kann.

Die Quotierungen sollen aufgelaufene, nicht ausbezahlte Zinsbeträge nicht enthalten. Sollten Quotierungen in Bezug auf eine Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit ohne Einbeziehung aufgelaufener, nicht ausbezahlter Zinsen nicht erhältlich sein, so wird die Berechnungsstelle solche Quotierungen um den Anteil der aufgelaufenen, nicht ausbezahlten Zinsen bereinigen.

Quotierungsbetrag („Quotation Amount“) bezeichnet den Gesamtnennbetrag der Anleihe gemäß Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen.

Quotierungsmethode („Quotation Method“) bezeichnet die von Händlern gestellten Geldkursquotierungen.

Referenzunternehmen („Reference Entities“) bezeichnet die Unternehmen [●], [●] und [●] oder die jeweiligen Nachfolgeunternehmen dieser Unternehmen.

Referenzverbindlichkeit („Reference Obligation“) bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen [●] die folgende Emission:

Emittent: [●]
[Garant[in]: [●]]
Gesamtnominalbetrag: [●]
Fälligkeit: [●]
Kupon: [●]
Nominalbetrag: [●]
ISIN: [●]; WKN [●]; Common Code [●]

und bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen [●] die folgende Emission:

Emittent: [●]
[Garant[in]: [●]]
Gesamtnominalbetrag: [●]
Fälligkeit: [●]
Kupon: [●]
Nominalbetrag: [●]
ISIN: [●]; WKN [●]; Common Code [●]

und bezeichnet in Bezug auf das Referenzunternehmen [●] die folgende Emission:

Emittent: [●]
[Garant[in]: [●]]
Gesamtnominalbetrag: [●]
Fälligkeit: [●]
Kupon: [●]
Nominalbetrag: [●]
ISIN: [●]; WKN [●]; Common Code [●]

[● (ggf. weitere Referenzverbindlichkeiten)]

oder jede Ersatz-Referenzverbindlichkeit für die jeweilige Emission.

Regierungsbehörden („Governmental Authority“) bezeichnet alle de facto oder de jure bestimmten Regierungsstellen (einschließlich der dazu gehörenden Behörden, Organe, Ministerien oder Dienststellen), Gerichte, Verwaltungs- und andere Behörden sowie sonstige privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche juristische Personen (einschließlich der jeweiligen Zentralbank), die mit Aufsichtsfunktionen über die Finanzmärkte eines Referenzunternehmens bzw. in der Rechtsordnung, in der das entsprechende Referenzunternehmen gegründet wurde, betraut sind.

Relevante Verbindlichkeiten („Relevant Obligation“) bezeichnen nach Bestimmung durch die Emittentin die ausstehenden Anleihen und Kredite der Referenzunternehmen unmittelbar vor der Bekanntmachung eines Nachfolgeereignisses mit Ausnahme derjenigen Verbindlichkeiten, die zwischen dem jeweiligen Referenzunternehmen und ihren jeweiligen Konzerngesellschaften ausstehend waren. Die Emittentin bestimmt den Rechtsnachfolger, auf den die Relevanten Verbindlichkeiten übertragen werden, auf Basis der Beste Verfügbaren Informationen. Falls der Tag, an dem die Beste Verfügbaren Informationen vorliegen oder eingereicht werden, dem Tag des rechtmäßigen In-Kraft-Tretens des maßgeblichen Nachfolgeereignisses vorangeht, gilt jede in den Beste Verfügbaren Informationen enthaltene Annahme, die sich auf die Verteilung von Verbindlichkeiten zwischen oder unter den Rechtsnachfolgern bezieht, mit Wirkung des Tages des rechtmäßigen In-Kraft-Tretens des maßgeblichen Nachfolgeereignisses als eingetreten, gleichgültig ob dies tatsächlich der Fall ist oder nicht.

Schuldenrestrukturierung („Restructuring“)

- (a) bedeutet, dass in Bezug auf eine oder mehrere Verbindlichkeiten, deren Gesamtbetrag nicht unter dem Schwellenbetrag liegt, (i) eines oder mehrere der nachstehend beschriebenen Ereignisse in einer Form eintritt, die alle Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit bindet, (ii) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Vereinbarung zwischen einem Referenzunternehmen oder einer Regierungsbehörde und einer hinreichenden Anzahl von Gläubigern einer solchen Verbindlichkeit, um alle Gläubiger dieser Verbindlichkeit zu binden, getroffen wird, oder (iii) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Ankündigung oder eine anderweitige, alle Gläubiger einer solchen Verbindlichkeit bindende Anordnung durch das jeweilige Referenzunternehmen selbst oder durch eine Regierungsbehörde erfolgt, und ein solches Ereignis nicht in den am Valutierungstag der Anleihe oder, falls dieses Ereignis nach dem Valutierungstag der Anleihe liegt, im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der Verbindlichkeit für diese Verbindlichkeit geltenden Bedingungen bereits geregelt ist:
- (i) eine Reduzierung des vereinbarten Zinssatzes oder des zu zahlenden Zinsbetrages, oder der vertraglich vorgesehenen aufgelaufenen Zinsen;
 - (ii) eine Reduzierung des bei Fälligkeit oder zu den vereinbarten Amortisationsterminen zu zahlenden Kapitalbetrages oder Aufschlags;
 - (iii) ein Hinausschieben eines oder mehrerer Termine für
 - (A) die Zahlung oder Entstehung von Zinsen oder
 - (B) die Zahlung von Kapitalbeträgen oder Aufschlägen;
 - (iv) eine Veränderung in der Rangfolge der Zahlung auf eine Verbindlichkeit, die zur Nachrangigkeit dieser Verbindlichkeit gegenüber einer anderen Verbindlichkeit führt; oder
 - (v) eine Änderung der Währung oder der Zusammensetzung von Zins- und/oder Kapitalzahlungen in einer Währung, die nicht
 - (A) das gesetzliche Zahlungsmittel eines Landes der Gruppe der sieben größten Industriestaaten (G-7) (oder eines Landes, das im Rahmen einer Erweiterung der Mitgliedstaaten der G-7, Mitglied der G-7 wird) oder

- (B) das gesetzliche Zahlungsmittel eines jeden Landes ist, das zum Zeitpunkt der Änderung Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist und ein Rating für langfristige Verbindlichkeiten von AAA oder besser bei Standard & Poor's, a division of the McGraw-Hill Companies, Inc. oder jedem Nachfolger dieser Agentur im Ratinggeschäft, Aaa oder besser bei Moody's Investors Service, Inc. oder jedem Nachfolger dieser Agentur im Ratinggeschäft oder AAA oder besser bei Fitch Ratings oder jedem Nachfolger dieser Agentur im Ratinggeschäft, hat.
- (b) Ungeachtet der in Abschnitt (a) enthaltenen Bestimmungen gelten nicht als Schuldenrestrukturierung:
- (i) eine Zahlung in Euro von Zinsen und/oder Kapital im Hinblick auf eine Verbindlichkeit, die in einer Euro-Vorgänger-Währung denominiert ist;
 - (ii) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in Abschnitt (a) (i) bis (v) genannten Ereignisse, sofern es auf administrativen, buchhalterischen, steuerlichen oder sonstigen Anpassungen, die im Rahmen der üblichen Geschäftspraxis vorgenommen werden, beruht; oder
 - (iii) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in Abschnitt (a) (i) bis (v) genannten Ereignisse, sofern es auf Umständen beruht, die weder direkt noch indirekt mit einer Verschlechterung der Bonität oder finanziellen Situation eines Referenzunternehmens zusammenhängt.
- (c) Für die Zwecke der vorstehenden Abschnitte (a) und (b) und der Definition der „Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern“ schließt der Begriff der Verbindlichkeit alle Zugrundeliegenden Verpflichtungen, für die das jeweilige Referenzunternehmen Qualifizierte Garantien abgegeben hat, mit ein. Bezugnahmen auf das jeweilige Referenzunternehmen im vorstehenden Absatz (a) und in der Definition von Nachrangigkeit erstrecken sich in diesem Fall auf den Schuldner der Zugrundeliegenden Verpflichtung.
- (d) Ungeachtet sämtlicher vorstehender Regelungen, stellt der Eintritt, die Vereinbarung oder die Ankündigung eines der in den vorstehenden Absätzen (a) (i) bis (v) beschriebenen Ereignisse keine Schuldenrestrukturierung dar, wenn die Verbindlichkeit, auf die sich diese Ereignisse beziehen, keine Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern ist.

Schuldverschreibung(en) hat die in Ziffer 2.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Schwellenbetrag („Default Requirement“) ist ein Betrag von US Dollar 10.000.000 oder der entsprechende Gegenwert in der Währung der jeweiligen Verbindlichkeit zum Zeitpunkt eines Kreditereignisses.

Umtauschanleihe („Exchangeable Obligation“) bezeichnet jedes Wertpapier, das ausschließlich nach Wahl des jeweiligen Gläubigers oder eines Treuhänders oder ähnlichen Repräsentanten, der im Interesse des jeweiligen Gläubigers handelt, insgesamt oder teilweise in Dividendenpapiere umtauschbar ist. Statt einer Lieferung der Dividendenpapiere kann die Abwicklung nach Wahl entweder der Gläubiger des jeweiligen Lieferbaren Wertpapiers oder dessen Schuldners auch durch Zahlung eines Geldbetrages erfolgen, der dem Wert des jeweiligen Dividendenpapiers entspricht.

Valutierungstag bezeichnet den [●] 2004.

Verbindlichkeit („Obligation“) bezeichnet jede gegenwärtige oder zukünftige, eventuelle oder andere Art von Verbindlichkeiten (einschließlich jeder Qualifizierten Garantie eines Referenzunternehmens zur Zahlung oder Rückzahlung von Geld), einschließlich, aber ohne darauf beschränkt zu sein, jeder Art von Verbindlichkeiten,

- (a) die verkörpert oder dokumentiert werden durch Schuldverschreibungen, Wertpapiere, Zertifikate oder andere Instrumente der Schuldenverbriefung;
- (b) die dokumentiert werden durch Kreditverträge mit begrenzter Laufzeit, Kreditverträge mit Verlängerungsoption oder ähnliche Kreditverträge oder
- (c) die aus Einlagen und Rückzahlungsverpflichtungen aus einem Akkreditiv resultieren.

Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern („Multiple Holder Obligation“) bezeichnet eine Verbindlichkeit, die

- (a) an dem Tag, an dem eine Kreditereignis-Mitteilung veröffentlicht wird, von mehr als drei Gläubigern, die nicht miteinander verbundene Unternehmen sind, gehalten wird und
- (b) hinsichtlich derer mindestens ein prozentualer Anteil von $66 \frac{2}{3}$ der Gläubiger zustimmen muss, damit ein Kreditereignis „Schuldenrestrukturierung“ eintreten kann.

Verbindlichkeitenwährung („Obligation Currency“) bezeichnet die Währung, in der die Verbindlichkeit denominiert ist.

Verwahrer bezeichnet die Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, oder ihren Rechtsnachfolger.

Vollquotierung („Full Quotation“) bezeichnet jede unter Beachtung der Quotierungsmethode erfolgte verbindliche Quotierung, die um ca. 11:00 Uhr am Sitz der Berechnungsstelle am Bewertungstag von einem Händler (soweit vernünftigerweise praktikabel) für den Betrag einer Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit in der Höhe des Quotierungsbetrags eingeholt wird.

Wandelanleihe („Convertible Obligation“) bezeichnet jedes Wertpapier, das ausschließlich nach Wahl des jeweiligen Gläubigers oder eines Treuhänders oder ähnlichen Repräsentanten, der im Interesse des jeweiligen Gläubigers handelt, insgesamt oder teilweise in Dividendenpapiere wandelbar ist. Statt einer Lieferung der Dividendenpapiere kann die Abwicklung nach Wahl entweder der Gläubiger des jeweiligen Lieferbaren Wertpapiers oder dessen Schuldners auch durch Zahlung eines Geldbetrages erfolgen, der dem Wert des jeweiligen Dividendenpapiers entspricht.

Zahlstelle ist die Landesbank Baden-Württemberg.

Zahlungserfordernis („Payment Requirement“) ist ein Betrag von US Dollar 1.000.000 oder der entsprechende Gegenwert in der Währung, in der die jeweilige Verbindlichkeit zum Zeitpunkt der Nichtzahlung denominiert ist.

Zinsperiode bezeichnet den Zeitraum beginnend entweder am Valutierungstag oder an einem Zinszahlungstag (jeweils einschließlich) bis zu dem nächstfolgenden Zinszahlungstag oder dem Endfälligkeitstag (jeweils ausschließlich), je nachdem, welcher früher liegt.

Zinszahlungstag hat die in Ziffer 4.1 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Zugewachsener Betrag („Accreted Amount“) bezeichnet einen Betrag, der sich ergibt aus

- (a) der Summe aus
 - (i) dem Erstausgabepreis eines Lieferbaren Wertpapiers und
 - (ii) dem Anteil des am Fälligkeitstermin zahlbaren Betrages, der gemäß den Bedingungen des Lieferbaren Wertpapiers zugewachsen ist (oder in anderer unten beschriebener Art und Weise), abzüglich
- (b) jeglicher von dem jeweiligen Referenzunternehmen darauf geleisteter Barzahlungen, die nach den Bedingungen des jeweiligen Lieferbaren Wertpapiers den am Fälligkeitstermin zahlbaren Betrag reduzieren (mit Ausnahme solcher Barzahlungen, die unter (a)(ii) fallen), in jedem Fall berechnet an dem Tag, an dem ein Ereignis eintritt, das zur Feststellung der Höhe des zustehenden Rückzahlungsbetrages führt, oder an dem Bewertungstag, je nach dem, welcher Tag früher liegt. Ein solcher Zugewachsener Betrag umfasst keine aufgelaufenen und nicht ausgezahlten periodischen Zinsen (wie von der Berechnungsstelle festgelegt).

Sofern eine Zuwachsanleihe linear anwächst (*straight-line method*) oder die Rückzahlungsrendite einer solchen Zuwachsanleihe weder in den Bedingungen der Zuwachsanleihe bestimmt ist noch sich aus diesen Bedingungen ergibt, wird der Zugewachsene Betrag für die Zwecke von (a)(ii) berechnet, indem ein Satz benutzt wird, welcher der Rückzahlungsrendite entspricht. Eine solche Rendite soll auf der Grundlage der Renditeberechnung für eine halbjährlich verzinsliche Schuldverschreibung (*semiannual bond equivalent basis*) bestimmt werden unter Verwendung des Erstausgabepreises sowie des an dem vorgesehenen Fälligkeitstermin zahlbaren Auszahlungsbetrags einer solchen Zuwachsanleihe und soll bestimmt werden mit Wirkung zu dem Tag, an dem ein Ereignis eintritt, das zur Feststellung der Höhe des zustehenden Rückzahlungsbetrags führt, oder dem Bewertungstag, je nach dem, welcher Tag früher liegt.

Im Falle einer Umtauschanleihe schließt der Zugewachsene Betrag sämtliche Beträge aus, die nach den Bedingungen dieser Umtauschanleihe im Hinblick auf den Wert von Dividendenpapieren, in die eine solche Umtauschanleihe umtauschbar ist, möglicherweise zahlbar wären.

Zuwachsanleihe („Accreting Obligation“) bezeichnet jedes Wertpapier (einschließlich, aber ohne Beschränkung darauf, Wandelanleihen und Umtauschanleihen), dessen Bedingungen für den Fall einer vorzeitigen Fälligkeit ausdrücklich die Zahlung eines Betrages in Höhe des Erstausgabepreises vorsieht (unabhängig davon, ob dieser dem Nominalbetrag der Zuwachsanleihe entspricht), zuzüglich weiterer Beträge (wegen eines Erstausgabeabschlages oder aufgelaufener Zinsen, die nicht in periodischen Abständen zahlbar sind), die zuwachsen werden oder können, unabhängig davon, ob

- (a) die Zahlung solcher zusätzlichen Beträge einer Bedingung unterliegt oder unter Bezugnahme auf eine Formel oder einen Index bestimmt wird, oder
- (b) außerdem Zinsen periodisch zu zahlen sind.

2 Form und Nennbetrag

- 2.1 Diese Anleihe der Landesbank Baden-Württemberg (die „**Emittentin**“) im Gesamtnennbetrag von ● ● (in Worten: ● ● ist in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Schuldverschreibungen (die „**Schuldverschreibungen**“) im Nennbetrag von jeweils ● ● eingeteilt.

- 2.2 Die Schuldverschreibungen werden durch eine Inhaber-Globalschuldverschreibung (die „**Globalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft. Die Globalurkunde ist nur wirksam, wenn sie die eigenhändigen Unterschriften von zwei durch die Emittentin bevollmächtigten Personen sowie die Unterschrift eines Kontrollbeauftragten der Zahlstelle trägt. Die Globalurkunde wird bei dem Verwahrer hinterlegt. Der Anspruch der Anleihegläubiger auf Ausgabe einzelner Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- 2.3 Den Anleihegläubigern stehen Miteigentumsanteile oder Rechte an der Globalurkunde zu, die nach Maßgabe des anwendbaren Rechts und der Regeln und Bestimmungen des Clearing Systems übertragen werden können.
- 2.4 Im Rahmen dieser Anleihebedingungen bezeichnet der Ausdruck „**Anleihegläubiger**“ den Inhaber eines Miteigentumsanteils oder Rechts an der Globalurkunde.

3 Status der Schuldverschreibungen

- 3.1 Die Schuldverschreibungen begründen unmittelbare, unbedingte, nicht nachrangige und nicht besicherte Verbindlichkeiten der Emittentin und stehen im gleichen Rang untereinander und mindestens im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit bestimmte zwingende gesetzliche Bestimmungen nichts anderes vorschreiben.

4 Verzinsung

- 4.1 Solange nach den Feststellungen der Emittentin kein Kreditereignis bezüglich eines oder mehrerer Referenzunternehmen eingetreten ist und die Emittentin keine Kreditereignis-Mitteilung und keine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums veröffentlicht hat, werden die Schuldverschreibungen ab dem Valutierungstag (einschließlich) (der „**Verzinsungsbeginn**“) bis zum Endfälligkeitstag (ausschließlich) mit [●] % jährlich verzinst. Die Zinsen sind [jährlich/halbjährlich/vierteljährlich/monatlich/einmalig] nachträglich [jeweils] am [●] (jeweils ein „**Zinszahlungstag**“ und der Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und danach von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) jeweils eine „**Zinsperiode**“) zahlbar. Die erste Zinszahlung ist am ● (erster [kurzer/langer] Kupon für den Zeitraum vom ● bis ●) und die letzte Zinszahlung am ● (letzter [kurzer/langer] Kupon für den Zeitraum von ● bis ●) zahlbar.
- 4.2 Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit dem Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, spätestens dem Endfälligkeitstag. Dies gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB später als am kalendermäßig bestimmten Fälligkeitstag bewirkt wird. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit oder wenn der Fälligkeitstag ein Samstag, Sonntag oder ein anderer Tag ist, an dem die Banken und das Abrechnungssystem des Verwahrers am Erfüllungsort gemäß Ziffer 15.3 dieser Anleihebedingungen nicht geöffnet haben, am darauffolgenden Bankarbeitstag nicht oder nicht vollständig einlöst, wird die Emittentin auf den ausstehenden Nennbetrag ab dem Fälligkeitstermin Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung vorangeht, entrichten, es sei denn die Schuldverschreibungen werden mit einem höheren Zinssatz verzinst.
- 4.3 Sind Zinsen im Hinblick auf einen Zeitraum zu berechnen, der genauso lang oder kürzer als eine Zinsperiode ist, so werden sie berechnet auf der Grundlage der Anzahl der Tage im jeweiligen Zeitraum vom letzten Zinszahlungstag (einschließlich) (oder, falls keiner, vom Verzinsungsbeginn) bis zum nächsten jeweiligen Zinszahlungstag (ausschließlich) dividiert

durch die Anzahl der Tage in der Zinsperiode in die der jeweilige Zeitraum fällt (einschließlich des ersten solchen Tages aber ausschließlich des letzten).

- 4.4 Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor einem Zinszahlungstag oder vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein und veröffentlicht die Emittentin eine Kreditereignis-Mitteilung sowie eine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums, so werden Zinsen auf die Schuldverschreibungen weder für die Zinsperiode, in der ein Kreditereignis eingetreten ist, noch für die nachfolgenden Zinsperioden gezahlt. Die Anleihegläubiger haben keinen Anspruch auf weitere Zinszahlungen nach dem Eintritt eines Kreditereignisses. Dieser Anspruch lebt auch nicht dadurch wieder auf, dass die Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen.

5 Fälligkeit, Rückzahlung und Rückkauf

- 5.1 Solange nach den Feststellungen der Emittentin kein Kreditereignis bezüglich eines oder mehrerer Referenzunternehmen eingetreten ist und die Emittentin keine Kreditereignis-Mitteilung und keine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums veröffentlicht hat, werden die Schuldverschreibungen am Endfälligkeitstag zum Nennbetrag zurückgezahlt.
- 5.2 Sollte die Emittentin aufgrund einer Änderung des in [[● (Land, in welchem ein Vertrieb erfolgt)] [● (Land, in welchem ein Vertrieb erfolgt)] oder in]der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts oder seiner amtlichen Anwendung verpflichtet sein oder zu dem nächstfolgenden Zahlungstermin für Kapital oder Zinsen verpflichtet werden, die in Ziffer 8.1 dieser Anleihebedingungen genannten zusätzlichen Beträge zu zahlen, so ist die Emittentin berechtigt, mit einer Frist von wenigstens 30 Tagen und höchstens 60 Tagen durch Bekanntmachung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen die Schuldverschreibungen insgesamt zur vorzeitigen Rückzahlung zum Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen zu kündigen.
- 5.3 Eine Kündigung gemäß dieser Ziffer 5.2 dieser Anleihebedingungen darf jedoch nicht an einem Termin erfolgen, der dem Tag, an welchem die Änderung des Rechts oder seiner amtlichen Anwendung erstmals für die Schuldverschreibungen gilt, mehr als 30 Tage vorangeht.
- 5.4 Tritt nach den Feststellungen der Emittentin vor dem Endfälligkeitstag in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen ein Kreditereignis ein und veröffentlicht die Emittentin eine Kreditereignis-Mitteilung sowie eine Öffentlich-Zugängliche-Informationen-Mitteilung innerhalb des Mitteilungszeitraums und eine Andienungsmitteilung, wird die Emittentin von ihrer Verpflichtung, die Schuldverschreibungen am Endfälligkeitstag zum Nennbetrag zurückzuzahlen, frei. Der Anspruch auf Rückzahlung des Nennbetrages lebt auch nicht dadurch wieder auf, dass die Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen.
- 5.5 Soweit die Emittentin gemäß vorstehendem Absatz 5.4 von ihrer Verpflichtung zur Rückzahlung der Schuldverschreibungen frei wird, hat sie den Anleihegläubigern für den Nennbetrag einer Schuldverschreibung spätestens am Andienungstermin nach Maßgabe der in der Andienungsmitteilung zum Ausdruck gekommenen Wahl der Emittentin entweder (a) Lieferbare Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, in Höhe des Andienungsbetrages zu übereignen („**Andienung**“) oder (b) einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen.
- 5.6 Die Andienung der Lieferbaren Wertpapiere hat in Höhe des Andienungsbetrags zu erfolgen. Eine etwaige Differenz zwischen dem Andienungsbetrag und dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung hat die Emittentin durch einen Ausgleichsbetrag abzugelten.

- 5.7 Die Emittentin ist im Falle einer Andienung verpflichtet, Lieferbare Wertpapiere an den Verwahrer zwecks Übertragung auf die Wertpapierdepots der jeweiligen Depotbanken zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger bis spätestens zum Andienungstermin gegen Ausbuchung der jeweiligen Depotguthaben für die Schuldverschreibungen, zu liefern. Das Recht der Anleihegläubiger auf Lieferung von Einzelkunden für die jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere ist ausgeschlossen. Die Lieferung der jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere an die Anleihegläubiger erfolgt durch Girosammelübertragung gemäß den Regeln und Bestimmungen des Verwahrers. Die Emittentin wird durch die Lieferung der jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer oder dessen Order von ihrer Verpflichtung gegenüber den Anleihegläubigern befreit.
- 5.8 Falls ein Kreditereignis eingetreten ist und nach Eintritt eines Kreditereignisses einer der nachfolgend beschriebenen Sachverhalte vorliegt, ist die Emittentin verpflichtet, den Anleihegläubigern zusätzlich zu den gegebenenfalls zu liefernden Lieferbaren Wertpapieren oder bei einem Andienungsersatzbetrag von Null einen Ersatzbetrag zu zahlen:
- 5.8.1 die Emittentin hat in der Andienungsmitteilung eine Andienung Lieferbarer Wertpapiere gewählt und die am jeweiligen Andienungstermin gelieferten Lieferbaren Wertpapiere haben ausweislich Reuters-Informationssysteme oder Bloomberg-Informationssysteme am jeweiligen Andienungstermin um 11.00 Uhr am Sitz der Berechnungsstelle einen Kurswert von Null oder
- 5.8.2 die Emittentin hat in der Andienungsmitteilung die Zahlung eines Andienungsersatzbetrages gewählt und dieser Andienungsersatzbetrag beträgt Null.
- 5.9 Die Auszahlung des Ersatzbetrages je Schuldverschreibung erfolgt spätestens am siebten Bankarbeitstag nach dem Andienungstermin über den Verwahrer bzw. über die depotführenden Banken zur Gutschrift auf den Konten der Anleihegläubiger.
- 5.10 Die Emittentin kann jederzeit und zu jedem Preis im Markt oder auf andere Weise Schuldverschreibungen ankaufen.

6 Ersatzlieferung

- 6.1 Wenn aufgrund eines Umstandes, der sich der Kontrolle der Emittentin entzieht (einschließlich eines Ausfalls des Abwicklungssystems des Verwahrers oder durch ein anwendbares Gesetz, eine gesetzliche Bestimmung oder einen Gerichtsbeschluss, aber ausschließlich vorherrschender Marktbedingungen), eine Lieferung der in einer Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer nach Maßgabe von Ziffer 5.7 dieser Anleihebedingungen vollständig oder teilweise am Andienungstermin unmöglich oder rechtswidrig ist, dann berechtigt die Nichtlieferung durch die Emittentin die Anleihegläubiger nicht zur Kündigung nach Ziffer 9 dieser Anleihebedingungen, sofern die Emittentin
- 6.1.1 die in der Andienungsmitteilung benannten Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer, soweit es möglich und rechtmäßig ist, zum entsprechenden Andienungstermin liefert,
- 6.1.2 angemessen ausführlich die Tatsachen beschreibt, die Ursache einer solchen Unmöglichkeit oder Rechtswidrigkeit waren, und eine entsprechende Beschreibung gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen veröffentlicht und
- 6.1.3 sobald es möglich ist, die in dieser Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere, die bisher nicht geliefert wurden, liefert.

- 6.2 Sollten aufgrund des Eintritts der Unmöglichkeit oder Rechtswidrigkeit die in der Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere nicht an oder vor dem 30. Kalendertag nach dem Andienungstermin („**Letzter Zulässiger Andienungstag**“) an den Verwahrer zwecks Übertragung auf die Wertpapierdepots der jeweiligen Depotbanken zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger ganz oder teilweise geliefert werden (die „**Nicht-Lieferbaren Wertpapiere**“), so hat die Emittentin für die Nicht-Lieferbaren Wertpapiere einen Ausgleichsbetrag am Ausgleichsbetragszahlungstermin an die Anleihegläubiger zu zahlen. In diesem Fall haben die folgenden Begriffe abweichend von ihrer sonstigen Bedeutung in diesem Absatz für die Zwecke der Bestimmung eines Ausgleichsbetrags folgende Bedeutung:
- 6.2.1 **Ausgleichsbetrag** bezeichnet den Nennbetrag jedes Nicht Lieferbaren Wertpapiers multipliziert mit dem Marktwert am Bewertungstag der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit, ausgedrückt als Prozentsatz;
- 6.2.2 **Ausgleichsbetragszahlungstermin** bezeichnet den 5. Bankarbeitstag nach dem Bewertungstag;
- 6.2.3 **Referenzverbindlichkeit** bezeichnet jedes Nicht-Lieferbare Wertpapier;
- 6.2.4 **Bewertungstag** bezeichnet den 5. Bankarbeitstag nach dem Letzten Zulässigen Andienungstag;
- 6.2.5 **Quotierungsbetrag** bezeichnet in Bezug auf jedes Nicht-Lieferbare Wertpapier einen Betrag, der dem diesem Nicht-Lieferbaren Wertpapier zugeordneten ausstehenden Kapitalbetrag entspricht (oder, in jedem Falle, den betreffenden Betrag in [●], den die Berechnungsstelle gemäß kaufmännischer Gepflogenheiten und anhand des zum Zeitpunkt der Einholung der betreffenden Quotierung aktuellen Wechselkurses konvertiert hat);
- 6.2.6 Mindestquotierungsbetrag entfällt.
- 6.3 Wenn aufgrund eines nicht unter die Regelung des vorstehenden Absatzes 6.2 fallenden Umstandes eine Lieferung der in einer Andienungsmitteilung genannten Lieferbaren Wertpapiere an den Verwahrer zwecks Übertragung auf die Wertpapierdepots der jeweiligen Depotbanken zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger ganz oder teilweise am Andienungstermin nicht erfolgt, hat die Emittentin fünf weitere Bankarbeitstage Zeit, um ihren Lieferverpflichtungen nachzukommen. Nach Ablauf dieser Frist hat die Emittentin für die Nicht-Lieferbaren Wertpapiere einen – nach Maßgabe des in vorstehendem Absatz 6.2 beschriebenen Verfahrens zu berechnenden – Ausgleichsbetrag zuzüglich eines Aufschlags von 10 % am jeweiligen Ausgleichsbetragszahlungstermin an die Anleihegläubiger zu zahlen.

7 Zahlungen

- 7.1 Die Emittentin verpflichtet sich, Kapital und Zinsen auf die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit in [●] an die Zahlstelle zur Weiterleitung an den Verwahrer oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber bei dem Verwahrer zu zahlen.
- 7.2 Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an den Verwahrer oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.
- 7.3 Jede Bezugnahme in diesen Anleihebedingungen auf Kapital im Hinblick auf die Schuldverschreibungen umfaßt:

- 7.3.1 alle zusätzlichen Beträge, die gemäß Ziffer 8 dieser Anleihebedingungen hinsichtlich des Kapitals zahlbar sein können;
- 7.3.2 den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen am Fälligkeitstag und
- 7.3.3 den Rückzahlungsbetrag bei vorzeitiger Rückzahlung der Schuldverschreibungen.
- 7.4 Falls eine Zahlung auf Kapital oder Zinsen einer Schuldverschreibung an einem Tag zu leisten ist, der kein Bankarbeitstag ist, so erfolgt die Zahlung am nächstfolgenden Bankarbeitstag. In diesem Fall steht den betreffenden Anleihegläubigern weder eine Zahlung noch ein Anspruch auf Verzugszinsen oder eine andere Entschädigung wegen dieser Verzögerung zu.
- 7.5 Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Stuttgart Zins- und Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern der Schuldverschreibung nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht im Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen diesbezügliche Ansprüche der jeweiligen Gläubiger der Schuldverschreibung gegen die Emittentin.

8 Steuern

- 8.1 Sämtliche auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge werden ohne Abzug oder Einbehalt von oder wegen gegenwärtiger oder zukünftiger Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlicher Gebühren irgendwelcher Art gezahlt, die durch oder für die Bundesrepublik Deutschland oder irgendeine dort zur Steuererhebung ermächtigte Stelle auferlegt oder erhoben werden („**Quellensteuern**“), sofern nicht die Emittentin kraft Gesetzes oder einer sonstigen Rechtsvorschrift verpflichtet ist, solche Quellensteuern abzuziehen oder einzubehalten. In diesem Fall wird die Emittentin diejenigen zusätzlichen Beträge (die „**zusätzlichen Beträge**“) zahlen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass der nach einem solchen Abzug oder Einbehalt verbleibende Nettobetrag denjenigen Beträgen entspricht, die ohne solchen Abzug oder Einbehalt zu zahlen gewesen wären. Die seit dem 1. Januar 1993 in der Bundesrepublik Deutschland geltende Zinsabschlagsteuer und der seit dem 1. Januar 1995 erhobene Solidaritätszuschlag sind keine Quellensteuern.
- 8.2 Zusätzliche Beträge gemäß Ziffer 8.1 dieser Anleihebedingungen sind nicht zahlbar wegen Steuern, Abgaben oder behördlicher Gebühren:
- 8.2.1 denen ein Anleihegläubiger wegen einer anderen Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland oder einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union unterliegt als der bloßen Tatsache, dass er Inhaber der Schuldverschreibungen bzw. der Zinsansprüche ist;
- 8.2.2 denen der Anleihegläubiger nicht unterläge, wenn er seine Schuldverschreibungen binnen 30 Tagen nach Fälligkeit oder, falls die notwendigen Beträge der Zahlstelle gemäß Ziffer 11 dieser Anleihebedingungen bei Fälligkeit nicht zur Verfügung gestellt worden sind und dies gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen bekannt gemacht wurde, zur Zahlung vorgelegt hätte;
- 8.2.3 die von einer Zahlstelle abgezogen oder einbehalten werden, wenn eine andere Zahlstelle die Zahlung ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt hätte leisten können; oder
- 8.2.4 sofern ein solcher Einbehalt oder Abzug, der auf eine Zahlung an eine Privatperson auferlegt oder erhoben wird, gemäß einer Richtlinie der Europäischen Union bezüglich

der Besteuerung von Zinserträgen auf Kapitalvermögen, die die Beschlüsse der ECOFIN Versammlung vom 3. Juni 2003 umsetzt, oder eines Gesetzes, das eine solche Richtlinie umsetzt oder sich nach ihr richtet, oder das eingeführt wird um einer solchen Richtlinie zu entsprechen, erforderlich ist.

9 Kündigungsrecht der Anleihegläubiger

- 9.1 Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt, seine Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig zu stellen und deren sofortige Tilgung zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zu verlangen, falls
- 9.1.1 die Emittentin Kapital oder Zinsen nicht innerhalb von 30 Tagen nach dem betreffenden Fälligkeitstag zahlt - **sofern die Emittentin beim Eintritt eines Kreditereignisses gemäß Ziffer 4.4 dieser Anleihebedingungen von ihrer Verpflichtung, Zinsen zu zahlen und gemäß Ziffer 5.4 dieser Anleihebedingungen von ihrer Verpflichtung, die Schuldverschreibungen zum Nennbetrag zurückzuzahlen, frei wird, stellt die Nichtzahlung der entsprechenden Beträge keine Nichtleistung im Sinne dieses Absatzes dar;**
- 9.1.2 die Emittentin irgendeine andere Verpflichtung aus den Schuldverschreibungen nicht ordnungsgemäß erfüllt und die Unterlassung länger als 45 Tage fort dauert, nachdem die Zahlstelle hierüber eine Benachrichtigung von einem Anleihegläubiger erhalten hat;
- 9.1.3 die Emittentin ihre Zahlungen einstellt oder ihre Zahlungsunfähigkeit allgemein bekannt gibt;
- 9.1.4 ein Gericht ein Insolvenzverfahren gegen die Emittentin eröffnet, ein solches Verfahren eingeleitet und nicht innerhalb von 60 Tagen aufgehoben oder ausgesetzt worden ist, oder die Emittentin ein solches Verfahren beantragt oder einleitet oder eine allgemeine Schuldenregelung zugunsten ihrer Gläubiger anbietet oder trifft oder falls in Bezug auf die Emittentin Maßnahmen beschlossen oder eingeleitet werden, die eine Zahlungseinstellung oder Schuldenregelung veranlassen oder bewirken;
- 9.1.5 die Emittentin in Liquidation tritt, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit einer Verschmelzung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft oder im Zusammenhang mit einer Umwandlung und die andere oder neue Gesellschaft übernimmt alle Verpflichtungen, die die Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen eingegangen ist.
- 9.2 Eine Benachrichtigung oder Kündigung gemäß Ziffer 9.1 dieser Anleihebedingungen hat in der Weise zu erfolgen, dass der Zahlstelle eine entsprechende schriftliche Erklärung übergeben oder durch eingeschriebenen Brief übermittelt wird.
- 9.3 In den Fällen gemäß Ziffer 9.1.2 dieser Anleihebedingungen wird eine Kündigung, sofern nicht bei deren Eingang zugleich einer weiteren der in Ziffer 9.1 dieser Anleihebedingungen bezeichneten Kündigungsgründe vorliegt, erst wirksam, wenn bei der Zahlstelle Kündigungserklärungen von Anleihegläubigern eingegangen sind, die Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von ●● oder (falls dies weniger ist als ●●) von mindestens einem Zehntel des Gesamtnennbetrags der dann ausstehenden Schuldverschreibungen halten.

10 Vorlegungsfrist, Verjährung

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Absatz 1 Satz 1 BGB für die Globalurkunde beträgt zehn Jahre. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus der Globalurkunde, die innerhalb der

Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt wird, beträgt zwei Jahre von dem Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

11 Zahlstellen

- 11.1 Die Landesbank Baden-Württemberg ist Zahlstelle. Die Landesbank Baden-Württemberg in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle und jede an ihre Stelle tretende Zahlstelle werden vor- und nachstehend „**Zahlstelle**“ genannt.
- 11.2 Die Emittentin wird dafür sorgen, dass stets eine Zahlstelle vorhanden ist. Die Emittentin ist berechtigt, andere Banken von internationalem Standing als Zahlstelle zu bestellen. Die Emittentin und die Garantin sind weiterhin berechtigt, die Bestellung einer Bank zur Zahlstelle zu widerrufen. Im Falle einer solchen Abberufung oder falls die bestellte Bank nicht mehr als Zahlstelle tätig werden kann oder will, bestellt die Emittentin eine andere Bank von internationalem Standing als Zahlstelle. Eine solche Bestellung oder ein solcher Widerruf der Bestellung ist gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen oder, falls dies nicht möglich sein sollte, durch eine öffentliche Bekanntmachung in sonstiger Weise bekanntzumachen.
- 11.3 Die Zahlstelle haftet dafür, dass sie Erklärungen abgibt, nicht abgibt oder entgegennimmt oder Handlungen vornimmt oder unterläßt, nur, wenn und soweit sie die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat. Alle Bestimmungen und Berechnungen durch die Zahlstelle erfolgen in Abstimmung mit der Emittentin und sind, soweit nicht ein offenkundiger Fehler vorliegt, in jeder Hinsicht endgültig und für die Emittentin, die Garantin und alle Anleihegläubiger bindend.
- 11.4 Die Zahlstelle ist in dieser Funktion ausschließlich Beauftragte der Emittentin. Zwischen der Zahlstelle und den Anleihegläubigern besteht kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis.
- 11.5 Die Zahlstelle ist von den Beschränkungen des § 181 BGB und etwaigen gleichartigen Beschränkungen des anwendbaren Rechts anderer Länder befreit.

12 Begebung weiterer Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit im wesentlichen gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zu einer einheitlichen Serie von Schuldverschreibungen konsolidiert werden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „**Schuldverschreibungen**“ umfaßt im Falle einer solchen Konsolidierung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

13 Bekanntmachungen

- 13.1 Die Schuldverschreibungen betreffende Bekanntmachungen werden in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland, die ein überregionales Börsenpflichtblatt der Stuttgarter Wertpapierbörse sein muss, veröffentlicht. Eine Mitteilung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Mitteilungen mit dem Tage der ersten Veröffentlichung) als erfolgt.
- 13.2 Sofern die Regularien der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, dies zulassen, ist die Emittentin berechtigt, Bekanntmachungen auch durch eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger oder durch eine schriftliche Mitteilung direkt an die Anleihegläubiger zu bewirken. Bekanntmachungen über das Clearing System gelten sieben Tage nach der Mitteilung an das Clearing System, direkte Mitteilungen an die Anleihegläubiger mit ihrem Zugang als bewirkt.

14 Ersetzung

- 14.1 Die Emittentin ist in Bezug auf die Schuldverschreibungen berechtigt, ohne Zustimmung eines Anleihegläubigers an ihre Stelle eine andere Gesellschaft als Schuldnerin in Bezug auf die Schuldverschreibungen (der „**Ersatzschuldner**“) treten zu lassen, und zwar durch eine Bekanntmachung durch die Emittentin und des Ersatzschuldners gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen, sofern:
- 14.1.1 sich die Emittentin mit Zahlungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen nicht in Verzug befindet;
- 14.1.2 die Emittentin entweder unbeding und unwiderruflich die Verpflichtungen des Ersatzschuldners aus diesen Anleihebedingungen garantiert (in diesem Zusammenhang auch die „**Garantin**“) oder der Ersatzschuldner in der Weise bzw. in dem Umfang Sicherheit leistet, dass jederzeit die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gewährleistet ist;
- 14.1.3 die Emittentin und der Ersatzschuldner die Verträge (die „**Verträge**“) abgeschlossen haben, die für die Rechtswirksamkeit der Ersetzung notwendig sind und in denen der Ersatzschuldner zu Gunsten jedes Anleihegläubigers als begünstigtem Dritten gemäß § 328 BGB erklärt hat, an diese Anleihebedingungen als Schuldner der Schuldverschreibungen anstelle der Emittentin (oder eines früheren Ersatzes gemäß dieses Ziffer 14 dieser Anleihebedingungen gebunden zu sein;
- 14.1.4 der Ersatzschuldner sämtliche sich aus und im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen ergebenden Verpflichtungen erfüllen kann und insbesondere die hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen in Euro an den Verwahrer transferieren kann;
- 14.1.5 der Ersatzschuldner in geeigneter Form nachweist, dass er alle Beträge, die zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus oder in Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen erforderlich sind, ohne die Notwendigkeit einer Einbehaltung von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle an den Verwahrer transferieren darf;
- 14.1.6 der Ersatzschuldner und die Emittentin alle erforderlichen behördlichen Genehmigungen und Bewilligungen für eine derartige Ersetzung und für die Erfüllung der Verpflichtungen des Ersatzschuldners aufgrund der Verträge erhalten haben;
- 14.1.7 jede Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, bestätigt hat, dass nach der geplanten Ersetzung der Emittentin durch den Ersatzschuldner die Schuldverschreibungen weiterhin an dieser Börse notiert sein werden;
- 14.1.8 der Ersatzschuldner gegebenenfalls einen Zustellungsbevollmächtigten in der Bundesrepublik Deutschland für alle Rechtsstreitigkeiten aufgrund oder in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ernannt hat; und
- 14.1.9 die Zahlstelle (die entsprechende Kopien zur Ausgabe bereithalten wird) Rechtsgutachten von anerkannten, von der Garantin ausgewählten Rechtsberatern in jeder Rechtsordnung erhalten hat, in der die Emittentin, der Ersatzschuldner und (falls verschieden) die Garantin rechtlich ihren Sitz haben, die soweit einschlägig bestätigen, dass nach der Ersetzung (a) die Voraussetzungen dieser Ziffern 14.1.1 bis 14.1.9 dieser Anleihebedingungen erfüllt sind und (b) die Garantie sich auf die Verpflichtungen des Ersatzschuldners nach Maßgabe der Verträge erstreckt und weiterhin in vollem Umfang gilt.

- 14.2 Nach einer solchen Ersetzung tritt der Ersatzschuldner an die Stelle der Emittentin, ersetzt diese und tritt in ihre Rechte und Befugnisse aus den Schuldverschreibungen ein und kann diese in der Weise ausüben, als ob der Ersatzschuldner in diesen Anleihebedingungen als Emittentin benannt worden wäre. Die Emittentin wird von ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen befreit.
- 14.3 Nach einer Ersetzung gemäß Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen kann jeder Anleihegläubiger, entsprechend Ziffer 9 dieser Anleihebedingungen seine Schuldverschreibungen zur sofortigen Rückzahlung zum Gesamtnennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen kündigen, wenn eines der in Ziffer 9.1 dieser Anleihebedingungen genannten Ereignisse in Bezug auf die Garantin eintritt.
- 14.4 Nach einer Ersetzung gemäß Ziffer 14.1 dieser Anleihebedingungen kann der Ersatzschuldner ohne Zustimmung eines Anleihegläubigers eine weitere Ersetzung vornehmen. Sämtliche in den Ziffern 14.1 und 14.2 dieser Anleihebedingungen aufgeführten Bestimmungen gelten entsprechend, und Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf die Emittentin gelten, soweit der Zusammenhang dies erfordert, als Bezugnahmen auf den weiteren Ersatzschuldner oder schließen solche Bezugnahmen ein.
- 14.5 Nach einer Ersetzung gemäß Ziffer 14.1 oder Ziffer 14.4 dieser Anleihebedingungen kann jeder Ersatzschuldner ohne Zustimmung eines Anleihegläubigers die Ersetzung unter entsprechender Anwendung der vorstehenden Bestimmungen rückgängig machen.
- 14.6 Die Verträge werden der Zahlstelle übergeben und von dieser verwahrt. Kopien der Verträge werden kostenlos bei den bezeichneten Geschäftsstellen jeder Zahlstelle erhältlich sein.

15 Schlußbestimmungen

- 15.1 Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger, der Emittentin, der Zahlstelle und der Zahlstellen bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 15.2 Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, so sollen die übrigen Bestimmungen wirksam bleiben.
- 15.3 Erfüllungsort ist Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland.
- 15.4 Nicht ausschließlicher Gerichtsstand ist Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland.
- 15.5 Für die Kraftloserklärung abhanden gekommener oder vernichteter Schuldverschreibungen sind ausschließlich die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland zuständig.
- 15.6 Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Anleihegläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus der Schuldverschreibung im eigenen Namen und auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen: (a) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibung ein Wertpapierdepot unterhält, welche (i) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Anleihegläubigers enthält, (ii) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und (iii) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Verwahrer eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, welche die vorstehend unter (i) und (ii) bezeichneten Informationen enthält und einen Bestätigungsvermerk des Verwahrers trägt; und (b) er legt eine Kopie der Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des

Verwahrers bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre.

16 Auslegung

Soweit Bestimmungen dieser Anleihebedingungen Bestimmungen der 2003 von der International Swaps and Derivatives Association, Inc. veröffentlichten "ISDA Credit Derivatives Definitions" sachlich entsprechen, sind sie in Übereinstimmung mit dem Verständnis, das führende Marktteilnehmer des Marktes für Kreditderivate hinsichtlich des Inhalts dieser Bestimmungen haben, auszulegen.

Informationen über die Emittentin

Gründung, Firma Sitz und Gegenstand

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) entstand zum 1. Januar 1999 durch die Vereinigung der Südwestdeutschen Landesbank Girozentrale (gegründet 1916), der Landesgirokasse – öffentliche Bank und Landessparkasse (gegründet 1818) – sowie der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Marktteil (gegründet 1924) aufgrund des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg vom 11. November 1998. Ihre Hauptsitze liegen in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und der Satzung hat die LBBW zum Geschäftszweck das Betreiben aller Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Landesbank dienen. Die LBBW ist Universal- und Geschäftsbank. Weiterhin ist die LBBW auch die Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg sowie Hausbank des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart.

Handelsregister

Die Landesbank Baden-Württemberg ist im Handelsregister wie folgt eingetragen: Amtsgericht Stuttgart – Registergericht: Nr. HRA 12704; Amtsgericht Mannheim – Registergericht: Nr. HRA 4356; Amtsgericht Karlsruhe – Registergericht: Nr. HRA 4440.

Kapitalverhältnisse

Am Stammkapital der LBBW in Höhe von EUR 1,280 Mrd. sind das Land Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg zu je 39,5 % und die Landeshauptstadt Stuttgart zu 21 % beteiligt.

Organe

Die Organe der Landesbank Baden-Württemberg sind die Gewährträgerversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand. Weitere Informationen hierzu befinden sich im Geschäftsbericht. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstands ab dem 01.01.2005 wird auf die nach diesem Absatz abgedruckte Übersicht über die Mitglieder des Vorstands verwiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, mit Ausnahme von Herrn Dr. Karl Heidenreich, dessen Geschäftsadresse ist Augustaanlage 33, 68165 Mannheim. Die im Geschäftsbericht aufgeführten Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart.

Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg

Dr. Siegfried Jaschinski	Vorsitzender
Michael Horn	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Karl Heidenreich	
Joachim E. Schielke	
Rudolf Zipf	

Wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften

Die LBBW hat etwa 30 wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften. Die bedeutendsten Tochtergesellschaften sind: die SüdLeasing, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH, die SüdFactoring, die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, die Süd Private Equity GmbH & Co. KGaA, die SÜD VENTURE CAPITAL INVESTITION GMBH & CO. KG, die SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, SüdWERT Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH, die Baden-Württembergische Bank AG, die DekaBank Deutsche Girozentrale, die HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA, das Internationale Bankhaus Bodensee AG und die Cellent AG.

Künftige Struktur des LBBW-Konzerns

Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz in den LBBW- Konzern

Die Anteilseigner der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) (ein öffentlich-rechtliches Institut und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen) und die Anteilseigner der LBBW haben der Integration der LRP in den LBBW- Konzern zugestimmt. Die LRP wurde zum 1. Januar 2005 eine hundertprozentige Tochter der LBBW. Kernmärkte der LRP bleiben Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Regionen, wo sie weiterhin als Mittelstandsbank und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen agieren wird.

Integration der BW-Bank in den LBBW- Konzern

Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank) ist eine bedeutende Geschäftsbank in Baden-Württemberg. Seit April 2003 verfügt die LBBW unmittelbar und mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte an der BW-Bank AG. Der sogenannte Squeeze out der Minderheitsaktionäre an der BW-Bank, der im Sommer 2003 in der Hauptversammlung beschlossen worden war, wurde im Laufe des Jahres 2004 weiter voran getrieben. Nach mehreren Monaten, die durch verfahrenstechnische Verzögerungen der Gegenparteien geprägt waren, obsiegten die BW-Bank und die LBBW Ende September 2004 im erstinstanzlichen Urteil zum Squeeze out. Zur Überwindung der Registersperre, die durch die Anfechtungsklagen der Minderheitsaktionäre gegen das erstinstanzliche Urteil entstand, wurde ein Eilantrag zur Festsetzung des Ausschlusses der Minderheitsaktionäre eingereicht.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg beschlossen, seine indirekt über die Landesstiftung Baden-Württemberg und die Landeskreditbank Baden-Württemberg bzw. die BW-Holding GmbH gehaltenen Anteile an der BW-Bank bei der L-Bank zu bündeln und als Sacheinlage gegen Kapitalerhöhung zum Jahresanfang 2005 bei der LBBW einzubringen. Damit wird die BW-Bank noch enger in die LBBW-Gruppe eingebunden.

Nach dem erfolgten Squeeze out der Minderheitsaktionäre ist beabsichtigt, das Privat- und Unternehmenskundengeschäft des LBBW- Konzerns mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg bei der BW-Bank zu bündeln. Auch die Funktion der LBBW als Sparkasse der Stadt Stuttgart wird auf die BW-Bank übertragen, während das kapitalmarktorientierte und internationale Geschäft der BW-Bank in dasjenige der LBBW eingegliedert wird. Auf dem Weg dorthin wird die BW-Bank in eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt.

Innerhalb des LBBW-Konzerns werden damit also alle Leistungen nur einmal und für die Kunden klar erkennbar vorgehalten. Die BW-Bank AG und die LBBW stehen weiterhin als eigenständige Marken im Wettbewerb mit den übrigen Geschäftsbanken und dem für sie jeweils relevanten Kundenkreis.

Geschäftstätigkeit der LBBW

Das Produktportfolio der LBBW umfaßt sämtliche klassischen Bankprodukte im Einlagen- und Finanzierungsgeschäft für alle Kundengruppen. Dieses Spektrum wird ständig durch innovative Angebote aktualisiert und weiter abgerundet.

Die LBBW versteht sich für ihre vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmenskunden als Partner in jeder Entwicklungsphase. Existenzgründer erhalten entsprechende Darlehen. Die LBBW unterbreitet Angebote zur Wachstumsfinanzierung, berät bei der Expansion (M&A) oder bei Nachfolge-Fragen und gibt alle notwendigen Hilfestellungen bei einem beabsichtigten Börsengang. Spezialfinanzierungen beispielsweise bei Unternehmenskäufen oder Projektfinanzierungen ergänzen die Leistungen der LBBW ebenso wie das internationale Geschäft oder der Geld-, Wertpapier- und Devisenhandel.

Vermögende Kunden erhalten von der LBBW ein umfassendes Angebot zur Anlage und Betreuung ihres Vermögens. Einen intensiven Service erfahren institutionelle Kunden im Asset Management. Das Privatkundengeschäft ist durch Immobilienvermittlungen und –finanzierungen geprägt. Das Geschäft mit öffentlichen Kunden rundet das Leistungsspektrum der Landesbank Baden-Württemberg ab.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Landesbank Baden-Württemberg entspricht dem Kalenderjahr.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2003 war die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichstr. 14, 70174 Stuttgart.

Geschäftsgang und Aussichten

Entwicklung im Geschäftsjahr 2003

Das Geschäftsvolumen des LBBW-Konzerns ist im Jahr 2003 mit einem moderaten Zuwachs von 0,3% auf 368,9 Mrd. € am Jahresende 2003 nahezu unverändert geblieben. Die Konzernbilanzsumme zeigt ebenfalls eine moderate Steigerung von 0,7% oder 2,3 Mrd. € und liegt per 31.12.2003 bei 322,8 Mrd. €.

Für den diesen Trend der Konzernbilanzsumme zeichnen sich auf der Aktivseite zwei gegenläufige Entwicklungen verantwortlich: Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich der Tendenz der letzten Jahre folgend erneut erhöht. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen sie um 5,6 Mrd. € oder 4,4% auf 132,7 Mrd. € per 31.12.2003. Von den gesamten Forderungen an Kreditinstitute entfallen mehr als ein Viertel auf die baden-württembergischen Sparkassen (= 35,4 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden haben sich im selben Zeitraum dagegen um 3,6% oder 3,9 Mrd. € auf 106,1 Mrd. € leicht verringert.

Die Passivseite spiegelt die Entwicklung auf der Aktivseite wider. Auch hier war beim Interbankengeschäft ein Zuwachs zu verzeichnen, die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,7 Mrd. € oder 6,1% auf 99,5 Mrd. € erhöht. Im Gegensatz dazu verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im selben Zeitraum um 3,7 Mrd. € auf 74,1 Mrd. €. Ebenfalls rückläufig entwickelten sich die verbrieften Verbindlichkeiten, die sich um 8,1 Mrd. € oder 6,0 % auf 126,4 Mrd. € verringerten, was vor allem auf einen reduzierten Bestand an Geldmarktpapieren zurückzuführen ist. Trotz dieses Rückgangs stellen die verbrieften Verbindlichkeiten wie in den Vorjahren die Hauptrefinanzierungsquelle des LBBW-Konzerns dar. Das bilanzielle Eigenkapital lag mit 9,8 Mrd. € per 31.12.2003 um 2,3% über dem Vorjahreswert von 9,6 Mrd. €.

Im Vergleich zum Jahr 2002 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung im LBBW-Konzern um 8,4% oder 115,8 Mio. € auf 1.499,0 Mio. € gesteigert werden.

Hierbei hat sich der Zinsüberschuss im Jahr 2003 um 3,5% auf 1.871,0 Mio. € erhöht. An dieser Stelle zeigen sich vor allem die positiven Entwicklungen in den operativen Geschäftsbereichen durch Volumenausweitungen sowie durch Neugeschäftsabschlüsse mit verbesserten Margen. Der Provisionsüberschuss konnte deutlich um 8,9% von 328,3 Mio. € im Jahr 2002 auf 357,4 Mio. € im Jahr 2003 gesteigert werden. Insbesondere die Provisionserträge aus dem Kredit- und Treuhandgeschäft sowie aus dem Auslandsgeschäft konnten zu diesem Anstieg beitragen. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften konnte trotz des zurückhaltenden und risikobewussten Verhaltens der LBBW an den Kapitalmärkten mit 217,1 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2003 auf 1.464,8 Mio. €, das entspricht einem Rückgang von 2,8%. Dies ist zum einen auf gesunkene Personalaufwendungen aufgrund der gegenüber dem Vorjahr um 590 verringerten Mitarbeiterzahl zurückzuführen ist. Zum anderen führte ein konsequentes Kostenmanagement zur Reduktion der anderen Verwaltungsaufwendungen um 4,0%. Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 1,6% auf 518,3 Mio. € verringert.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um 167,3 Mio. € um fast ein Viertel auf 571,6 Mio. € reduziert werden, was hauptsächlich auf eine deutlich verringerte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft zurückzuführen ist.

Wegen der deutlichen Steigerung von mehr als 8% im Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und der um fast ein Viertel verringerten Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 283,1 Mio. € oder 43,9% auf 927,4 Mio. € zum Jahresende 2003 gesteigert werden.

Nach Berücksichtigung der Ausschüttungen auf die stillen Einlagen (229,6 Mio. €) und des von Restrukturierungsaufwendungen geprägten außerordentlichen Ergebnisses (72,3 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss vor Steuern von 625,6 Mio. €, der um 49,8% über dem Vorjahreswert liegt.

Aufgrund einer rückwirkenden Steuergesetzgebung zu Teilwertabschreibungen auf Aktienfondsanteile und dem deutlich gestiegenen Jahresüberschuss vor Steuern erhöhte sich die Steuerposition im LBBW-Konzern um 152,1 Mio. € auf 259,6 Mio. €. Nach Abzug der Steuerposition verbleibt ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 366,0 Mio. €, was einem Plus von 56,0 Mio. € oder 18,1% gegenüber dem Jahresende 2002 entspricht.

G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2003

	2003 (Mrd. EUR)	2002 (Mrd. EUR)
Zinsüberschuss	1,87	1,81
Provisionsüberschuss	0,36	0,33
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,22	0,23
Verwaltungsaufwand	-1,46	-1,51
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	1,50	1,38
Risikovorsorge	-0,57	-0,74
Betriebsergebnis	0,93	0,64
Jahresüberschuss	0,37	0,31

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2003

Aktiva	2003 (Mrd. EUR)	2002 (Mrd. EUR)	Passiva	2003 (Mrd. EUR)	2002 (Mrd. EUR)
Forderungen an Kreditinstitute	132,72	127,13	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	99,51	93,82
Forderungen an Kunden	106,12	110,03	Verbindlichkeiten ggü. Kunden	74,10	70,36
Wertpapiere	70,82	70,90	Verbriefte Verbindlichkeiten	126,44	134,57
Sonstige Aktiva	13,13	12,39	Bilanzielles Eigenkapital	9,80	9,60
	322,79	320,45	Bilanzsumme	322,79	320,45

Entwicklung im ersten Halbjahr 2004

Im ersten Halbjahr 2004 stieg das Geschäftsvolumen im LBBW- Konzern um 3,1% auf 380,5 Mrd. €. Die Konzernbilanzsumme liegt mit 335,8 Mrd. € um 4,0% über dem Wert per 31. Dezember 2003.

Die Volumenausweitung wurde auf der Aktivseite von der Entwicklung der Forderungen an Kreditinstitute dominiert, die sich um 6,2 Mrd. € auf 141,0 Mrd. € erhöht haben. Die baden-württembergischen Sparkassen nutzten im ersten Halbjahr 2004 wiederum rege die Refinanzierungsmöglichkeiten durch die LBBW, was sich darin widerspiegelt, dass die Forderungen an angeschlossene Sparkassen rund ein Viertel der gesamten Forderungen an Kreditinstitute ausmachen (= 34,7 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden zeigen sich mit einem Volumen von 104,7 Mrd. € gegenüber dem Jahresende leicht rückläufig (-1,3%), was vor allem auf einen Rückgang im Kommunalgeschäft zurückzuführen ist. Die Schuldverschreibungen und festverzinslichen Wertpapiere wuchsen gegenüber dem Jahresende 2003 um 8,0% auf 74,3 Mrd. €.

Auf der Passivseite bestimmten die verbrieften Verbindlichkeiten mit einem Zuwachs von 6,5% oder 8,2 Mrd. € auf 134,6 Mrd. € den Volumenanstieg. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bewegen sich mit 99,6 Mrd. € auf dem Niveau des Jahresendes 2003, die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten einen moderaten Anstieg von 3,9% auf 77,0 Mrd. €.

Im Vergleich zum anteiligen Halbjahr 2003 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis um 1,9% auf 763,9 Mio. € gesteigert werden.

Der Zinsüberschuss lag mit 955,0 Mio. € um 19,5 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss konnte ebenfalls gesteigert werden, und zwar von 178,7 Mio. € auf 185,4 Mio. €. Diese positive Entwicklung ist u.a. auf Steigerungen im Wertpapiergeschäft sowie auf den Anstieg der Erträge aus Aval- und Vermittlungsgeschäft zurückzuführen. Der 0,2%ige Zuwachs des Nettoergebnis aus Finanzgeschäften (30.06.2004: 108,8 Mio. €) basiert hauptsächlich auf den guten Ergebnissen des Wertpapierhandels.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten mit einem Niveau von 738,3 Mio. € nahezu auf Vorjahreshöhe gehalten werden (+0,8%). Der Personalaufwand konnte im Vergleich zum anteiligen Vorjahreswert um 1,6% auf 404,7 Mio. € reduziert werden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass zum Halbjahr 2004 357 Mitarbeiter weniger im LBBW-Konzern beschäftigt waren als zum Jahresende 2003 (per 30.06.2004: 12.291 Mitarbeiter).

Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 2,4% auf 253,0 Mio. € leicht verringert. Das darin enthaltene Leasingergebnis konnte jedoch um 6,7 Mio. € auf 147,2 Mio. € gesteigert werden.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis zeigt per 30. Juni 2004 einen Aufwand von 210,8 Mio. € und liegt somit um 26,2% unter dem anteiligen Vorjahreswert. Aufgrund des verringerten Risikovorsorgebedarfs und der Zuwächse in den operativen Bereichen hat sich das Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) um 19,3% auf 553,1 Mio. € erhöht.

G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 30. Juni 2004

	30.06.2004 (Mrd. EUR)	6/12 2003 (Mrd. EUR)
Zinsüberschuss	0,96	0,94
Provisionsüberschuss	0,19	0,18
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,11	0,11
Verwaltungsaufwand	-0,74	-0,73
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	0,76	0,75
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-0,21	-0,29
Betriebsergebnis	0,55	0,46

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 30. Juni 2004

Aktiva	06/2004 (Mrd. EUR)	2003 (Mrd. EUR)	Passiva	06/2004 (Mrd. EUR)	2003 (Mrd. EUR)
Ford. an Kreditinstitute	140,96	132,72	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	99,56	99,51
Forderungen an Kunden	104,74	106,12	Verbindlichkeiten ggü. Kunden	76,96	74,07
Wertpapiere	76,64	70,82	Verbrieftes Verbindlichkeiten	134,61	126,44
Sonstige Aktiva	13,46	13,14	Bilanzielles Eigenkapital	10,09	9,81
			Sonstige Passiva	14,58	12,95
Bilanzsumme	335,80	322,80	Bilanzsumme	335,80	322,80

Ausblick für das Jahr 2005

Die LBBW hat konkrete Maßnahmen in Form eines Zukunftsprogrammes ergriffen, um die Erlöse zu steigern und die Kosten nachhaltig zu senken. In der Planung für das Jahr 2005 wurden daraus resultierende Ziele zugrunde gelegt. Die Landesbank Baden-Württemberg geht davon aus, diese Ziele aufgrund der getroffenen Maßnahmen zu erreichen. Damit dürfte es ihr erneut gelingen, ein ordentliches Ergebnis für das Jahr 2005 zu erwirtschaften.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2005 ist die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) eine 100%ige Tochter der LBBW geworden. Im Geschäftsjahr 2005 erfolgt daher eine Vollkonsolidierung der LRP in den LBBW-Konzern (Vorjahr: quotale Konsolidierung zu 20%). Durch die vollständige Einbeziehung der LRP in den LBBW-Konzern wird sich die Bilanzsumme im Konzern auf rd. 400 Mrd. € erhöhen. Dabei erhöht sich das Stammkapital von 1,28 Mrd. € auf 1,42 Mrd. €. Wesentliche strukturelle Veränderungen in den Bilanz- und Ertragszahlen werden nicht erwartet.

Index definierter Begriffe

Andienung	13, 22, 40	Nachrangigkeit	31
Andienungsbetrag	22	Nennbetrag	31
Andienungsersatzbetrag	22	Nichtzahlung	31
Andienungsmitteilung	22	Öffentlich Zugängliche Informationen.....	31
Andienungstermin.....	22	Öffentliche Informationsquelle	33
Anleihe	5	Öffentlich-Zugängliche-Informations-	
Anleihegläubiger.....	23, 39	Mitteilung	32
Ausgleichsbetrag	23	Qualifizierte Garantie.....	33
Ausgleichsbetragszahlungstermin.....	23	Quellensteuern.....	43
Bankarbeitstag	23	Quotierung	33
Berechnungsstelle	23	Quotierungsbetrag.....	33
Beste Verfügbare Information	23	Quotierungsmethode	33
Bewertungstag	23	Rat	19
C Rules	20	Referenzunternehmen.....	33
Depotbank.....	23	Referenzverbindlichkeit	33
Dividendenpapiere.....	24	Regierungsbehörden	34
Emissionswährung	24	Relevante Verbindlichkeit	34
Emittentin	5, 12, 24, 38	Schuldenrestrukturierung	35
Endfälligkeitstag	24	Schuldverschreibungen	5, 36, 38
Ersatzbetrag	24	Schwellenbetrag.....	36
Ersatz-Referenzverbindlichkeit	24	Securities Act	20
Ersatzschuldner.....	25, 46	Umtauschanleihe	36
Euro	25	Valutierungstag	36
Euro-Vorgänger-Währungen.....	25	Verbindlichkeit.....	36
FSMA	20	Verbindlichkeit gegenüber Mehreren	
Garantin	25, 46	Gläubigern.....	37
Gewichtete Durchschnittsquotierung.....	25	Verbindlichkeitswährung.....	37
Globalurkunde	25, 38	Verträge	46
Händler	25	Verwahrer	6, 37
Insolvenz	25	Verzinsungsbeginn.....	39
Kreditereignis	26	Vollquotierung	37
Kreditereignis-Mitteilung	27	Wandelanleihe	37
Lieferbare Wertpapiere	27	Zahlstelle	6, 37, 45
Manager	8, 28	Zahlungserfordernis	37
Marktwert	28	Zinsperiode	37, 39
Mindestquotierungsbetrag	29	Zinszahlungstag	37, 39
Mitteilungszeitraum.....	29	Zugewachsener Betrag	37
Nachfolgeereignis.....	30	Zugrundeliegende Verpflichtung	33
Nachfolgeunternehmen	29	zusätzliche Beträge	43
Nachfrist.....	30	Zuwachsanleihe	38
Nachfrist-Bankarbeitstag.....	31		

Emittentin

Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2

70173 Stuttgart

Manager

Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2

70173 Stuttgart

Zahlstelle

Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2

70173 Stuttgart

Rechtsberater der Emittentin und des Managers bezüglich deutschen Rechts

Norton Rose Vieregge

Stephanstraße 15

60313 Frankfurt am Main

Landesbank Baden-Württemberg

Stuttgart

Nachtrag

vom 17. Februar 2005

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

zum

Unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005

[● (Währungsangabe)] [● (Betrag)]

**LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit
Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug
auf die Referenzunternehmen [●], [●] und [●] von
2005/[●] - Emission - (Credit Linked Notes)**

-Wertpapier-Kenn-Nummer [●]-, -ISIN: [●]-

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Gegenstand des Prospektes

Gegenstand dieses Nachtrages (nachfolgend „Nachtrag“ genannt) zum Unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 (nachfolgend „Prospekt“ genannt), sind Veränderungen, die für die Beurteilung der Emittentin von wesentlicher Bedeutung sind. Dieser Nachtrag erfolgt aufgrund der ab dem 01.01.2005 erfolgten Änderungen der Kapitalstruktur des LBBW-Konzerns.

Deshalb wird mit diesem Nachtrag der Abschnitt „Kapitalverhältnisse“ im Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 durch den im Folgenden dargestellten Abschnitt „Kapitalverhältnisse“ ersetzt.

Art der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung des Nachtrags erfolgt gem. § 9 Abs. 3 VerkProspG. Die Nachträge und der Unvollständige Verkaufsprospekt werden bei der Landesbank Baden-Württemberg, Abteilung Eigene Emissionen, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Kapitalverhältnisse

Am Stammkapital der LBBW waren bis zum 31. Dezember 2004 das Land Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg zu je 39,5 % und die Landeshauptstadt Stuttgart zu 21 % beteiligt.

Durch die Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) und der BW-Bank in den LBBW-Konzern veränderten sich auch die Eigentumsverhältnisse an der LBBW. Der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz und die Landeskreditbank Baden-Württemberg (ein öffentlich-rechtliches Institut, das sich zu 100% in Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet) erhielten Anteile an der LBBW im Gegenzug für die Anteile an der LRP und an der BW-Holding GmbH, die sie in die LBBW einbrachten.

Seit 1. Januar 2005 verteilen sich die Anteile am Stammkapital der LBBW in Höhe von 1.419 Mio. EUR wie folgt:

Land Baden-Württemberg 35,611%, Sparkassenverband Baden-Württemberg 35,611%, Stadt Stuttgart 18,932%, Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz 4,923% und Landeskreditbank Baden-Württemberg 4,923%.

Stuttgart, den 17. Februar 2005

Landesbank Baden-Württemberg

Landesbank Baden-Württemberg

Stuttgart

Nachtrag

vom 28. Februar 2005

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

zum

Nachtrag Nr. 1 gemäß § 10 Wertpapierverkaufprospektgesetz vom 17 Februar 2005 und zum Unvollständigen Wertpapierverkaufprospekt vom 21. Januar 2005

[● (Währungsangabe)] [● (Betrag)]

**LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit
Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug
auf die Referenzunternehmen [●], [●] und [●] von
2005/[●] - Emission - (Credit Linked Notes)**

-Wertpapier-Kenn-Nummer [●]-, -ISIN: [●]-

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Gegenstand des Prospektes

Gegenstand dieses Nachtrages (nachfolgend „Nachtrag“ genannt) zum Unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 (nachfolgend „Prospekt“ genannt), sind Veränderungen, die für die Beurteilung der Emittentin von wesentlicher Bedeutung sind. Die Emittentin hat aufgrund von Beschlüssen der Gewährträgerversammlung vom 21. Februar 2005 den Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ aktualisiert.

Deshalb wird mit diesem Nachtrag der Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ im Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 durch den im Folgenden dargestellten Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ ersetzt.

Außerdem wurden die als Anhang beigefügten Abschnitte des Nachtrages berichtigt. Im Einzelnen sind dies die Abschnitte 7. „Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg“ auf Seite 7, Punkt 3.3 „Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen“ auf Seite 14 sowie Punkt 1 der Anleihebedingungen „Definition“ auf Seite 23 des Nachtrages Nr. 1 gemäß § 10 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Januar 2005.

Im übrigen weisen wir darauf hin, dass die Landesbank Baden-Württemberg im Rahmen einer Presseerklärung vom heutigen Tag vorläufige Zahlen für das Geschäftsjahr 2004 veröffentlicht hat. Auf die Inhalte dieser Presseerklärung wird hiermit ausdrücklich Bezug genommen. Die endgültigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2004 werden am 12. April 2005 veröffentlicht.

Art der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung des Nachtrags erfolgt gem. § 9 Abs. 3 VerkProspG. Die Nachträge und der Unvollständige Verkaufsprospekt werden bei der Landesbank Baden-Württemberg, Abteilung Eigene Emissionen, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

1 Informationen über die Emittentin

Bezüglich der Informationen über die Emittentin wird zusätzlich auf den Geschäftsbericht 2003 der Landesbank Baden-Württemberg verwiesen. Darin enthalten sind Darstellungen zur Rechtsform, zum Unternehmensgegenstand, zur Konzernbeschreibung, zum Kapital der Emittentin, zu den Auslandsstützpunkten, zur Rechtsaufsichtsbehörde und zur Frage anhängiger Gerichts- und Schiedsverfahren. Ferner ist darin der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers abgedruckt.

Zusätzlich wird auf die unten angefügten Angaben verwiesen.

Gründung, Firma, Sitz und Gegenstand

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) entstand zum 1. Januar 1999 durch die Vereinigung der Südwestdeutschen Landesbank Girozentrale (gegründet 1916), der Landesgirokasse – öffentliche Bank und Landessparkasse (gegründet 1818) – sowie der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Marktteil (gegründet 1924) aufgrund des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg vom 11. November 1998. Ihre Hauptsitze liegen in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und der Satzung hat die LBBW zum Geschäftszweck das Betreiben aller Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Landesbank dienen. Die LBBW ist Universal- und Geschäftsbank. Weiterhin ist die LBBW auch die Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg sowie Hausbank des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart.

Handelsregister

Die Landesbank Baden-Württemberg ist im Handelsregister wie folgt eingetragen: Amtsgericht Stuttgart – Registergericht: Nr. HRA 12704; Amtsgericht Mannheim – Registergericht: Nr. HRA 4356; Amtsgericht Karlsruhe – Registergericht: Nr. HRA 4440.

Kapitalverhältnisse

Am Stammkapital der LBBW waren bis zum 31. Dezember 2004 das Land Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg zu je 39,5 % und die Landeshauptstadt Stuttgart zu 21 % beteiligt.

Durch die Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) und der BW-Bank in den LBBW-Konzern veränderten sich auch die Eigentumsverhältnisse an der LBBW. Der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz und die Landeskreditbank Baden-Württemberg (ein öffentlich-rechtliches Institut, das sich zu 100% in Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet) erhielten Anteile an der LBBW im Gegenzug für die Anteile an der LRP und an der BW-Holding GmbH, die sie in die LBBW einbrachten.

Seit 1. Januar 2005 verteilen sich die Anteile am Stammkapital der LBBW in Höhe von 1.420 Mio. EUR wie folgt:

Land Baden-Württemberg 35,611%, Sparkassenverband Baden-Württemberg 35,611%, Stadt Stuttgart 18,932%, Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz 4,923% und Landeskreditbank Baden-Württemberg 4,923%.

Organe

Die Organe der Landesbank Baden-Württemberg sind die Gewährträgersversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand. Weitere Informationen hierzu befinden sich im Geschäftsbericht. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstands ab dem 01.01.2005 wird auf die nach diesem Absatz abgedruckte Übersicht über die Mitglieder des Vorstands verwiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, mit Ausnahme von Herrn Dr. Karl Heidenreich, dessen Geschäftsadresse ist Augustaanlage 33, 68165 Mannheim. Die im Geschäftsbericht aufgeführten Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart.

Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg

Dr. Siegfried Jaschinski Vorsitzender

Michael Horn Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Karl Heidenreich (bis 30. April 2005)

Joachim E. Schielke

Rudolf Zipf

Die Gewährträgersversammlung hat in ihrer Sitzung am 21. Februar 2005 beschlossen, zum 1. Mai 2005 Herrn Dr. Bernhard Walter und zum frühest möglichen Zeitpunkt Herrn Hans-Joachim Strüder zu Mitgliedern des Vorstands zu bestellen.

Wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften

Die LBBW hat etwa 30 wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften. Die bedeutendsten Tochtergesellschaften sind: die SüdLeasing, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH, die SüdFactoring, die Süd-Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, die Süd Private Equity GmbH & Co. KGaA, die SÜD VENTURE CAPITAL INVESTITION GMBH & CO. KG, die SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, SüdWERT Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH, die Baden-Württembergische Bank AG, die DekaBank Deutsche Girozentrale, die HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA, das Internationale Bankhaus Bodensee AG und die Cellent AG.

Künftige Struktur des LBBW-Konzerns

Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz in den LBBW- Konzern

Die Anteilseigner der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) (ein öffentlich-rechtliches Institut und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen) und die Anteilseigner der LBBW haben der Integration der LRP in den LBBW- Konzern zugestimmt. Die LRP wurde zum 1. Januar 2005 eine hundertprozentige Tochter der LBBW. Kernmärkte der LRP bleiben Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Regionen, wo sie weiterhin als Mittelstandsbank und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen agieren wird.

Integration der BW-Bank in den LBBW- Konzern

Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank) ist eine bedeutende Geschäftsbank in Baden-Württemberg. Seit April 2003 verfügt die LBBW unmittelbar und mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte an der BW-Bank AG. Der sogenannte Squeeze out der Minderheitsaktionäre an der BW-Bank, der im Sommer 2003 in der Hauptversammlung beschlossen worden war, wurde im Laufe des Jahres 2004 weiter voran getrieben. Nach mehreren Monaten, die durch verfahrenstechnische Verzögerungen der Gegenparteien geprägt waren, obsiegten die BW-Bank und die LBBW Ende September 2004 im erstinstanzlichen Urteil zum Squeeze out. Zur Überwindung der Registersperre, die durch die Anfechtungsklagen der Minderheitsaktionäre gegen das erstinstanzliche Urteil entstand, wurde ein Eilantrag zur Festsetzung des Ausschlusses der Minderheitsaktionäre eingereicht.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg beschlossen, seine indirekt über die Landesstiftung Baden-Württemberg und die Landeskreditbank Baden-Württemberg bzw. die BW-Holding GmbH gehaltenen Anteile an der BW-Bank bei der L-Bank zu bündeln und als Sacheinlage gegen Kapitalerhöhung zum Jahresanfang 2005 bei der LBBW einzubringen. Damit wird die BW-Bank noch enger in die LBBW-Gruppe eingebunden.

Nach dem erfolgten Squeeze out der Minderheitsaktionäre ist beabsichtigt, das Privat- und Unternehmenskundengeschäft des LBBW- Konzerns mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg bei der BW-Bank zu bündeln. Auch die Funktion der LBBW als Sparkasse der Stadt Stuttgart wird auf die BW-Bank übertragen, während das kapitalmarktorientierte und internationale Geschäft der BW-Bank in dasjenige der LBBW eingegliedert wird. Auf dem Weg dorthin wird die BW-Bank in eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt.

Innerhalb des LBBW-Konzerns werden damit also alle Leistungen nur einmal und für die Kunden klar erkennbar vorgehalten. Die BW-Bank AG und die LBBW stehen weiterhin als eigenständige Marken im Wettbewerb mit den übrigen Geschäftsbanken und dem für sie jeweils relevanten Kundenkreis.

Geschäftstätigkeit der LBBW

Das Produktportfolio der LBBW umfaßt sämtliche klassischen Bankprodukte im Einlagen- und Finanzierungsgeschäft für alle Kundengruppen. Dieses

Spektrum wird ständig durch innovative Angebote aktualisiert und weiter abgerundet.

Die LBBW versteht sich für ihre vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmenskunden als Partner in jeder Entwicklungsphase. Existenzgründer erhalten entsprechende Darlehen. Die LBBW unterbreitet Angebote zur Wachstumsfinanzierung, berät bei der Expansion (M&A) oder bei Nachfolge-Fragen und gibt alle notwendigen Hilfestellungen bei einem beabsichtigten Börsengang. Spezialfinanzierungen beispielsweise bei Unternehmenskäufen oder Projektfinanzierungen ergänzen die Leistungen der LBBW ebenso wie das internationale Geschäft oder der Geld-, Wertpapier- und Devisenhandel.

Vermögende Kunden erhalten von der LBBW ein umfassendes Angebot zur Anlage und Betreuung ihres Vermögens. Einen intensiven Service erfahren institutionelle Kunden im Asset Management. Das Privatkundengeschäft ist durch Immobilienvermittlungen und -finanzierungen geprägt. Das Geschäft mit öffentlichen Kunden rundet das Leistungsspektrum der Landesbank Baden-Württemberg ab.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Landesbank Baden-Württemberg entspricht dem Kalenderjahr.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 war die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichstr. 14, 70174 Stuttgart.

Geschäftsgang und Aussichten

Entwicklung im Geschäftsjahr 2003

Das Geschäftsvolumen des LBBW-Konzerns ist im Jahr 2003 mit einem moderaten Zuwachs von 0,3% auf 368,9 Mrd. € am Jahresende 2003 nahezu unverändert geblieben. Die Konzernbilanzsumme zeigt ebenfalls eine moderate Steigerung von 0,7% oder 2,3 Mrd. € und liegt per 31.12.2003 bei 322,8 Mrd. €.

Für diesen Trend der Konzernbilanzsumme zeichnen sich auf der Aktivseite zwei gegenläufige Entwicklungen verantwortlich: Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich der Tendenz der letzten Jahre folgend erneut erhöht. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen sie um 5,6 Mrd. € oder 4,4% auf 132,7 Mrd. € per 31.12.2003. Von den gesamten Forderungen an Kreditinstitute entfallen mehr als ein Viertel auf die baden-württembergischen Sparkassen (= 35,4 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden haben sich im selben Zeitraum dagegen um 3,6% oder 3,9 Mrd. € auf 106,1 Mrd. € leicht verringert.

Die Passivseite spiegelt die Entwicklung auf der Aktivseite wider. Auch hier war beim Interbankengeschäft ein Zuwachs zu verzeichnen, die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,7 Mrd. € oder 6,1% auf 99,5 Mrd. € erhöht. Im Gegensatz dazu verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im selben Zeitraum um 3,7 Mrd. € auf 74,1 Mrd. €. Ebenfalls rückläufig entwickelten sich die verbrieften Verbindlichkeiten, die sich um 8,1 Mrd. € oder 6,0 % auf 126,4 Mrd. € verringerten, was vor allem auf einen reduzierten Bestand an Geldmarktpapieren zurückzuführen ist. Trotz dieses Rückgangs stellen die verbrieften Verbindlichkeiten wie in den Vorjahren die Hauptrefinanzierungsquelle des LBBW-Konzerns dar. Das bilanzielle Eigenkapital lag mit 9,8 Mrd. € per 31.12.2003 um 2,3% über dem Vorjahreswert von 9,6 Mrd. €.

Im Vergleich zum Jahr 2002 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung im LBBW-Konzern um 8,4% oder 115,8 Mio. € auf 1.499,0 Mio. € gesteigert werden.

Hierbei hat sich der Zinsüberschuss im Jahr 2003 um 3,5% auf 1.871,0 Mio. € erhöht. An dieser Stelle zeigen sich vor allem die positiven Entwicklungen in den operativen Geschäftsbereichen durch Volumenausweitungen sowie durch Neugeschäftsabschlüsse mit verbesserten Margen. Der Provisionsüberschuss konnte deutlich um 8,9% von 328,3 Mio. € im Jahr 2002 auf 357,4 Mio. € im Jahr 2003 gesteigert werden. Insbesondere die Provisionserträge aus dem Kredit- und Treuhandgeschäft sowie aus dem Auslandsgeschäft konnten zu diesem Anstieg beitragen. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften konnte trotz des zurückhaltenden und risikobewussten Verhaltens der LBBW an den Kapitalmärkten mit 217,1 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2003 auf 1.464,8 Mio. €, das entspricht einem Rückgang von 2,8%. Dies ist zum einen auf gesunkene Personalaufwendungen aufgrund der gegenüber dem Vorjahr um 590 verringerten Mitarbeiterzahl zurückzuführen ist. Zum anderen führte ein konsequentes Kostenmanagement zur Reduktion der anderen Verwaltungsaufwendungen um 4,0%. Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 1,6% auf 518,3 Mio. € verringert.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um 167,3 Mio. € um fast ein Viertel auf 571,6 Mio. € reduziert werden, was hauptsächlich auf eine deutlich verringerte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft zurückzuführen ist.

Wegen der deutlichen Steigerung von mehr als 8% im Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und der um fast ein Viertel verringerten Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte das Ergebnis der normalen

Geschäftstätigkeit um 283,1 Mio. € oder 43,9% auf 927,4 Mio. € zum Jahresende 2003 gesteigert werden.

Nach Berücksichtigung der Ausschüttungen auf die stillen Einlagen (229,6 Mio. €) und des von Restrukturierungsaufwendungen geprägten außerordentlichen Ergebnisses (72,3 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss vor Steuern von 625,6 Mio. €, der um 49,8% über dem Vorjahreswert liegt.

Aufgrund einer rückwirkenden Steuergesetzgebung zu Teilwertabschreibungen auf Aktienfondsanteile und dem deutlich gestiegenen Jahresüberschuss vor Steuern erhöhte sich die Steuerposition im LBBW-Konzern um 152,1 Mio. € auf 259,6 Mio. €. Nach Abzug der Steuerposition verbleibt ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 366,0 Mio. €, was einem Plus von 56,0 Mio. € oder 18,1% gegenüber dem Jahresende 2002 entspricht.

G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2003

	2003 (Mrd. EUR)	2002 (Mrd. EUR)
Zinsüberschuss	1,87	1,81
Provisionsüberschuss	0,36	0,33
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,22	0,23
Verwaltungsaufwand	-1,46	-1,51
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	1,50	1,38
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-0,57	-0,74
Betriebsergebnis	0,93	0,64
Jahresüberschuss	0,37	0,31

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2003

Aktiva	2003 (Mrd. EUR)	2002 (Mrd. EUR)	Passiva	2003 (Mrd. EUR)	2002 (Mrd. EUR)
Forderungen an Kreditinstitute	132,72	127,13	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	99,51	93,82
Ford. an Kunden	106,12	110,03	Verbindlichkeiten ggü. Kunden	74,10	70,36
Wertpapiere	70,82	70,90	Verbriefte Verbindlichkeiten	126,44	134,57
Sonstige Aktiva	13,13	12,39	Bilanzielles Eigenkapital	9,80	9,60
Bilanzsumme	322,79	320,45	Sonstige Passiva	22,74	21,70
			Bilanzsumme	322,79	320,45

Entwicklung im ersten Halbjahr 2004

Im ersten Halbjahr 2004 stieg das Geschäftsvolumen im LBBW-Konzern um 3,1% auf 380,5 Mrd. €. Die Konzernbilanzsumme liegt mit 335,8 Mrd. € um 4,0% über dem Wert per 31. Dezember 2003.

Die Volumenausweitung wurde auf der Aktivseite von der Entwicklung der Forderungen an Kreditinstitute dominiert, die sich um 6,2 Mrd. € auf 141,0 Mrd. € erhöht haben. Die baden-württembergischen Sparkassen nutzten im ersten Halbjahr 2004 wiederum rege die Refinanzierungsmöglichkeiten durch die LBBW, was sich darin widerspiegelt, dass die Forderungen an angeschlossene Sparkassen rund ein Viertel der gesamten Forderungen an Kreditinstitute ausmachen (= 34,7 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden zeigen sich mit einem Volumen von 104,7 Mrd. € gegenüber dem Jahresende leicht rückläufig (-1,3%), was vor allem auf einen Rückgang im Kommunalgeschäft zurückzuführen ist. Die Schuldverschreibungen und festverzinslichen Wertpapiere wuchsen gegenüber dem Jahresende 2003 um 8,0% auf 74,3 Mrd. €.

Auf der Passivseite bestimmten die verbrieften Verbindlichkeiten mit einem Zuwachs von 6,5% oder 8,2 Mrd. € auf 134,6 Mrd. € den Volumenanstieg. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bewegen sich mit 99,6 Mrd. € auf dem Niveau des Jahresendes 2003, die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten einen moderaten Anstieg von 3,9% auf 77,0 Mrd. €.

Im Vergleich zum anteiligen Halbjahr 2003 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis um 1,9% auf 763,9 Mio. € gesteigert werden.

Der Zinsüberschuss lag mit 955,0 Mio. € um 19,5 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss konnte ebenfalls gesteigert werden, und zwar von 178,7 Mio. € auf 185,4 Mio. €. Diese positive Entwicklung ist u.a. auf Steigerungen im Wertpapiergeschäft sowie auf den Anstieg der Erträge aus Aval- und Vermittlungsgeschäft zurückzuführen. Der 0,2%ige Zuwachs des Nettoergebnis aus Finanzgeschäften (30.06.2004: 108,8 Mio. €) basiert hauptsächlich auf den guten Ergebnissen des Wertpapierhandels.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten mit einem Niveau von 738,3 Mio. € nahezu auf Vorjahreshöhe gehalten werden (+0,8%). Der Personalaufwand konnte im Vergleich zum anteiligen Vorjahreswert um 1,6% auf 404,7 Mio. € reduziert werden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass zum Halbjahr 2004 357 Mitarbeiter weniger im LBBW-Konzern beschäftigt waren als zum Jahresende 2003 (per 30.06.2004: 12.291 Mitarbeiter).

Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 2,4% auf 253,0 Mio. € leicht verringert. Das darin enthaltene Leasingergebnis konnte jedoch um 6,7 Mio. € auf 147,2 Mio. € gesteigert werden.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis zeigt per 30. Juni 2004 einen Aufwand von 210,8 Mio. € und liegt somit um 26,2% unter dem anteiligen Vorjahreswert. Aufgrund des verringerten Risikovorsorgebedarfs und der Zuwächse in den operativen Bereichen hat sich das Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) um 19,3% auf 553,1 Mio. € erhöht.

G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 30. Juni 2004

	30.06.2004 (Mrd. EUR)	6/12 2003 (Mrd. EUR)
Zinsüberschuss	0,96	0,94
Provisionsüberschuss	0,19	0,18
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,11	0,11
Verwaltungsaufwand	-0,74	-0,73
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	0,76	0,75
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-0,21	-0,29
Betriebsergebnis	0,55	0,46

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 30. Juni 2004

Aktiva		06/ 2004 (Mrd. EUR)	2003 (Mrd. EUR)	Passiva		06/ 2004 (Mrd. EUR)	2003 (Mrd. EUR)
Ford. an Kreditinstitute		140,96	132,72	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten		99,56	99,51
Forderungen an Kunden		104,74	106,12	Verbindlichkeiten ggü. Kunden		76,96	74,07
Wertpapiere		76,64	70,82	Verbriefte Verbindlichkeiten		134,61	126,44
Sonstige Aktiva		13,46	13,14	Bilanzielles Eigenkapital		10,09	9,81
				Sonstige Passiva		14,58	12,95
Bilanzsumme		335,80	322,80	Bilanzsumme		335,80	322,80

Ausblick für das Jahr 2005

Die LBBW hat konkrete Maßnahmen in Form eines Zukunftsprogrammes ergriffen, um die Erlöse zu steigern und die Kosten nachhaltig zu senken. In der Planung für das Jahr 2005 wurden daraus resultierende Ziele zugrunde gelegt. Die Landesbank Baden-Württemberg geht davon aus, diese Ziele aufgrund der getroffenen Maßnahmen zu erreichen. Damit dürfte es ihr erneut gelingen, ein ordentliches Ergebnis für das Jahr 2005 zu erwirtschaften.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2005 ist die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) eine 100%ige Tochter der LBBW geworden. Im Geschäftsjahr 2005 erfolgt daher eine Vollkonsolidierung der LRP in den LBBW-Konzern (Vorjahr: quotale Konsolidierung zu 20%). Durch die vollständige Einbeziehung der LRP in den LBBW-Konzern wird sich die Bilanzsumme im Konzern auf rd. 400 Mrd. € erhöhen. Dabei erhöht sich das Stammkapital von 1,28 Mrd. € auf 1,42 Mrd. €. Wesentliche strukturelle Veränderungen in den Bilanz- und Ertragszahlen werden nicht erwartet.

Die Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

In der Auseinandersetzung um die von der Europäischen Kommission geforderte Umgestaltung des Haftungssystems der deutschen Landesbanken haben sich die Kommission und die Koch-Weser-Gruppe (als Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer) am 17. Juli 2001 und am 28. Februar 2002 über die Umgestaltung der bisherigen Haftungsgrundlagen und die hierfür geltenden Übergangsfristen verständigt. Die Kommission hat daraufhin am 27. März 2002 gemäß den oben genannten Vereinbarungen zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden am 11. April 2002 von der Bundesregierung vorbehaltlos akzeptiert.

Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 16. Oktober 2002 das „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“ beschlossen; die Veröffentlichung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg erfolgte am 11. November 2002. Darüber hinaus hat die Gewährträgersversammlung der LBBW am 18. November 2002 und am 13. Dezember 2004 jeweils eine „Satzung zur Änderung der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg“ („Änderungssatzung“) beschlossen. Die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg erfolgte am 12. Dezember 2002 und am 31. Dezember 2004. Durch das Änderungsgesetz und die Änderungssatzungen, die am 19. Juli 2005 in Kraft treten, werden das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg an die mit der Europäischen Kommission vereinbarten Veränderungen der Haftungsstrukturen angepasst.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Die Gewährträgerhaftung wird nach einem vierjährigen Übergangszeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 abgeschafft. Im Hinblick auf Verbindlichkeiten der Landesbank, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart werden, ist im Änderungsgesetz u. a. das Folgende geregelt:

- Die Träger der Landesbank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Landesbank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt; für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.
- Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen des Instituts nicht befriedigt werden können.

Was die Anstaltslast anbelangt, so wird diese mit Wirkung ab 19. Juli 2005 gemäß den mit der Europäischen Kommission vereinbarten Prinzipien ersetzt. Das Änderungsgesetz sieht diesbezüglich insbesondere die folgenden Regelungen vor:

- Die Träger unterstützen die Landesbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der im Landesbankgesetz niedergelegten Vorschriften.
- Es besteht weder eine Verpflichtung der Träger noch ein Anspruch der Landesbank gegen die Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Durch das Änderungsgesetz wird auch das Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (AGGVG) geändert. Diese Änderung hat zur Folge, dass die LBBW mit Wirkung ab 19. Juli 2005 die Insolvenzfähigkeit besitzen wird.

Stuttgart, den 28. Februar 2005

Landesbank Baden-Württemberg

Anhang:

Seite 7

des Unvollständigen Wertpapierverkaufsprospektes vom 21.01.2005:

von Miteigentumsanteilen an der Dauerglobalurkunde lieferbar und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Clearstream Banking AG frei übertragbar.

1 Rechtsstreitigkeiten

Weder die Emittentin noch eine ihrer konsolidierten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind oder waren in Gerichts- oder Schiedsverfahren involviert, welche einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Emittentin haben können oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, noch sind solche Verfahren anhängig oder angedroht.

2 Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

Einleitung

In der Auseinandersetzung um die von der Europäischen Kommission geforderte Umgestaltung des Haftungssystems der deutschen Landesbanken haben sich die Kommission und die Koch-Weser-Gruppe (als Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer) am 17. Juli 2001 und am 28. Februar 2002 über die Umgestaltung der bisherigen Haftungsgrundlagen und die hierfür geltenden Übergangsfristen verständigt. Die Kommission hat daraufhin am 27. März 2002 gemäß den oben genannten Vereinbarungen zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden am 11. April 2002 von der Bundesregierung vorbehaltlos akzeptiert.

Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 16. Oktober 2002 das „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“ beschlossen; die Veröffentlichung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg erfolgte am 11. November 2002. Darüber hinaus hat die Gewährträgerversammlung der LBBW am 18. November 2002 und am 13. Dezember 2004 jeweils eine „Satzung zur Änderung der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg“ („Änderungssatzung“) beschlossen. Die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg erfolgte am 12. Dezember 2002 und am 31. Dezember 2004. Durch das Änderungsgesetz und die Änderungssatzungen, die am 19. Juli 2005 in Kraft treten, werden das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg an die mit der Europäischen Kommission vereinbarten Veränderungen der Haftungsstrukturen angepasst.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Die Gewährträgerhaftung wird nach einem vierjährigen Übergangszeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 abgeschafft. Im Hinblick auf

Verbindlichkeiten der Landesbank, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart werden, ist im Änderungsgesetz u. a. das Folgende geregelt:

Die Träger der Landesbank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Landesbank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt; für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend

Seite 14 **des Unvollständigen Wertpapierverkaufsprospektes vom 21.01.2005:**

3 Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen

- 3.1 Mit dem Kauf der Schuldverschreibungen erwirbt jeder Anleihegläubiger Ansprüche gegen die Emittentin auf Zinszahlungen aus der Anleihe und auf Rückzahlung des jeweiligen Nennbetrages. Die Zinszahlungen werden [jährlich/halbjährlich/vierteljährlich /monatlich/einmalig] nachträglich fällig.
- 3.2 Der Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf ein oder mehrere Referenzunternehmen führt dazu, dass Zinsen weder für die Zinsperiode, in der ein Kreditereignis eingetreten ist, noch für die nachfolgenden Zinsperioden gezahlt werden. Außerdem erlischt die Verpflichtung der Emittentin, die Anleihe am Endfälligkeitstag zurückzuzahlen.
- 3.3 Anstelle dessen tritt die Verpflichtung der Emittentin, den Anleihegläubigern für eine Schuldverschreibung spätestens am Andienungstermin nach Maßgabe der in der Andienungsmitteilung zum Ausdruck gekommenen Wahl der Emittentin entweder (a) Lieferbare Wertpapiere des jeweiligen Referenzunternehmens, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, in Höhe des Andienungsbetrages zu übereignen („Andienung“) oder (b) einen Andienungsersatzbetrag zu zahlen. Die Andienung der Lieferbaren Wertpapiere hat in der Höhe des Andienungsbetrags zu erfolgen. Eine etwaige Differenz zwischen dem Andienungsbetrag und dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung hat die Emittentin durch einen Ausgleichsbetrag abzugelten. Andienungsersatzbetrag bezeichnet einen Betrag je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit (bzw. in besonderen Fällen eines anderen Wertpapiers des Referenzunternehmens) am Bewertungstag ergibt. Der Wert der andegedienten Wertpapiere oder des Andienungsersatzbetrags kann deutlich unter dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen liegen. Im schlechtesten Fall erhalten die Anleihegläubiger nur einen Ersatzbetrag in Höhe von 1% des Nennbetrags der Schuldverschreibungen.

4 Rückgriff nur gegen die Emittentin

Die Schuldverschreibungen stellen ausschließlich Verbindlichkeiten der Emittentin dar.

5 Kein Anspruch gegen ein Referenzunternehmen

Die Schuldverschreibungen begründen kein Rechtsverhältnis zwischen den Anleihegläubigern und den jeweiligen Referenzunternehmen. Im Verlustfall hat der Anleihegläubiger im Hinblick auf die Schuldverschreibungen keinen Rückgriffsanspruch gegenüber dem jeweiligen Referenzunternehmen.

6 Auswechseln von Referenzunternehmen

Tritt bei einem Referenzunternehmen eine Fusion, Spaltung (entweder durch freiwilligen Tausch von Verbindlichkeiten oder in anderer Art und Weise), Zusammenlegung, Verschmelzung, Übertragung oder ein ähnliches Ereignis ein, kann dieses Referenzunternehmen für die Zwecke dieser Anleihe durch ein Nachfolgeunternehmen ersetzt werden. Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen hängt dann von der Bonität dieses Nachfolgeunternehmens ab.

7 Risiko der Wertentwicklung

Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann sich wesentlich von einer direkten Anlage in Schuldtiteln, die von den jeweiligen Referenzunternehmen ausgegeben werden, unterscheiden. Der Eintritt eines Kreditereignisses bezüglich des jeweiligen

Seite 23

Des Unvollständigen Wertpapierverkaufsprospektes:

Anleihebedingungen

1 Definitionen

Andienung hat die in Ziffer 5.5 dieser Anleihebedingungen bestimmte Bedeutung.

Andienungsbetrag bezeichnet den ausstehenden Nominalbetrag eines Lieferbaren Wertpapiers oder den kumulierten Nominalbetrag mehrerer Lieferbarer Wertpapiere am Bewertungstag (ausschließlich etwaiger aufgelaufener, aber noch nicht ausgezahlter Zinsen), der entweder dem Nennbetrag einer Schuldverschreibung entspricht oder ihm möglichst nahe kommt. Sind die jeweiligen Lieferbaren Wertpapiere nicht in [●] denominated, ist der [●]-Gegenwert zum [●]-FiXing am Bewertungstag zu bestimmen. Das [●]-FiXing wird, als ein in [●] ausgedrückter Kassa-Mittelkurs derzeit auf der Reuters Seite „[●]“ um [●] Uhr am Sitz der Berechnungsstelle veröffentlicht. Wird an dem maßgeblichen Bankarbeitstag kein solches [●]-FiXing festgestellt, wird die Emittentin an dem Bewertungstag aufgrund von Angeboten von mindestens zwei im Devisenhandel führenden Banken in Frankfurt am Main einen Mittelkurs (Durchschnitt zwischen Geld- und Briefkursen) für die betreffende Währung berechnen.

Besteht unter einem Lieferbaren Wertpapier im Falle des Eintritts oder Nichteintritts einer Bedingung die Verpflichtung, einen höheren als den ausstehenden Nominalbetrag zu zahlen, so ist die Differenz zum ausstehenden Nominalbetrag bei der Anrechnung auf den Nennbetrag einer

Schuldverschreibung nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes nicht in Ansatz zu bringen.

"Andienungersatzbetrag" bezeichnet einen Betrag in [●] je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert der maßgeblichen Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatz-Referenzverbindlichkeit am Bewertungstag, ausgedrückt als Prozentsatz, ergibt.

Wenn das jeweilige Referenzunternehmen, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist, ein oder mehrere Wertpapiere begeben hat, die an dem Bankarbeitstag vor der Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung nur deshalb keine Lieferbaren Wertpapiere sind, weil sie die unter der Definition „Lieferbare Wertpapiere Nr. 1 (f) und (g)“ beschriebene Voraussetzung nicht erfüllen („Beschränkt-Übertragbare Wertpapiere“), berechnet die Emittentin den Andienungersatzbetrag abweichend von der in vorstehendem Absatz beschriebenen Methode als einen Betrag in [●] je Schuldverschreibung, der sich aus der Multiplikation des Nennbetrages einer Schuldverschreibung mit dem Marktwert eines Beschränkt-Übertragbaren Wertpapiers am Bewertungstag, ausgedrückt als Prozentsatz, ergibt. In diesem Fall ist der Begriff „Marktwert“ sowie sämtliche Regelungen dieser Anleihebedingungen, die der Ermittlung des Marktwerts dienen, so zu lesen, dass „Referenzverbindlichkeit bzw. Ersatzreferenzverbindlichkeit“ ersetzt ist durch Beschränkt-Übertragbares Wertpapier. Sollten an dem Bankarbeitstag vor der Veröffentlichung einer Andienungsmitteilung mehrere von dem jeweiligen Referenzunternehmen emittierte Wertpapiere Beschränkt-Übertragbare Wertpapiere sein, legt die Emittentin das Beschränkt-Übertragbare Wertpapier mit dem niedrigsten Marktwert für die Berechnung des Andienungersatzbetrags zugrunde.

Die Auszahlung des Andienungersatzbetrages je Schuldverschreibung, erfolgt bis spätestens zum Andienungstermin über den Verwahrer bzw. über die depotführenden Banken zur Gutschrift auf den Konten der Anleihegläubiger gegen Ausbuchung der jeweiligen Depotguthaben für die Schuldverschreibungen. Die Emittentin ist verpflichtet, die Auszahlung des festgelegten Andienungersatzbetrags je Schuldverschreibung sowie alle eingeholten Quotierungen und die exakte Berechnung des Andienungsbetrages gemäß Ziffer 13 dieser Anleihebedingungen zu veröffentlichen."

Landesbank Baden-Württemberg

Stuttgart

Nachtrag

vom 04. Mai 2005

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

zum

zum Unvollständigen Wertpapierverkaufsprospekt vom 21. Januar 2005, ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005 und vom 28. Februar 2005 über Anleihen mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf Referenzunternehmen (Credit Linked Notes)

[● (Währungsangabe)] [● (Betrag)]

**LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit
Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug
auf die Referenzunternehmen [●], [●] und [●] von
2005/[●] - Emission - (Credit Linked Notes)**

-Wertpapier-Kenn-Nummer [●]-, -ISIN: [●]-

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Gegenstand des Nachtrags

Gegenstand dieses Nachtrages (nachfolgend „Nachtrag“ genannt) zum Unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 (nachfolgend „Prospekt“ genannt), ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005 und vom 28. Februar 2005, sind Veränderungen, die nach Veröffentlichung des Unvollständigen Verkaufsprospekts vom 21. Januar 2005 und den Nachträgen gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005 und vom 28. Februar 2005 eingetreten und für die Beurteilung der Wertpapiere und der Emittentin von wesentlicher Bedeutung sind. Die Emittentin hat Zahlen und Fakten zu Ihrer Geschäftsentwicklung für das Jahr 2004 veröffentlicht. Außerdem gab es Änderungen im Vorstand.

Deshalb wird mit diesem Nachtrag der Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ im Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 in der Gestalt der Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005 und vom 28. Februar 2005 durch den im Folgenden dargestellten Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ ersetzt.

Art der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung des Nachtrags erfolgt gem. § 9 Abs. 3 VerkProspG. Die Nachträge und der Unvollständige Verkaufsprospekt werden bei der Landesbank Baden-Württemberg, Abteilung Eigene Emissionen, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Informationen über die Emittentin

Bezüglich der Informationen über die Emittentin wird zusätzlich auf den Geschäftsbericht 2004 der Landesbank Baden-Württemberg verwiesen. Darin enthalten sind Darstellungen zur Rechtsform, zum Unternehmensgegenstand, zur Konzernbeschreibung, zum Kapital der Emittentin, zu den Auslandsstützpunkten, zur Rechtsaufsichtsbehörde und zur Frage anhängiger Gerichts- und Schiedsverfahren. Ferner ist darin der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers abgedruckt.

Zusätzlich wird auf die unten angefügten Angaben verwiesen.

Gründung, Firma, Sitz und Gegenstand

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) entstand zum 1. Januar 1999 durch die Vereinigung der Südwestdeutschen Landesbank Girozentrale (gegründet 1916), der Landesgirokasse – öffentliche Bank und Landessparkasse (gegründet 1818) – sowie der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Marktteil (gegründet 1924) aufgrund des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg vom 11. November 1998. Ihre Hauptsitze liegen in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und der Satzung hat die LBBW zum Geschäftszweck das Betreiben aller Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Landesbank dienen. Die LBBW ist Universal- und Geschäftsbank. Weiterhin ist die LBBW auch die Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg sowie Hausbank des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart.

Handelsregister

Die Landesbank Baden-Württemberg ist im Handelsregister wie folgt eingetragen: Amtsgericht Stuttgart – Registergericht: Nr. HRA 12704; Amtsgericht Mannheim – Registergericht: Nr. HRA 4356; Amtsgericht Karlsruhe – Registergericht: Nr. HRA 4440.

Kapitalverhältnisse

Am Stammkapital der LBBW waren bis zum 31. Dezember 2004 das Land Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg zu je 39,5 % und die Landeshauptstadt Stuttgart zu 21 % beteiligt.

Durch die Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) und der BW-Bank in den LBBW-Konzern veränderten sich auch die Eigentumsverhältnisse an der LBBW. Der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz und die Landeskreditbank Baden-Württemberg (ein öffentlich-rechtliches Institut, das sich zu 100% in Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet) erhielten Anteile an der LBBW im Gegenzug für die Anteile an der LRP und an der BW-Holding GmbH, die sie in die LBBW einbrachten.

Seit 1. Januar 2005 verteilen sich die Anteile am Stammkapital der LBBW in Höhe von 1. 420 Mio. EUR wie folgt:

Land Baden-Württemberg 35,611%, Sparkassenverband Baden-Württemberg 35,611%, Stadt Stuttgart 18,932%, Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz 4,923% und Landeskreditbank Baden-Württemberg 4,923%.

Organe

Die Organe der Landesbank Baden-Württemberg sind die Gewährträgersversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand. Weitere Informationen hierzu befinden sich im Geschäftsbericht. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstands ab dem 01.01.2005 wird auf die nach diesem Absatz abgedruckte Übersicht über die Mitglieder des Vorstands verwiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, mit Ausnahme von Herrn Dr. Karl Heidenreich, dessen Geschäftsadresse ist Augustaanlage 33, 68165 Mannheim. Die im Geschäftsbericht aufgeführten Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart.

Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg

Dr. Siegfried Jaschinski	Vorsitzender
Michael Horn	Stellvertretender Vorsitzender
Joachim E. Schielke	
Hans-Joachim Strüder	
Dr. Bernhard Walter	
Rudolf Zipf	

Wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften

Die LBBW hat etwa 30 wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften. Die bedeutendsten Tochtergesellschaften sind: die SüdLeasing, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH, die SüdFactoring, die Süd-Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, die Süd Private Equity GmbH & Co. KGaA, die SÜD VENTURE CAPITAL INVESTITION GMBH & CO. KG, die SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, SüdWERT Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH, die Baden-Württembergische Bank AG, die DekaBank Deutsche Girozentrale, die HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA, das Internationale Bankhaus Bodensee AG und die Cellent AG.

Künftige Struktur des LBBW-Konzerns

Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz in den LBBW- Konzern

Die Anteilseigner der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) (ein öffentlich-rechtliches Institut und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen) und die Anteilseigner der LBBW haben der Integration der LRP in den LBBW- Konzern zugestimmt. Die LRP wurde zum 1. Januar 2005 eine hundertprozentige Tochter der LBBW. Kernmärkte der LRP bleiben Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Regionen, wo sie weiterhin als Mittelstandsbank und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen agieren wird.

Integration der BW-Bank in den LBBW- Konzern

Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank) ist eine bedeutende Geschäftsbank in Baden-Württemberg. Seit April 2003 verfügt die LBBW unmittelbar und mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte an der BW-Bank AG.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg beschlossen, seine indirekt über die Landesstiftung Baden-Württemberg und die Landeskreditbank Baden-Württemberg bzw. die BW-Holding GmbH gehaltenen Anteile an der BW-Bank bei der L-Bank zu bündeln und als Sacheinlage gegen Kapitalerhöhung zum Jahresanfang 2005 bei der LBBW einzubringen. Damit wurde die BW-Bank noch enger in die LBBW-Gruppe eingebunden.

Nach dem erfolgten Squeeze out der Minderheitsaktionäre ist beabsichtigt, das Privat- und Unternehmenskundengeschäft des LBBW- Konzerns mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg bei der BW-Bank zu bündeln. Auch die Funktion der LBBW als Sparkasse der Stadt Stuttgart wird auf die BW-Bank übertragen, während das kapitalmarktorientierte und internationale Geschäft der BW-Bank in dasjenige der LBBW eingegliedert wird. Dazu wird die BW-Bank als rechtlich unselbständige Anstalt in der LBBW auf der Basis eines eigenen Statuts organisiert werden. Dies soll im Lauf des Jahres 2005 vollzogen werden.

Innerhalb des LBBW-Konzerns werden damit also alle Leistungen nur einmal und für die Kunden klar erkennbar vorgehalten. Die LBBW und die BW-Bank als Unternehmen der LBBW stehen weiterhin als eigenständige Marken im Wettbewerb mit den übrigen Geschäftsbanken und dem für sie jeweils relevanten Kundenkreis.

Der sogenannte Squeeze-out der Minderheitsaktionäre der BW-Bank, der im Sommer 2003 in der Hauptversammlung beschlossen worden war, wurde im April 2005 vom Oberlandesgericht Stuttgart (OLG) abschließend als rechtmäßig qualifiziert. Das OLG Stuttgart hat die Berufung der Kläger mit Beschluss vom 8. April 2005 zurückgewiesen. Es hat damit rechtskräftig die von Anfang an geäußerte Rechtsauffassung der LBBW in allen Punkten bestätigt. Im April 2005 ging außerdem noch eine Nichtigkeitsklage gegen den obigen Hauptversammlungsbeschluss ein, die jedoch von der LBBW als

rechtsmissbräuchlich und rechtlich haltlos eingestuft wird. Derzeit werden alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Schritte geprüft.

Geschäftstätigkeit der LBBW

Das Produktportfolio der LBBW umfaßt sämtliche klassischen Bankprodukte im Einlagen- und Finanzierungsgeschäft für alle Kundengruppen. Dieses Spektrum wird ständig durch innovative Angebote aktualisiert und weiter abgerundet.

Die LBBW versteht sich für ihre vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmenskunden als Partner in jeder Entwicklungsphase. Existenzgründer erhalten entsprechende Darlehen. Die LBBW unterbreitet Angebote zur Wachstumsfinanzierung, berät bei der Expansion (M&A) oder bei Nachfolge-Fragen und gibt alle notwendigen Hilfestellungen bei einem beabsichtigten Börsengang. Spezialfinanzierungen beispielsweise bei Unternehmenskäufen oder Projektfinanzierungen ergänzen die Leistungen der LBBW ebenso wie das internationale Geschäft oder der Geld-, Wertpapier- und Devisenhandel.

Vermögende Kunden erhalten von der LBBW ein umfassendes Angebot zur Anlage und Betreuung ihres Vermögens. Einen intensiven Service erfahren institutionelle Kunden im Asset Management. Das Privatkundengeschäft ist durch Immobilienvermittlungen und -finanzierungen geprägt. Das Geschäft mit öffentlichen Kunden rundet das Leistungsspektrum der Landesbank Baden-Württemberg ab.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Landesbank Baden-Württemberg entspricht dem Kalenderjahr.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 war die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichstr. 14, 70174 Stuttgart.

Geschäftsgang und Aussichten

Entwicklung im Geschäftsjahr 2004

Das Geschäftsvolumen des LBBW-Konzerns ist im Jahr 2004 um 4,3% auf 384,9 Mrd. € angestiegen. Die Konzernbilanzsumme zeigt eine Steigerung von 5,3% oder 17,0 Mrd. € und liegt per 31.12.2004 bei 339,8 Mrd. €.

Auf der Aktivseite konnten vor allem die Forderungen an Kreditinstitute und die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere zu diesem Anstieg beigetragen. Das Volumen der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhte sich um 12,4 Mrd. € auf 81,2

Mrd. €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg der Schuldverschreibungen von Kreditinstituten. Mit einem Zuwachs von 5,4 Mrd. € auf 138,1 Mrd. € haben die Forderungen an Kreditinstitute ebenfalls zum Wachstum der Bilanzsumme beitragen. Von den gesamten Forderungen an Kreditinstitute entfallen mehr als ein Viertel auf die baden-württembergischen Sparkassen (= 35,8 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden sind im selben Zeitraum mit einem Volumen von 105,5 Mrd. € weitgehend stabil geblieben (-0,5%). Dieser leichte Rückgang resultiert hauptsächlich aus Forderungen an die öffentliche Hand, die sich nach einem starken Wachstum im Vorjahr mit einem Rückgang von 3,9% von 31,7 Mrd. € auf 30,5 Mrd. € per 31.12.2004 verringert haben.

Auf der Passivseite verzeichneten alle wesentlichen Positionen Zuwächse: Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,8 Mrd. € oder 1,8% auf 101,3 Mrd. € erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich im selben Zeitraum um 3,0 Mrd. € auf 77,1 Mrd. € gesteigert. Das größte Wachstum mit einem Plus von 11,5 Mrd. € oder 9,1% verzeichneten die verbrieften Verbindlichkeiten, sodass diese zum 31.12.2004 mit einem Volumen von 138,0 Mrd. € wie in den Vorjahren die Hauptrefinanzierungsquelle des LBBW-Konzerns darstellten. Das bilanzielle Eigenkapital lag mit 10,1 Mrd. € per 31.12.2004 um 3,0% über dem Vorjahreswert von 9,8 Mrd. €.

Im Vergleich zum Jahr 2003 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung im LBBW-Konzern erneut um 5,4% oder 80,2 Mio. € auf 1.579,2 Mio. € gesteigert werden.

Hierbei hat sich der Zinsüberschuss im Jahr 2004 um 6,4% auf 1.990,5 Mio. € erhöht. An dieser Stelle zeigen sich vor allem die positiven Entwicklungen in den operativen Geschäftsbereichen durch Volumenausweitungen sowie durch Neugeschäftsabschlüsse mit verbesserten Margen. Der Provisionsüberschuss konnte deutlich um 8,6% von 357,4 Mio. € im Jahr 2003 auf 388,0 Mio. € im Jahr 2004 gesteigert werden. Insbesondere die Provisionserträge aus dem Vermittlungs- sowie dem Wertpapiergeschäft und konnten zu diesem Anstieg beitragen.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften konnte mit 147,7 Mio. € trotz des zurückhaltenden und risikobewussten Verhaltens der LBBW an den Kapitalmärkten nicht an das gute Vorjahresergebnis von 217,1 Mio. € anknüpfen.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2004 auf 1.500,2 Mio. €, das entspricht einem leichten Anstieg von 2,4%. Trotz des fortgeführten Stellenabbaus von 12.648 auf 12.184 Mitarbeiter im Jahr 2004 erhöhte sich der in den Verwaltungsaufwendungen enthaltene Personalaufwand um 2,7% auf 844,8 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf Tarifierhöhungen und in Folge dessen höhere Aufwendungen für Altersvorsorge zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 6,7% auf 553,2 Mio. € erhöht.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um 44,4 Mio. € auf 527,2 Mio. € reduziert werden, was hauptsächlich auf eine verringerte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft zurückzuführen ist.

Wegen der rund 5%igen Steigerung im Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und der um 7,8% verringerten Position Risikovorsorge/

Bewertungsergebnis konnte das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 124,6 Mio. € oder 13,4% auf 1.052,0 Mio. € zum Jahresende 2004 gesteigert werden.

Nach Berücksichtigung der Belastung durch Ausschüttungen auf die stillen Einlagen (230,1 Mio. €) und des wie im Vorjahr von Restrukturierungsaufwendungen geprägten außerordentlichen Ergebnisses (-82,5 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss vor Steuern von 739,4 Mio. €, der um 18,2% über dem Vorjahreswert von 625,6 Mio. € liegt.

Der Steueraufwand verringerte sich trotz eines abermals gestiegenen Jahresüberschuss vor Steuern um 8,6% auf 237,3 Mio. €. Ursache hierfür waren im Vorjahr enthaltene Sondereffekte aufgrund einer rückwirkenden Steuergesetzgebung zu Teilwertabschreibungen auf Aktienfondsanteile. Nach Abzug der Steuerposition verbleibt ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 502,1 Mio. €, was einem Plus von 136,1 Mio. € oder 37,2% gegenüber dem Jahresende 2003 entspricht.

Auszug aus der G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2004

	2004 Mio. €	2003 Mio. €
Zinsüberschuss	1.990,5	1.871,0
Provisionsüberschuss	388,0	357,4
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	147,7	217,1
Verwaltungsaufwand	-1.500,2	-1.464,9
Sonst. betriebliche Erträge/ Aufwendungen	553,2	518,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	1.579,2	1.499,0
Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	-527,2	-571,6
Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit)	1.052,0	927,4
Jahresüberschuss	502,1	366,0

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2004

Aktiva	2004 (Mrd. €)	2003 (Mrd. €)	Passiva	2004 (Mrd. €)	2003 (Mrd. €)
Forderungen an Kreditinstitute	138,1	132,7	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	101,3	99,5
Ford. an Kunden	105,5	106,1	Verbindlichkeiten ggü. Kunden	77,1	74,1
Wertpapiere	83,7	70,8	Verbriefte Verbindlichkeiten	138,0	126,4
Sonstige Aktiva	12,4	13,1	Sonstige Passiva	13,3	13,0
			Bilanzielles Eigenkapital	10,1	9,8
Bilanzsumme	339,8	322,8	Bilanzsumme	339,8	322,8

Ausblick für das Jahr 2005

Die LBBW hat konkrete Maßnahmen in Form eines Zukunftsprogrammes ergriffen, um die Erlöse zu steigern und die Kosten nachhaltig zu senken. In der Planung für das Jahr 2005 wurden daraus resultierende Ziele zugrunde gelegt. Die Landesbank Baden-Württemberg geht davon aus, diese Ziele aufgrund der getroffenen Maßnahmen zu erreichen. Damit dürfte es ihr erneut gelingen, ein ordentliches Ergebnis für das Jahr 2005 zu erwirtschaften.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2005 ist die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) eine 100%ige Tochter der LBBW geworden. Im Geschäftsjahr 2005 erfolgt daher eine Vollkonsolidierung der LRP in den LBBW-Konzern (Vorjahr: quotale Konsolidierung zu 20%). Durch die vollständige Einbeziehung der LRP in den LBBW-Konzern wird sich die Bilanzsumme im Konzern auf rd. 400 Mrd. € erhöhen. Dabei erhöht sich das Stammkapital von 1,28 Mrd. € auf 1,42 Mrd. €. Wesentliche strukturelle Veränderungen in den Bilanz- und Ertragszahlen werden nicht erwartet.

Die Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

In der Auseinandersetzung um die von der Europäischen Kommission geforderte Umgestaltung des Haftungssystems der deutschen Landesbanken haben sich die Kommission und die Koch-Weser-Gruppe (als Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer) am 17. Juli 2001 und am 28. Februar 2002 über die Umgestaltung der bisherigen Haftungsgrundlagen und die hierfür geltenden Übergangsfristen verständigt. Die Kommission hat daraufhin am 27. März 2002 gemäß den oben genannten Vereinbarungen

zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden am 11. April 2002 von der Bundesregierung vorbehaltlos akzeptiert.

Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 16. Oktober 2002 das „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“ beschlossen; die Veröffentlichung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg erfolgte am 11. November 2002. Darüber hinaus hat die Gewährträgerversammlung der LBBW am 18. November 2002 und am 13. Dezember 2004 jeweils eine „Satzung zur Änderung der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg“ („Änderungssatzung“) beschlossen. Die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg erfolgte am 12. Dezember 2002 und am 31. Dezember 2004. Durch das Änderungsgesetz und die Änderungssatzungen, die am 19. Juli 2005 in Kraft treten, werden das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg an die mit der Europäischen Kommission vereinbarten Veränderungen der Haftungsstrukturen angepasst.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Die Gewährträgerhaftung wird nach einem vierjährigen Übergangszeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 abgeschafft. Im Hinblick auf Verbindlichkeiten der Landesbank, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart werden, ist im Änderungsgesetz u. a. das Folgende geregelt:

- Die Träger der Landesbank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Landesbank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt; für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.
- Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen des Instituts nicht befriedigt werden können.

Was die Anstaltslast anbelangt, so wird diese mit Wirkung ab 19. Juli 2005 gemäß den mit der Europäischen Kommission vereinbarten Prinzipien ersetzt. Das Änderungsgesetz sieht diesbezüglich insbesondere die folgenden Regelungen vor:

- Die Träger unterstützen die Landesbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der im Landesbankgesetz niedergelegten Vorschriften.
- Es besteht weder eine Verpflichtung der Träger noch ein Anspruch der Landesbank gegen die Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Durch das Änderungsgesetz wird auch das Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (AGGVG) geändert. Diese Änderung hat zur Folge, dass die LBBW mit Wirkung ab 19. Juli 2005 die Insolvenzfähigkeit besitzen wird.

Stuttgart, den 04. Mai 2005

Landesbank Baden-Württemberg

Landesbank Baden-Württemberg

Stuttgart

Nachtrag

vom 02. Juni 2005

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

zum

zum Unvollständigen Wertpapierverkaufsprospekt vom 21. Januar 2005, ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005 und vom 04. Mai 2005 über Anleihen mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf Referenzunternehmen (Credit Linked Notes)

[● (Währungsangabe)] [● (Betrag)]

**LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit Anleihenandienungsrecht
ohne Kapitalgarantie in Bezug auf die
Referenzunternehmen [●], [●] und [●] von 2005/[●] -
Emission - (Credit Linked Notes)**

-Wertpapier-Kenn-Nummer [●]-, -ISIN: [●]-

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Gegenstand des Nachtrags

Gegenstand dieses Nachtrages (nachfolgend „Nachtrag“ genannt) zum Unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 (nachfolgend „Prospekt“ genannt), ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005 und vom 04. Mai 2005 sind Veränderungen, die nach Veröffentlichung des Unvollständigen Verkaufsprospekts vom 21. Januar 2005 und den Nachträgen gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005 und vom 04. Mai 2005 eingetreten und für die Beurteilung der Wertpapiere und der Emittentin von wesentlicher Bedeutung sind.

Die Emittentin hat aufgrund der Änderungen in der Konzernstruktur den Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ aktualisiert.

Deshalb wird mit diesem Nachtrag der Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ im Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 in der Gestalt der Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005 und vom 04. Mai 2005 durch den im Folgenden dargestellten Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ ersetzt.

Art der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung des Nachtrags erfolgt gem. § 9 Abs. 3 VerkProspG. Der Nachtrag und der Unvollständige Verkaufsprospekt werden bei der Landesbank Baden-Württemberg, Abteilung Eigene Emissionen, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Informationen über die Emittentin

Bezüglich der Informationen über die Emittentin wird zusätzlich auf den Geschäftsbericht 2004 der Landesbank Baden-Württemberg verwiesen. Darin enthalten sind Darstellungen zur Rechtsform, zum Unternehmensgegenstand, zur Konzernbeschreibung, zum Kapital der Emittentin, zu den Auslandsstützpunkten, zur Rechtsaufsichtsbehörde und zur Frage anhängiger Gerichts- und Schiedsverfahren. Ferner ist darin der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers abgedruckt.

Zusätzlich wird auf die unten angefügten Angaben verwiesen.

Gründung, Firma, Sitz und Gegenstand

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) entstand zum 1. Januar 1999 durch die Vereinigung der Südwestdeutschen Landesbank Girozentrale (gegründet 1916), der Landesgirokasse – öffentliche Bank und Landessparkasse (gegründet 1818) – sowie der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Marktteil (gegründet 1924) aufgrund des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg vom 11. November 1998. Ihre Hauptsitze liegen in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und der Satzung hat die LBBW zum Geschäftszweck das Betreiben aller Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Landesbank dienen. Die LBBW ist Universal- und Geschäftsbank. Weiterhin ist die LBBW auch die Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg sowie Hausbank des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart.

Handelsregister

Die Landesbank Baden-Württemberg ist im Handelsregister wie folgt eingetragen: Amtsgericht Stuttgart – Registergericht: Nr. HRA 12704; Amtsgericht Mannheim – Registergericht: Nr. HRA 4356; Amtsgericht Karlsruhe – Registergericht: Nr. HRA 4440.

Kapitalverhältnisse

Am Stammkapital der LBBW waren bis zum 31. Dezember 2004 das Land Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg zu je 39,5 % und die Landeshauptstadt Stuttgart zu 21 % beteiligt.

Durch die Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) und der BW-Bank in den LBBW-Konzern veränderten sich auch die Eigentumsverhältnisse an der LBBW. Der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz und die Landeskreditbank Baden-Württemberg (ein öffentlich-rechtliches Institut, das sich zu 100% in Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet) erhielten Anteile an der LBBW im Gegenzug für die Anteile an der LRP und an der BW-Holding GmbH, die sie in die LBBW einbrachten.

Seit 1. Januar 2005 verteilen sich die Anteile am Stammkapital der LBBW in Höhe von 1.420 Mio. EUR wie folgt:

Land Baden-Württemberg 35,611%, Sparkassenverband Baden-Württemberg 35,611%, Stadt Stuttgart 18,932%, Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz 4,923% und Landeskreditbank Baden-Württemberg 4,923%.

Organe

Die Organe der Landesbank Baden-Württemberg sind die Gewährträgersammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand. Weitere Informationen hierzu befinden sich im Geschäftsbericht. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstands ab dem 01.01.2005 wird auf die nach diesem Absatz abgedruckte Übersicht über die Mitglieder des Vorstands verwiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, mit Ausnahme von Herrn Dr. Karl Heidenreich, dessen Geschäftsadresse ist Augustaanlage 33, 68165 Mannheim. Die im Geschäftsbericht aufgeführten Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart.

Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg

Dr. Siegfried Jaschinski	Vorsitzender
Michael Horn	Stellvertretender Vorsitzender
Joachim E. Schielke	
Hans-Joachim Strüder	
Dr. Bernhard Walter	
Rudolf Zipf	

Wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften

Die LBBW hat etwa 30 wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften. Die bedeutendsten Tochtergesellschaften sind: die SüdLeasing, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH, die SüdFactoring, die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, die Süd Private Equity GmbH & Co. KGaA, die SÜD VENTURE CAPITAL INVESTITION GMBH & CO. KG, die SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, SüdWERT Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH, die Baden-Württembergische Bank AG, die DekaBank Deutsche Girozentrale, die HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA, das Internationale Bankhaus Bodensee AG und die Cellent AG.

Künftige Struktur des LBBW-Konzerns

Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz in den LBBW- Konzern

Die Anteilseigner der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) (ein öffentlich-rechtliches Institut und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen) und die

Anteilseigner der LBBW haben der Integration der LRP in den LBBW- Konzern zugestimmt. Die LRP wurde zum 1. Januar 2005 eine hundertprozentige Tochter der LBBW. Kernmärkte der LRP bleiben Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Regionen, wo sie weiterhin als Mittelstandsbank und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen agieren wird.

Integration der BW-Bank in den LBBW- Konzern

Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank) ist eine bedeutende Geschäftsbank in Baden-Württemberg. Seit April 2003 verfügt die LBBW unmittelbar und mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte an der BW-Bank AG.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg beschlossen, seine indirekt über die Landesstiftung Baden-Württemberg und die Landeskreditbank Baden-Württemberg bzw. die BW-Holding GmbH gehaltenen Anteile an der BW-Bank bei der L-Bank zu bündeln und als Sacheinlage gegen Kapitalerhöhung zum Jahresanfang 2005 bei der LBBW einzubringen. Damit wurde die BW-Bank noch enger in die LBBW-Gruppe eingebunden.

Nach dem erfolgten Squeeze out der Minderheitsaktionäre ist beabsichtigt, das Privat- und Unternehmenskundengeschäft des LBBW- Konzerns mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg bei der BW-Bank zu bündeln. Auch die Funktion der LBBW als Sparkasse der Stadt Stuttgart wird auf die BW-Bank übertragen, während das kapitalmarktorientierte und internationale Geschäft der BW-Bank in dasjenige der LBBW eingegliedert wird. Dazu wird die BW-Bank als rechtlich unselbständige Anstalt in der LBBW auf der Basis eines eigenen Statuts organisiert werden. Dies soll im Lauf des Jahres 2005 vollzogen werden.

Innerhalb des LBBW-Konzerns werden damit also alle Leistungen nur einmal und für die Kunden klar erkennbar vorgehalten. Die LBBW und die BW-Bank als Unternehmen der LBBW stehen weiterhin als eigenständige Marken im Wettbewerb mit den übrigen Geschäftsbanken und dem für sie jeweils relevanten Kundenkreis.

Der sogenannte Squeeze-out der Minderheitsaktionäre der BW-Bank, der im Sommer 2003 in der Hauptversammlung beschlossen worden war, wurde im April 2005 vom Oberlandesgericht Stuttgart (OLG) abschließend als rechtmäßig qualifiziert. Das OLG Stuttgart hat die Berufung der Kläger mit Beschluss vom 8. April 2005 zurückgewiesen. Es hat damit rechtskräftig die von Anfang an geäußerte Rechtsauffassung der LBBW in allen Punkten bestätigt. Im April 2005 ging außerdem noch eine Nichtigkeitsklage gegen den obigen Hauptversammlungsbeschluss ein.

Die Parteien haben am 10. Mai 2005 einen Vergleich geschlossen.

Daraufhin wurde der Hauptversammlungsbeschluss am 10. Mai 2005 in das Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart eingetragen.

Geschäftstätigkeit der LBBW

Das Produktportfolio der LBBW umfaßt sämtliche klassischen Bankprodukte im Einlagen- und Finanzierungsgeschäft für alle Kundengruppen. Dieses Spektrum wird ständig durch innovative Angebote aktualisiert und weiter abgerundet.

Die LBBW versteht sich für ihre vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmenskunden als Partner in jeder Entwicklungsphase. Existenzgründer erhalten entsprechende Darlehen. Die LBBW unterbreitet Angebote zur Wachstumsfinanzierung, berät bei der Expansion (M&A) oder bei Nachfolge-Fragen und gibt alle notwendigen Hilfestellungen bei einem beabsichtigten Börsengang. Spezialfinanzierungen beispielsweise bei Unternehmenskäufen oder Projektfinanzierungen ergänzen die Leistungen der LBBW ebenso wie das internationale Geschäft oder der Geld-, Wertpapier- und Devisenhandel.

Vermögende Kunden erhalten von der LBBW ein umfassendes Angebot zur Anlage und Betreuung ihres Vermögens. Einen intensiven Service erfahren institutionelle Kunden im Asset Management. Das Privatkundengeschäft ist durch Immobilienvermittlungen und -finanzierungen geprägt. Das Geschäft mit öffentlichen Kunden rundet das Leistungsspektrum der Landesbank Baden-Württemberg ab.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Landesbank Baden-Württemberg entspricht dem Kalenderjahr.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 war die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichstr. 14, 70174 Stuttgart.

Geschäftsgang und Aussichten

Entwicklung im Geschäftsjahr 2004

Das Geschäftsvolumen des LBBW-Konzerns ist im Jahr 2004 um 4,3% auf 384,9 Mrd. € angestiegen. Die Konzernbilanzsumme zeigt eine Steigerung von 5,3% oder 17,0 Mrd. € und liegt per 31.12.2004 bei 339,8 Mrd. €.

Auf der Aktivseite konnten vor allem die Forderungen an Kreditinstitute und die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere zu diesem Anstieg beigetragen. Das Volumen der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhte sich um 12,4 Mrd. € auf 81,2 Mrd. €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg der Schuldverschreibungen von Kreditinstituten. Mit einem Zuwachs von 5,4 Mrd. € auf 138,1 Mrd. € haben die Forderungen an Kreditinstitute ebenfalls zum Wachstum der Bilanzsumme beitragen. Von den gesamten Forderungen an Kreditinstitute entfallen mehr als ein Viertel auf die baden-württembergischen Sparkassen (= 35,8 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden sind im selben Zeitraum mit einem Volumen von 105,5 Mrd. € weitgehend stabil geblieben (-0,5%). Dieser leichte Rückgang resultiert hauptsächlich aus Forderungen an die öffentliche Hand, die sich nach einem

starken Wachstum im Vorjahr mit einem Rückgang von 3,9% von 31,7 Mrd. € auf 30,5 Mrd. € per 31.12.2004 verringert haben.

Auf der Passivseite verzeichneten alle wesentlichen Positionen Zuwächse: Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im abgelaufenen

Geschäftsjahr um 1,8 Mrd. € oder 1,8% auf 101,3 Mrd. € erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich im selben Zeitraum um 3,0 Mrd. € auf 77,1 Mrd. € gesteigert. Das größte Wachstum mit einem Plus von 11,5 Mrd. € oder 9,1% verzeichneten die verbrieften Verbindlichkeiten, sodass diese zum 31.12.2004 mit einem Volumen von 138,0 Mrd. € wie in den Vorjahren die Hauptrefinanzierungsquelle des LBBW-Konzerns darstellten. Das bilanzielle Eigenkapital lag mit 10,1 Mrd. € per 31.12.2004 um 3,0% über dem Vorjahreswert von 9,8 Mrd. €.

Im Vergleich zum Jahr 2003 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung im LBBW-Konzern erneut um 5,4% oder 80,2 Mio. € auf 1.579,2 Mio. € gesteigert werden.

Hierbei hat sich der Zinsüberschuss im Jahr 2004 um 6,4% auf 1.990,5 Mio. € erhöht. An dieser Stelle zeigen sich vor allem die positiven Entwicklungen in den operativen Geschäftsbereichen durch Volumenausweitungen sowie durch Neugeschäftsabschlüsse mit verbesserten Margen. Der Provisionsüberschuss konnte deutlich um 8,6% von 357,4 Mio. € im Jahr 2003 auf 388,0 Mio. € im Jahr 2004 gesteigert werden. Insbesondere die Provisionserträge aus dem Vermittlungs- sowie dem Wertpapiergeschäft und konnten zu diesem Anstieg beitragen.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften konnte mit 147,7 Mio. € trotz des zurückhaltenden und risikobewussten Verhaltens der LBBW an den Kapitalmärkten nicht an das gute Vorjahresergebnis von 217,1 Mio. € anknüpfen.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2004 auf 1.500,2 Mio. €, das entspricht einem leichten Anstieg von 2,4%. Trotz des fortgeführten Stellenabbaus von 12.648 auf 12.184 Mitarbeiter im Jahr 2004 erhöhte sich der in den Verwaltungsaufwendungen enthaltene Personalaufwand um 2,7% auf 844,8 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf Tarifierhöhungen und in Folge dessen höhere Aufwendungen für Altersvorsorge zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 6,7% auf 553,2 Mio. € erhöht.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um 44,4 Mio. € auf 527,2 Mio. € reduziert werden, was hauptsächlich auf eine verringerte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft zurückzuführen ist.

Wegen der rund 5%igen Steigerung im Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und der um 7,8% verringerten Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 124,6 Mio. € oder 13,4% auf 1.052,0 Mio. € zum Jahresende 2004 gesteigert werden.

Nach Berücksichtigung der Belastung durch Ausschüttungen auf die stillen Einlagen (230,1 Mio. €) und des wie im Vorjahr von Restrukturierungsaufwendungen geprägten außerordentlichen Ergebnisses (-82,5 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss vor Steuern von 739,4 Mio. €, der um 18,2% über dem Vorjahreswert von 625,6 Mio. € liegt.

Der Steueraufwand verringerte sich trotz eines abermals gestiegenen Jahresüberschuss vor Steuern um 8,6% auf 237,3 Mio. €. Ursache hierfür waren im Vorjahr enthaltene Sondereffekte aufgrund einer rückwirkenden Steuergesetzgebung zu Teilwertabschreibungen auf Aktienfondsanteile. Nach Abzug der Steuerposition verbleibt ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 502,1 Mio. €, was einem Plus von 136,1 Mio. € oder 37,2% gegenüber dem Jahresende 2003 entspricht.

Auszug aus der G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2004

	2004 Mio. €	2003 Mio. €
Zinsüberschuss	1.990,5	1.871,0
Provisionsüberschuss	388,0	357,4
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	147,7	217,1
Verwaltungsaufwand	-1.500,2	-1.464,9
Sonst. betriebliche Erträge/ Aufwendungen	553,2	518,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	1.579,2	1.499,0
Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	-527,2	-571,6
Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit)	1.052,0	927,4
Jahresüberschuss	502,1	366,0

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2004

Aktiva	2004 (Mrd. €)	2003 (Mrd. €)	Passiva	2004 (Mrd. €)	2003 (Mrd. €)
Forderungen an Kredit- institute	138,1	132,7	Verbindlich- keiten ggü. Kreditinstituten	101,3	99,5
Ford. an Kunden	105,5	106,1	Verbindlich- keiten ggü. Kunden	77,1	74,1
Wertpapiere	83,7	70,8	Verbriefte Verbindlich- keiten	138,0	126,4
Sonstige Aktiva	12,4	13,1	Sonstige Passiva	13,3	13,0
			Bilanzielles Eigenkapital	10,1	9,8
Bilanzsumme	339,8	322,8	Bilanzsumme	339,8	322,8

Ausblick für das Jahr 2005

Die LBBW hat konkrete Maßnahmen in Form eines Zukunftsprogrammes ergriffen, um die Erlöse zu steigern und die Kosten nachhaltig zu senken. In der Planung für das Jahr 2005 wurden daraus resultierende Ziele zugrunde gelegt. Die Landesbank Baden-Württemberg geht davon aus, diese Ziele aufgrund der getroffenen Maßnahmen zu erreichen. Damit dürfte es ihr erneut gelingen, ein ordentliches Ergebnis für das Jahr 2005 zu erwirtschaften.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2005 ist die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) eine 100%ige Tochter der LBBW geworden. Im Geschäftsjahr 2005 erfolgt daher eine Vollkonsolidierung der LRP in den LBBW-Konzern (Vorjahr: quotale Konsolidierung zu 20%). Durch die vollständige Einbeziehung der LRP in den LBBW-Konzern wird sich die Bilanzsumme im Konzern auf rd. 400 Mrd. € erhöhen. Dabei erhöht sich das

Stammkapital von 1,28 Mrd. € auf 1,42 Mrd. €. Wesentliche strukturelle Veränderungen in den Bilanz- und Ertragszahlen werden nicht erwartet.

Die Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

In der Auseinandersetzung um die von der Europäischen Kommission geforderte Umgestaltung des Haftungssystems der deutschen Landesbanken haben sich die Kommission und die Koch-Weser-Gruppe (als Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer) am 17. Juli 2001 und am 28. Februar 2002 über die Umgestaltung der bisherigen Haftungsgrundlagen und die hierfür geltenden Übergangsfristen verständigt. Die Kommission hat daraufhin am 27. März 2002 gemäß den oben genannten Vereinbarungen zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden am 11. April 2002 von der Bundesregierung vorbehaltlos akzeptiert.

Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 16. Oktober 2002 das „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“ beschlossen; die Veröffentlichung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg erfolgte am 11. November 2002. Darüber hinaus hat die Gewährträgerversammlung der LBBW am 18. November 2002 und am 13. Dezember 2004 jeweils eine „Satzung zur Änderung der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg“ („Änderungssatzung“) beschlossen. Die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg erfolgte am 12. Dezember 2002 und am 31. Dezember 2004. Durch das Änderungsgesetz und die Änderungssatzungen, die am 19. Juli 2005 in Kraft treten, werden das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg an die mit der Europäischen Kommission vereinbarten Veränderungen der Haftungsstrukturen angepasst.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Die Gewährträgerhaftung wird nach einem vierjährigen Übergangszeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 abgeschafft. Im Hinblick auf Verbindlichkeiten der Landesbank, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart werden, ist im Änderungsgesetz u. a. das Folgende geregelt:

- Die Träger der Landesbank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Landesbank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt; für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.
- Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser

Verbindlichkeiten aus dem Vermögen des Instituts nicht befriedigt werden können.

Was die Anstaltslast anbelangt, so wird diese mit Wirkung ab 19. Juli 2005 gemäß den mit der Europäischen Kommission vereinbarten Prinzipien ersetzt. Das Änderungsgesetz sieht diesbezüglich insbesondere die folgenden Regelungen vor:

- Die Träger unterstützen die Landesbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der im Landesbankgesetz niedergelegten Vorschriften.
- Es besteht weder eine Verpflichtung der Träger noch ein Anspruch der Landesbank gegen die Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Durch das Änderungsgesetz wird auch das Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (AGGVG) geändert. Diese Änderung hat zur Folge, dass die LBBW mit Wirkung ab 19. Juli 2005 die Insolvenzfähigkeit besitzen wird.

Stuttgart, den 02. Juni 2005

Landesbank Baden-Württemberg

Landesbank Baden-Württemberg

Stuttgart

Nachtrag

vom 05. Oktober 2005

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

zum

zum Unvollständigen Wertpapierverkaufsprospekt vom 21. Januar 2005, ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005, 04. Mai 2005 und vom 02. Juni 2005 über Anleihen mit Anleihenandienungsrecht ohne Kapitalgarantie in Bezug auf Referenzunternehmen (Credit Linked Notes)

[● (Währungsangabe)] [● (Betrag)]

**LBBW [●] ([●]) [●] % Anleihe mit Anleihenandienungsrecht
ohne Kapitalgarantie in Bezug auf die
Referenzunternehmen [●], [●] und [●] von 2005/[●] -
Emission - (Credit Linked Notes)**

-Wertpapier-Kenn-Nummer [●]-, -ISIN: [●]-

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Gegenstand des Nachtrags

Gegenstand dieses Nachtrages (nachfolgend „Nachtrag“ genannt) zum Unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 (nachfolgend „Prospekt“ genannt), ergänzt durch die Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005, 04. Mai 2005 und vom 02. Juni 2005 sind Veränderungen, die nach Veröffentlichung des Unvollständigen Verkaufsprospekts vom 21. Januar 2005 und den Nachträgen gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005, 04. Mai 2005 und vom 02. Juni 2005 eingetreten und für die Beurteilung der Wertpapiere und der Emittentin von wesentlicher Bedeutung sind.

Die Emittentin hat aufgrund von Änderungen den Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ aktualisiert.

Deshalb wird mit diesem Nachtrag der Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ im Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 21. Januar 2005 in der Gestalt der Nachträge gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz vom 17. Februar 2005, 28. Februar 2005, 04. Mai 2005 und vom 02. Juni 2005 durch den im Folgenden dargestellten Abschnitt „Informationen über die Emittentin“ ersetzt.

Art der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung des Nachtrags erfolgt gem. § 9 Abs. 3 VerkProspG. Der Nachtrag und der Unvollständige Verkaufsprospekt werden bei der Landesbank Baden-Württemberg, Abteilung Back Office Emissionen, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Informationen über die Emittentin

Bezüglich der Informationen über die Emittentin wird zusätzlich auf den Geschäftsbericht 2004 der Landesbank Baden-Württemberg verwiesen. Darin enthalten sind Darstellungen zur Rechtsform, zum Unternehmensgegenstand, zur Konzernbeschreibung, zum Kapital der Emittentin, zu den Auslandsstützpunkten, zur Rechtsaufsichtsbehörde und zur Frage anhängiger Gerichts- und Schiedsverfahren. Ferner ist darin der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers abgedruckt.

Zusätzlich wird auf die unten angefügten Angaben verwiesen.

Gründung, Firma, Sitz und Gegenstand

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) entstand zum 1. Januar 1999 durch die Vereinigung der Südwestdeutschen Landesbank Girozentrale (gegründet 1916), der Landesgirokasse – öffentliche Bank und Landessparkasse (gegründet 1818) – sowie der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Marktteil (gegründet 1924) aufgrund des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg vom 11. November 1998. Ihre Hauptsitze liegen in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und der Satzung hat die LBBW zum Geschäftszweck das Betreiben aller Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Landesbank dienen. Die LBBW ist Universal- und Geschäftsbank. Weiterhin ist die LBBW auch die Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg sowie Hausbank des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart.

Handelsregister

Die Landesbank Baden-Württemberg ist im Handelsregister wie folgt eingetragen: Amtsgericht Stuttgart – Registergericht: Nr. HRA 12704; Amtsgericht Mannheim – Registergericht: Nr. HRA 4356; Amtsgericht Karlsruhe – Registergericht: Nr. HRA 4440.

Kapitalverhältnisse

Am Stammkapital der LBBW waren bis zum 31. Dezember 2004 das Land Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg zu je 39,5 % und die Landeshauptstadt Stuttgart zu 21 % beteiligt.

Durch die Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) und der BW-Bank in den LBBW-Konzern veränderten sich auch die Eigentumsverhältnisse an der LBBW. Der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz und die Landeskreditbank Baden-Württemberg (ein öffentlich-rechtliches Institut, das sich zu 100% in Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet) erhielten Anteile an der LBBW im Gegenzug für die Anteile an der LRP und an der BW-Holding GmbH, die sie in die LBBW einbrachten.

Seit 1. Januar 2005 verteilen sich die Anteile am Stammkapital der LBBW in Höhe von 1.420 Mio. EUR wie folgt:

Land Baden-Württemberg 35,611%, Sparkassenverband Baden-Württemberg 35,611%, Stadt Stuttgart 18,932%, Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz 4,923% und Landeskreditbank Baden-Württemberg 4,923%.

Organe

Die Organe der Landesbank Baden-Württemberg sind die Gewährträgerversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand. Weitere Informationen hierzu befinden sich im Geschäftsbericht. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstands ab dem 01.01.2005 wird auf die nach diesem Absatz abgedruckte Übersicht über die Mitglieder des Vorstands verwiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, mit Ausnahme von Herrn Dr. Karl Heidenreich, dessen Geschäftsadresse ist Augustaanlage 33, 68165 Mannheim. Die im Geschäftsbericht aufgeführten Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart.

Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg

Dr. Siegfried Jaschinski	Vorsitzender
Michael Horn	Stellvertretender Vorsitzender
Joachim E. Schielke	
Hans-Joachim Strüder	
Dr. Bernhard Walter	
Rudolf Zipf	

Wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften

Die LBBW hat etwa 30 wesentliche Beteiligungen und Tochtergesellschaften. Die bedeutendsten Tochtergesellschaften sind: die SüdLeasing, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH, die SüdFactoring, die Süd-Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, die Süd Private Equity GmbH & Co. KGaA, die SÜD VENTURE CAPITAL INVESTITION GMBH & CO. KG, die SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, SüdWERT Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH, die Baden-Württembergische Bank AG, die DekaBank Deutsche Girozentrale, die HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA, das Internationale Bankhaus Bodensee AG und die Cellent AG.

Künftige Struktur des LBBW-Konzerns

Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz in den LBBW- Konzern

Die Anteilseigner der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) (ein öffentlich-rechtliches Institut und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen) und die Anteilseigner der LBBW haben der Integration der LRP in den LBBW- Konzern zugestimmt. Die LRP wurde zum 1. Januar 2005 eine hundertprozentige Tochter der LBBW. Kernmärkte der LRP bleiben Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Regionen, wo sie weiterhin als Mittelstandsbank und Sparkassenzentralbank der rheinland-pfälzischen Sparkassen agieren wird.

Integration der BW-Bank in den LBBW- Konzern

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Squeeze-out-Verfahrens, wurde die BW-Bank AG mit Wirkung vom 1. August 2005 in eine rechtlich unselbständige Anstalt öffentlichen Rechts der LBBW umgewandelt und firmiert unter „Baden-Württembergische Bank unselbständige Anstalt der LBBW“. Sämtliche Aktiva und Passiva der BW-Bank gingen, ipso jure, auf die LBBW als alleinige Anteilseignerin durch Gesamtrechtsnachfolge im Wege der Anwachsung über.

Mit der Errichtung der Baden-Württembergischen Bank unselbständige Anstalt der LBBW zum 1. August 2005 schuf die LBBW eine neue Konzernstruktur, die die Zuständigkeiten im LBBW-Konzern optimiert und bestehende Synergien nutzt. Die BW-Bank wird sich dem Privat- und Unternehmenskundengeschäft in Baden-Württemberg widmen und sich dabei darauf konzentrieren, Bankdienstleistungen für mittelständische Unternehmen zu erbringen, während die LBBW weiterhin der primäre Dienstleister für Großkunden bleibt, was Kapitalmarktdienstleistungen einschließt.

Geschäftstätigkeit der LBBW

Das Produktportfolio der LBBW umfaßt sämtliche klassischen Bankprodukte im Einlagen- und Finanzierungsgeschäft für alle Kundengruppen. Dieses Spektrum wird ständig durch innovative Angebote aktualisiert und weiter abgerundet.

Die LBBW versteht sich für ihre vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmenskunden als Partner in jeder Entwicklungsphase. Existenzgründer erhalten entsprechende Darlehen. Die LBBW unterbreitet Angebote zur Wachstumsfinanzierung, berät bei der Expansion (M&A) oder bei Nachfolge-Fragen und gibt alle notwendigen Hilfestellungen bei einem beabsichtigten Börsengang. Spezialfinanzierungen beispielsweise bei Unternehmenskäufen oder Projektfinanzierungen ergänzen die Leistungen der LBBW ebenso wie das internationale Geschäft oder der Geld-, Wertpapier- und Devisenhandel.

Vermögende Kunden erhalten von der LBBW ein umfassendes Angebot zur Anlage und Betreuung ihres Vermögens. Einen intensiven Service erfahren institutionelle Kunden im Asset Management. Das Privatkundengeschäft ist durch Immobilienvermittlungen und -finanzierungen geprägt. Das Geschäft mit öffentlichen Kunden rundet das Leistungsspektrum der Landesbank Baden-Württemberg ab.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Landesbank Baden-Württemberg entspricht dem Kalenderjahr.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 war die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichstr. 14, 70174 Stuttgart.

Geschäftsgang und Aussichten

Entwicklung im Geschäftsjahr 2004

Das Geschäftsvolumen des LBBW-Konzerns ist im Jahr 2004 um 4,3% auf 384,9 Mrd. € angestiegen. Die Konzernbilanzsumme zeigt eine Steigerung von 5,3% oder 17,0 Mrd. € und liegt per 31.12.2004 bei 339,8 Mrd. €.

Auf der Aktivseite konnten vor allem die Forderungen an Kreditinstitute und die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere zu diesem Anstieg beigetragen. Das Volumen der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhte sich um 12,4 Mrd. € auf 81,2 Mrd. €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg der Schuldverschreibungen von Kreditinstituten. Mit einem Zuwachs von 5,4 Mrd. € auf 138,1 Mrd. € haben die Forderungen an Kreditinstitute ebenfalls zum Wachstum der Bilanzsumme beitragen. Von den gesamten Forderungen an Kreditinstitute entfallen mehr als ein Viertel auf die baden-württembergischen Sparkassen (= 35,8 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden sind im selben Zeitraum mit einem Volumen von 105,5 Mrd. € weitgehend stabil geblieben (-0,5%). Dieser leichte Rückgang resultiert hauptsächlich aus Forderungen an die öffentliche Hand, die sich nach einem

starken Wachstum im Vorjahr mit einem Rückgang von 3,9% von 31,7 Mrd. € auf 30,5 Mrd. € per 31.12.2004 verringert haben.

Auf der Passivseite verzeichneten alle wesentlichen Positionen Zuwächse: Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,8 Mrd. € oder 1,8% auf 101,3 Mrd. € erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich im selben Zeitraum um 3,0 Mrd. € auf 77,1 Mrd. € gesteigert. Das größte Wachstum mit einem Plus von 11,5 Mrd. € oder 9,1% verzeichneten die verbrieften Verbindlichkeiten, sodass diese zum 31.12.2004 mit einem Volumen von 138,0 Mrd. € wie in den Vorjahren die Hauptrefinanzierungsquelle des LBBW-Konzerns darstellten. Das bilanzielle Eigenkapital lag mit 10,1 Mrd. € per 31.12.2004 um 3,0% über dem Vorjahreswert von 9,8 Mrd. €.

Im Vergleich zum Jahr 2003 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung im LBBW-Konzern erneut um 5,4% oder 80,2 Mio. € auf 1.579,2 Mio. € gesteigert werden.

Hierbei hat sich der Zinsüberschuss im Jahr 2004 um 6,4% auf 1.990,5 Mio. € erhöht. An dieser Stelle zeigen sich vor allem die positiven Entwicklungen in den operativen Geschäftsbereichen durch Volumenausweitungen sowie durch Neugeschäftsabschlüsse mit verbesserten Margen. Der Provisionsüberschuss konnte deutlich um 8,6% von 357,4 Mio. € im Jahr 2003 auf 388,0 Mio. € im Jahr 2004 gesteigert werden. Insbesondere die Provisionserträge aus dem Vermittlungs- sowie dem Wertpapiergeschäft und konnten zu diesem Anstieg beitragen.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften konnte mit 147,7 Mio. € trotz des zurückhaltenden und risikobewussten Verhaltens der LBBW an den Kapitalmärkten nicht an das gute Vorjahresergebnis von 217,1 Mio. € anknüpfen.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2004 auf 1.500,2 Mio. €, das entspricht einem leichten Anstieg von 2,4%. Trotz des fortgeführten Stellenabbaus von 12.648 auf 12.184 Mitarbeiter im Jahr 2004 erhöhte sich der in den Verwaltungsaufwendungen enthaltene Personalaufwand um 2,7% auf 844,8 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf Tarifierhöhungen und in Folge dessen höhere Aufwendungen für Altersvorsorge zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 6,7% auf 553,2 Mio. € erhöht.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um 44,4 Mio. € auf 527,2 Mio. € reduziert werden, was hauptsächlich auf eine verringerte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft zurückzuführen ist.

Wegen der rund 5%igen Steigerung im Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und der um 7,8% verringerten Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis konnte das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 124,6 Mio. € oder 13,4% auf 1.052,0 Mio. € zum Jahresende 2004 gesteigert werden.

Nach Berücksichtigung der Belastung durch Ausschüttungen auf die stillen Einlagen (230,1 Mio. €) und des wie im Vorjahr von Restrukturierungsaufwendungen geprägten außerordentlichen Ergebnisses (-82,5 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss vor Steuern von 739,4 Mio. €, der um 18,2% über dem Vorjahreswert von 625,6 Mio. € liegt.

Der Steueraufwand verringerte sich trotz eines abermals gestiegenen Jahresüberschuss vor Steuern um 8,6% auf 237,3 Mio. €. Ursache hierfür waren im Vorjahr enthaltene Sondereffekte aufgrund einer rückwirkenden Steuergesetzgebung zu Teilwertabschreibungen auf Aktienfondsanteile. Nach

Abzug der Steuerposition verbleibt ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 502,1 Mio. €, was einem Plus von 136,1 Mio. € oder 37,2% gegenüber dem Jahresende 2003 entspricht.

Auszug aus der G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2004

	2004 Mio. €	2003 Mio. €
Zinsüberschuss	1.990,5	1.871,0
Provisionsüberschuss	388,0	357,4
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	147,7	217,1
Verwaltungsaufwand	-1.500,2	-1.464,9
Sonst. betriebliche Erträge/ Aufwendungen	553,2	518,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	1.579,2	1.499,0
Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	-527,2	-571,6
Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit)	1.052,0	927,4
Jahresüberschuss	502,1	366,0

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 31. Dezember 2004

Aktiva	2004 (Mrd. €)	2003 (Mrd. €)	Passiva	2004 (Mrd. €)	2003 (Mrd. €)
Forderungen an Kredit- institute	138,1	132,7	Verbindlich- keiten ggü. Kreditinstituten	101,3	99,5
Ford. an Kunden	105,5	106,1	Verbindlich- keiten ggü. Kunden	77,1	74,1
Wertpapiere	83,7	70,8	Verbrieft Verbindlich- keiten	138,0	126,4
Sonstige Aktiva	12,4	13,1	Sonstige Passiva	13,3	13,0
			Bilanzielles Eigenkapital	10,1	9,8
Bilanzsumme	339,8	322,8	Bilanzsumme	339,8	322,8

Ausblick für das Jahr 2005

Die LBBW hat konkrete Maßnahmen in Form eines Zukunftsprogrammes ergriffen, um die Erlöse zu steigern und die Kosten nachhaltig zu senken. In der Planung für das Jahr 2005 wurden daraus resultierende Ziele zugrunde gelegt. Die Landesbank Baden-Württemberg geht davon aus, diese Ziele aufgrund der getroffenen Maßnahmen zu erreichen. Damit dürfte es ihr erneut gelingen, ein ordentliches Ergebnis für das Jahr 2005 zu erwirtschaften.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2005 ist die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) eine 100%ige Tochter der LBBW geworden. Im Geschäftsjahr 2005 erfolgt daher eine Vollkonsolidierung der LRP in den LBBW-Konzern (Vorjahr: quotale Konsolidierung zu 20%). Durch die vollständige Einbeziehung der LRP in den LBBW-Konzern wird sich die Bilanzsumme im Konzern auf rd. 400 Mrd. € erhöhen. Dabei erhöht sich das Stammkapital von 1,28 Mrd. € auf 1,42 Mrd. €. Wesentliche strukturelle Veränderungen in den Bilanz- und Ertragszahlen werden nicht erwartet.

Die Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

In der Auseinandersetzung um die von der Europäischen Kommission geforderte Umgestaltung des Haftungssystems der deutschen Landesbanken haben sich die Kommission und die Koch-Weser-Gruppe (als Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer) am 17. Juli 2001 und am 28. Februar 2002 über die Umgestaltung der bisherigen Haftungsgrundlagen und die hierfür geltenden Übergangsfristen verständigt. Die Kommission hat daraufhin am 27. März 2002 gemäß den oben genannten Vereinbarungen zweckdienliche Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden am 11. April 2002 von der Bundesregierung vorbehaltlos akzeptiert.

Umsetzung der Verständigung durch den Gesetzgeber des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag des Landes Baden-Württemberg hat am 16. Oktober 2002 das „Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes“ beschlossen; die Veröffentlichung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg erfolgte am 11. November 2002. Darüber hinaus hat die Gewährträgerversammlung der LBBW am 18. November 2002 und am 13. Dezember 2004 jeweils eine „Satzung zur Änderung der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg“ („Änderungssatzung“) beschlossen. Die Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg erfolgte am 12. Dezember 2002 und am 31. Dezember 2004. Durch das Änderungsgesetz und die Änderungssatzungen, die am 19. Juli 2005 in Kraft treten, werden das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg an die mit der Europäischen Kommission vereinbarten Veränderungen der Haftungsstrukturen angepasst.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Die Gewährträgerhaftung wird nach einem vierjährigen Übergangszeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 abgeschafft. Im Hinblick auf Verbindlichkeiten der Landesbank, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart werden, ist im Änderungsgesetz u. a. das Folgende geregelt:

- Die Träger der Landesbank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Landesbank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt; für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.
- Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser

Verbindlichkeiten aus dem Vermögen des Instituts nicht befriedigt werden können.

Was die Anstaltslast anbelangt, so wird diese mit Wirkung ab 19. Juli 2005 gemäß den mit der Europäischen Kommission vereinbarten Prinzipien ersetzt. Das Änderungsgesetz sieht diesbezüglich insbesondere die folgenden Regelungen vor:

- *Die Träger unterstützen die Landesbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der im Landesbankgesetz niedergelegten Vorschriften.*
- *Es besteht weder eine Verpflichtung der Träger noch ein Anspruch der Landesbank gegen die Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen.*

Durch das Änderungsgesetz wird auch das Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (AGGVG) geändert. Diese Änderung hat zur Folge, dass die LBBW mit Wirkung ab 19. Juli 2005 die Insolvenzfähigkeit besitzen wird.

Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

Zum 1. Januar 2005 erhöhte sich der Anteil am Teilkonzern der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) von 20% auf 100%. Dies führte hinsichtlich der Aufstellung des Konzernabschlusses der LBBW zu einem Wechsel von einer quotalen Konsolidierung zur Vollkonsolidierung des LRP-Teilkonzerns. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Zahlen zum Halbjahr 2004 um den Effekt aus der veränderten Einbeziehung angepasst.

Im ersten Halbjahr 2005 stieg das Geschäftsvolumen im LBBW-Konzern um 11,4% auf 493,3 Mrd. €. Die Konzernbilanzsumme liegt mit 420,8 Mrd. € um 7,7% über dem Wert per 31. Dezember 2004.

Die Volumenausweitung wurde auf der Aktivseite von der Entwicklung der Forderungen an Kreditinstitute dominiert, die sich um 17,1 Mrd. € auf 172,0 Mrd. € erhöht haben. Die baden-württembergischen Sparkassen nutzten im ersten Halbjahr 2005 wiederum rege die Refinanzierungsmöglichkeiten durch die LBBW. Rund ein Fünftel der gesamten Forderungen an Kreditinstitute (= 35,2 Mrd. €) entfallen auf diese Kundengruppe. Ebenfalls stark gestiegen sind die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, das Volumen stieg gegenüber dem Jahresende 2004 um 12,8% auf 112,0 Mrd. €. Die Forderungen an Kunden zeigten sich dagegen mit einem Volumen von 116,6 Mrd. € gegenüber dem Jahresende leicht rückläufig (-2,3%), was unter anderem auf einen Rückgang im Kommunalgeschäft zurückzuführen ist.

Auf der Passivseite bestimmten die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Zuwachs von 15,6% oder 18,2 Mrd. € auf 134,5 Mrd. € den Volumenanstieg. Die verbrieften Verbindlichkeiten, mit einem Anteil von ca. 40% die größte Refinanzierungsquelle im LBBW-Konzern, trugen mit einem Plus von 8,7 Mrd. € auf 170,3 Mrd. € ebenfalls zum Volumenanstieg bei. Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, deren Bestand sich um 4,9% auf 89,0 Mrd. € konnten gesteigert werden.

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2004 konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis um 1,7% auf 873,5 Mio. € gesteigert werden.

Der Zinsüberschuss lag mit 1.089,8 Mio. € auf Vorjahresniveau (1.090,7 Mio. €). Der Provisionsüberschuss hingegen konnte um 32,8 Mio. € oder 15,5% auf 243,7 Mio. € gesteigert werden. Diese positive Entwicklung ist vor allem auf Steigerungen im Kredit- und Treuhandgeschäft sowie im Wertpapiergeschäft zurückzuführen. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften dagegen verblieb mit 32,8 Mio. € unter dem guten Vorjahresergebnis (121,5 Mio. €).

Die Verwaltungsaufwendungen liegen bei 782,7 Mio. € und konnten mit einem Rückgang von 5,2% oder 42,5 Mio. € gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert deutlich gesenkt werden. Die anderen Verwaltungsaufwendungen (-17,4 Mio. €) sowie die Abschreibungen (-29,4 Mio. €) trugen maßgeblich zur Senkung der Verwaltungsaufwendungen bei. Der Personalaufwand bewegte sich mit 467,8 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (463,5 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen haben sich um 11,2% auf 289,9 Mio. € erhöht. Das darin enthaltene Leasingergebnis konnte um 20,5% auf 177,4 Mio. € gesteigert werden.

Die Position Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis zeigt per 30. Juni 2005 einen Aufwand von 253,3 Mio. € und liegt um 1,2% leicht unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Hierbei wurde für die Kreditrisikovorsorge zum Halbjahr 2005 der anteilige Planwert angesetzt, da die tatsächliche Risikovorsorge im LBBW-Konzern deutlich unter diesem Wert liegt. Danach hat sich das Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) um 3,0% auf 620,2 Mio. € erhöht.

Mit 474,8 Mio. € konnte der Jahresüberschuss vor Steuern zum Halbjahr 2005 um 3,5% gesteigert werden.

Auszug aus der G+V Rechnung des LBBW-Konzerns per 30. Juni 2005

	30.06.2005 Mio. €	30.06.2004 Mio. €
Zinsüberschuss	1.089,8	1.090,7
Provisionsüberschus	243,7	210,9
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	32,8	121,5
Verwaltungsaufwand	-782,7	-825,2
Sonst. betriebliche Erträge/ Aufwendungen	289,9	260,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	873,5	858,5
Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	-253,3	-256,5
Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit)	620,2	602,0
Jahresüberschuss v. Steuern	474,8	458,7

Auszug aus der Bilanz des LBBW-Konzerns per 30. Juni 2005

Aktiva	30.06.2005 (Mrd. €)	31.12.2004 (Mrd. €)	Passiva	30.06.2005 (Mrd. €)	31.12.2004 (Mrd. €)
Forderungen an Kreditinstitute	172,0	155,0	Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	134,5	116,3
Ford. an Kunden	116,6	119,4	Verbindlichkeiten ggü. Kunden	89,0	84,9
Wertpapiere	115,9	102,1	Verbriefte Verbindlichkeiten	170,3	161,5
Sonstige Aktiva	16,2	14,2	Sonstige Passiva	16,1	16,7
			Bilanzielles Eigenkapital	10,9	11,2
Bilanzsumme	420,8	390,6	Bilanzsumme	420,8	390,6

Stuttgart, 05. Oktober 2005

Landesbank Baden-Württemberg